

Statistisches Landesamt
des Freistaates
Sachsen



Statistische Berichte

Organisation, Personal
und Geschäftsanfall
bei den Gerichten und
Staatsanwaltschaften
im Freistaat Sachsen

2003

Zeichenerklärung

-	Nichts vorhanden (genau Null)	x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
0	Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts	()	Aussagewert ist eingeschränkt
...	Angabe fällt später an	p	vorläufige Zahl
/	Zahlenwert nicht sicher genug	r	berichtigte Zahl
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten	s	geschätzte Zahl

Herausgeber:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Macherstraße 63
01917 Kamenz

Postfach 11 05
01911 Kamenz

Telefon

Vermittlung 03578 33-0

Präsident/Sekretariat -1900

Auskunft -1913, -1914

Bibliothek -4352

Vertrieb -4316

Telefax -1999

Telefax -1921

Telefax -1598

Internet

www.statistik.sachsen.de

E-Mail

info@statistik.sachsen.de

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte Dokumente

© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, November 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt

	Seite
Vorbemerkungen	3
Erläuterungen	3
Gerichte und Behörden der sächsischen Justiz	8
Sächsische Organe der Rechtsprechung	9
Ergebnisdarstellung	10

Tabellen

1.	Struktur der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften am 31. Dezember 2003	13
2.	Gemeinden und Einwohner in den Gerichtsbezirken 1997 bis 2003	14
3.	Personal der Gerichte und Staatsanwaltschaften am 31. Dezember 2003	16
4.	Zivilgerichte	
4.1	Zivilverfahren vor den Amtsgerichten 2003 nach Landgerichtsbezirken	18
4.2	Zivilverfahren vor den Landgerichten 2003	20
4.3	Zivilverfahren vor dem Oberlandesgericht 2003	22
5.	Familiengerichte	
5.1	Familiensachen vor den Amtsgerichten 2003 nach Landgerichtsbezirken	24
5.2	Familiensachen vor dem Oberlandesgericht 2003	26
6.	Strafgerichte	
6.1	Straf- und Bußgeldverfahren vor den Amtsgerichten 2003 nach Landgerichtsbezirken	28
6.2	Strafverfahren vor den Landgerichten 2003	31
6.3	Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht 2003	33
6.4	Rehabilitierungsverfahren vor den Landgerichten 2003	36
6.5	Rehabilitierungsverfahren (Beschwerden) vor dem Oberlandesgericht 2003	37
7.	Staatsanwaltschaften	
7.1	Ermittlungsverfahren und sonstige Verfahren 2003	38
7.2	Ermittlungsverfahren und sonstige Verfahren bei der Generalstaatsanwaltschaft 2003	40
8.	Verwaltungsgerichte	
8.1	Verfahren vor den Verwaltungsgerichten in Chemnitz, Dresden und Leipzig 2003	41
8.2	Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht 2003	44
9.	Geschäftsentwicklung bei den Zivilgerichten 1998 bis 2003	
9.1	Zivilverfahren vor den Amtsgerichten	48
9.2	Zivilverfahren vor den Landgerichten	49
9.3	Zivilverfahren vor dem Oberlandesgericht	51
10.	Geschäftsentwicklung bei den Familiengerichten 1998 bis 2003	
10.1	Familiensachen vor den Amtsgerichten	52
10.2	Familiensachen vor dem Oberlandesgericht	53
11.	Geschäftsentwicklung bei den Strafgerichten 1998 bis 2003	
11.1	Straf- und Bußgeldverfahren vor den Amtsgerichten	54
11.2	Strafverfahren vor den Landgerichten	55
11.3	Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht	56
11.4	Rehabilitierungsverfahren vor den Landgerichten	58
11.5	Rehabilitierungsverfahren (Beschwerden) vor dem Oberlandesgericht	58
12.	Geschäftsentwicklung bei den Staatsanwaltschaften 1998 bis 2003	
12.1	Ermittlungsverfahren vor den Landgerichten	59
12.2	Ermittlungsverfahren bei der Generalstaatsanwaltschaft	59

13.	Geschäftsentwicklung bei den Arbeitsgerichten 1998 bis 2003	
13.1	Arbeitsrechtsverfahren vor den Arbeitsgerichten	60
13.2	Arbeitsrechtsverfahren vor dem Landesarbeitsgericht	61
14.	Geschäftsentwicklung bei den Verwaltungsgerichten 1998 bis 2003	
14.1	Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	62
14.2	Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht	64
15.	Geschäftsentwicklung bei den Sozialgerichten 1998 bis 2003	
15.1	Klagen vor den Sozialgerichten	66
15.2	Berufungen vor dem Landessozialgericht	66
16.	Geschäftsentwicklung beim Sächsischen Finanzgericht 1998 bis 2003	67
17.	Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Zivilgerichten 1994 bis 2003	68
18.	Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Familiengerichten 1994 bis 2003	70
19.	Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Strafgerichten 1994 bis 2003	71
20.	Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Staatsanwaltschaften 1994 bis 2003	73
21.	Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Arbeitsgerichten 1994 bis 2003	74
22.	Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Verwaltungsgerichten 1994 bis 2003	76
23.	Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Sozialgerichten 1994 bis 2003	78
24.	Übersicht über die Geschäftstätigkeit beim Sächsischen Finanzgericht 1994 bis 2003	79

Abbildungen

Abb. 1	Geschäftsentwicklung bei den Amtsgerichten 1997 bis 2003 Zivilgerichtsbarkeit – Zivilverfahren	80
Abb. 2	Geschäftsentwicklung bei den Amtsgerichten 1997 bis 2003 Zivilgerichtsbarkeit – Familiensachen	81
Abb. 3	Geschäftsentwicklung bei den Amtsgerichten 1997 bis 2003 Strafgerichtsbarkeit – Strafverfahren	82
Abb. 4	Geschäftsentwicklung bei den Amtsgerichten 1997 bis 2003 Strafgerichtsbarkeit – Bußgeldverfahren	83
Abb. 5	Hauptverfahren vor den Verwaltungsgerichten 2003 nach Sachgebieten	84
Abb. 6	Hauptverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht 2003 nach Sachgebieten	84
Abb. 7	Klagen vor dem Finanzgericht 2003 nach Sachgebieten	84
Abb. 8	Klagen vor den Sozialgerichten 2003 nach dem Verfahrensgegenstand	85
Abb. 9	Berufungen vor dem Landessozialgericht 2003 nach dem Verfahrensgegenstand	85
Abb. 10	Urteilsverfahren vor den Arbeitsgerichten 2003 nach dem Verfahrensgegenstand	85

Vorbemerkungen

Diese Veröffentlichung beinhaltet die Ergebnisse der Justizgeschäftsstatistiken, die zu den koordinierten Länderstatistiken gehören und bundeseinheitlich durchgeführt werden. Um die Organe der Justizverwaltung, die gesetzgebenden Körperschaften und die Öffentlichkeit mit den notwendigen Informationen versorgen zu können, werden ausgewählte Daten über die ordentliche Gerichtsbarkeit, Fachgerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften monatlich erhoben und aufbereitet. Dabei werden der Geschäftsanfall (Neuzugänge), die Geschäftsentwicklung und bei den Erledigungen detaillierte Angaben zum Verfahren erfasst. Die dargestellten Ergebnisse enthalten bei Neuzugängen und erledigten Verfahren keine Abgaben innerhalb des Gerichts. Seit 1993 bzw. 1994 liegen in Sachsen verlässliche Jahresergebnisse vor.

Rechtsgrundlagen

- Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322)
- Sächsisches Statistikgesetz (SächsStatG) vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 453), zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 6. Juni 2002 (SächsGVBl. S. 168)
- Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten bei den Staats- und Staatsanwaltschaften (StA-Statistik) durch Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz vom 15. Dezember 2003 (1441-I2A-6/00) in Kraft gesetzt
- Anordnung über die Zählkartenerhebung in Zivilsachen und Familiensachen durch Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz vom 16. September 2003 (1441-V1-4/01) in Kraft gesetzt
- Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik) durch Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz vom 22. September 2003 in Kraft gesetzt
- Anordnung über die Zählkartenerhebung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz vom 5. November 1997 (1441-1.3a-696/93) in Kraft gesetzt, zuletzt verlängert durch Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2002 (SächsABl. S. 1278)
- Anordnung über die Zählkartenerhebung in der Finanzgerichtsbarkeit durch Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz vom 29. Juni 1992 (7650E-1.3-349/92) in Kraft gesetzt, zuletzt verlängert durch Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2002 (SächsABl. S. 1278)

Erläuterungen

Justizgeschäftsstatistiken der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Das Statistische Landesamt führt Erhebungen in der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit durch. Die Übermittlung der Daten von den Gerichten erfolgt monatlich auf Zählkarten und Monatsübersichten. Die Familiengerichte liefern ihre Daten vollständig und die Zivilgerichte teilweise in elektronischer Form.

Zivilverfahren (ohne Familiensachen)

Die Erhebung erstreckt sich in allen Instanzen auf Verfahren der streitigen Zivilgerichtsbarkeit und in der Rechtsmittelinstanz auch auf die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Die Zivilgerichte entscheiden in allen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (§ 13 GVG). Aufgaben der **streitigen Zivilgerichtsbarkeit** sind die Durchsetzung bürgerlich-rechtlicher Ansprüche sowie die Feststellung von Rechten und Rechtsverhältnissen zwischen zwei oder mehreren Personen. Darunter fallen z. B. Streitigkeiten aus Kauf-, Miet-, Werk- oder Dienstverträgen, Unterlassungsansprüche, Schadensersatzforderungen, Erbschaftsangelegenheiten, Nachbarschaftsstreitigkeiten. Die Rechtsbeziehungen von Personen untereinander, die sich als Parteien (Kläger und Beklagter) gleichberechtigt bei den ordentlichen Gerichten gegenüberstehen, werden im BGB geregelt.

Der Zivilstreit wird beim **Amtsgericht** durch den **Einzelrichter** allein entschieden. Das zivilprozessuale Verfahren richtet sich nach der Zivilprozessordnung. Im streitigen Zivilverfahren besteht die sachliche Zuständigkeit der Amtsgerichte für Zivilprozesse bis zu einem Streitwert von 5 000 €. Unabhängig vom jeweiligen Streitwert kommen Mietstreitigkeiten, Mahnverfahren, Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzverfahren vor das Amtsgericht.

Für alle übrigen Zivilsachen entscheiden die **Zivilkammern** der **Landgerichte** als erste Instanz. Die Zivilkammern sind, soweit nicht nach den Vorschriften der Prozessgesetze an Stelle der Kammer der Einzelrichter zu entscheiden hat, mit drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden besetzt.

Neben den Zivilkammern gibt es in Sachsen die Kammern für Handelssachen sowie Kammern für Baulandsachen. Als Handelssachen gelten gemäß § 95 GVG u. a. Klagen gegen einen Kaufmann aus beiderseitigen Handelsgeschäften, aus Wechseln und Schecks, Warenzeichen- und Wettbewerbsstreitigkeiten sowie Börsensachen. Baulandsachen sind Verfahren, in denen über Enteignung und enteignungsähnliche Eingriffe (z. B. Umlegung) entschieden wird, um die städtebauliche Entwicklung in Stadt und Land zu ordnen (§§ 217 ff. BauGB).

Über Berufungen gegen Urteile des Amtsgerichts entscheidet das Landgericht, wenn der Beschwerdewert höher als 600 € ist. Ein weiteres Rechtsmittel ist nicht gegeben. Gegen die erstinstanzlichen Entscheidungen des Landgerichts gibt es Berufungen an das Oberlandesgericht und gegen dessen Entscheidungen die Revision an den Bundesgerichtshof.

Die Verfahren der **freiwilligen Gerichtsbarkeit** sind auf Rechtsgestaltung, die Fürsorge für Personen und die Sicherung bestehender Rechte gerichtet. Den in der freiwilligen Gerichtsbarkeit allein zuständigen Amtsgerichten obliegen die Regelungen von Vormundschafts- und zum Teil von Familiensachen (Versorgungsausgleich), von Nachlasssachen sowie die Registerführung (z. B. Grundbuch, Güterrechts-, Vereins- und Handelsregister). Die Verfahren werden teils von Amts wegen (z. B. Bestellung eines Vormundes) und teils auf Antrag (z. B. Eintragung ins Handelsregister) eingeleitet. Das gerichtliche Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und nach der Grundbuchordnung. Es gibt keine Parteien, sondern Beteiligte. Das Amtsgericht entscheidet durch Beschluss oder Verfügung. Gegen seine Entscheidung gibt es die Beschwerde an das Landgericht und gegen dessen Entscheidung die weitere Beschwerde an das Oberlandesgericht.

Familiensachen

Statistisch erfasst werden Ehesachen, insbesondere Scheidungssachen, Scheidungsfolgesachen, Kindschaftssachen und andere Familiensachen (§ 23 b GVG). Zu den Scheidungsfolgesachen gehören das Sorge- und Umgangsrecht für Kinder, die Regelung über den Versorgungsausgleich, der Unterhalt für Kinder und Ehegatten, die Rechtsverhältnisse an der Ehwohnung und am Hausrat sowie die Ansprüche aus dem ehelichen Güterrecht. Entscheidungen in Familiensachen werden im Rahmen der Zivilgerichtsbarkeit getroffen. Zuständig sind in erster Instanz die Amtsgerichte als Familiengerichte. Jedes Familiengericht ist mit einem **Einzelrichter** besetzt. In der Rechtsmittelinstanz entscheiden die **Familiensenate** bei dem Oberlandesgericht.

Straf- und Bußgeldverfahren

Erhoben werden bei den ordentlichen Gerichten anhängige Strafverfahren und Bußgeldverfahren. Bei den über Zahlkarten erfassten Strafverfahren werden Strafbefehlsverfahren nur berücksichtigt, wenn Einspruch eingelegt wurde und eine strafgerichtliche Hauptverhandlung stattgefunden hat.

Rechtsgrundlage des deutschen Strafrechts ist das Strafgesetzbuch. Es ist am 13. November 1998 nach einer Reihe von grundlegenden Reformen neu bekannt gemacht worden. Das Strafprozessrecht ist im wesentlichen in der Strafprozessordnung geregelt. Weitere Bestimmungen enthalten u. a. das Jugendgerichtsgesetz, die Abgabenordnung und das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

Das **Strafverfahren** verläuft in zwei Hauptabschnitten – das Vorverfahren bei der Staatsanwaltschaft und das gerichtliche Strafverfahren. Nach Abschluss der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft kann Anklage beim zuständigen Gericht erhoben werden. Das Gericht entscheidet über die Eröffnung eines Hauptverfahrens. Liegt ein hinreichender Tatverdacht vor, so lässt es in dem Eröffnungsbeschluss die Anklage zur Hauptverhandlung zu. Die **Hauptverhandlung** ist das Kernstück des Strafprozesses.

Bei bestimmten Delikten, z. B. Beleidigung, Hausfriedensbruch kann **Privatklage** erhoben werden, ohne vorher die Staatsanwaltschaft angehen zu müssen. Die Strafprozessordnung lässt für leichtere Vergehen eine Bestrafung ohne Hauptverhandlung zu. In diesem summarischen Strafverfahren ergehen **Strafbefehle** und diese erhalten die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils, wenn nicht innerhalb einer Frist von einer Woche Einspruch erhoben wird.

Bei Strafsachen hängt die Regelung der **Zuständigkeit der Gerichte** zur Entscheidung **in der ersten Instanz** vor allem von dem Tatvorwurf ab.

Die **Amtsgerichte** sind bei Straftaten geringerer Schwere und Bedeutung für die leichte und mittlere Kriminalität gemäß § 24 GVG zuständig. Der Richter beim Amtsgericht entscheidet als Strafrichter (**Einzelrichter**) bei Vergehen, wenn sie im Wege der Privatklage verfolgt werden oder wenn eine höhere Strafe als Freiheitsstrafe von zwei Jahren nicht zu erwarten ist. Wenn keine höhere Freiheitsstrafe als vier Jahre zu erwarten ist, entscheidet das **Schöffengericht** (ein Berufsrichter, zwei Schöffen). In besonderen Fällen kann das Schöffengericht als „Erweitertes Schöffengericht“ (zwei Berufsrichter, zwei Schöffen) tätig werden.

Die **Landgerichte** sind für die schwere Kriminalität zuständig. Die Entscheidung fällt die Große Strafkammer mit zwei oder drei Berufsrichtern, soweit die Strafkammer als Schwurgericht oder der erstinstanzliche Strafsenat des Oberlandesgerichts nicht tätig wurde. Die Große Strafkammer entscheidet als Schwurgericht (drei Berufsrichter, zwei Schöffen) bei bestimmten Straftaten der schwersten Kriminalität, nämlich bei vorsätzlich begangenen Tötungsdelikten (Mord, Totschlag usw.). Bei den Landgerichten sind als besondere Strafkammern die Wirtschaftsstrafkammer und die Staatsschutzkammer eingerichtet.

Die **Zuständigkeit der Gerichte in der Rechtsmittelinstanz** wird in Abhängigkeit der Vorinstanz und des Spruchkörpers geregelt.

Gegen die Urteile der erstinstanzlichen Gerichte können im Allgemeinen folgende Rechtsmittel eingelegt werden.

- Gegen Urteile der Amtsgerichte (Einzelrichter und Schöffengericht) sind Berufung an das Landgericht (Kleine Strafkammer) und Sprungrevision an das Oberlandesgericht zulässig.
- Gegen die Urteile der Landgerichte und des Oberlandesgerichtes:
Erstinstanzliche Urteile der Großen Strafkammer und des Oberlandesgerichts können nur mit der Revision angefochten werden. Über die Revision entscheidet der Bundesgerichtshof.
- Gegen die Urteile der Strafkammern in der zweiten Instanz ist Revision beim Oberlandesgericht zulässig.

Zuständig für Jugendstrafsachen sind bei den Gerichten die Jugendrichter und das Jugendschöffengericht, bei den Landgerichten die Jugendkammern.

Das **Bußgeldverfahren** richtet sich nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG). Es ist am 19. Februar 1987 neu bekannt gemacht worden. Das Ermittlungsverfahren wird von der Verwaltungsbehörde geführt. Sie kann einen Bußgeldbescheid erlassen. Gegen ihn kann der Betroffene binnen zwei Wochen Einspruch erheben und dadurch die Entscheidung des Amtsgerichtes herbeiführen. Dieses entscheidet wie im Strafverfahren auf Grund einer Hauptverhandlung durch Urteil oder, wenn der Betroffene und die Staatsanwaltschaft nicht widersprechen, im Beschlussverfahren. Gegen die Entscheidung ist Rechtsbeschwerde zulässig. Über sie entscheidet das Oberlandesgericht.

Rehabilitierungsverfahren

Statistisch erfasst werden die Verfahren, die nach dem Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2665), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2834), anhängig sind. Zuständig in erster Instanz sind die Strafabteilungen der Landgerichte. Gegen deren Entscheidung ist die Beschwerde vor dem Oberlandesgericht zulässig.

Justizgeschäftsstatistik der Staatsanwaltschaften

Die Erhebung erstreckt sich auf Daten über Ermittlungsverfahren und über sonstige Tätigkeiten der Staatsanwaltschaften. Die Daten werden in elektronischer Form an das Statistische Landesamt übermittelt.

Der **Staatsanwaltschaft** obliegt als Strafverfolgungsbehörde die Leitung des Ermittlungsverfahrens, die Erhebung und Vertretung der Anklage und die Strafvollstreckung. Bei Anwendung des Jugendstrafrechts ist nicht die Staatsanwaltschaft, sondern der Jugendrichter die Vollstreckungsbehörde.

Die **Generalstaatsanwaltschaft** ist die oberste Staatsanwaltschaft in einem Oberlandesgerichtsbezirk. Sie ist zuständig für das Oberlandesgericht in Dresden und damit für ganz Sachsen. Als erstinstanzliche Strafsachen erhob die Generalstaatsanwaltschaft bis 2001 auch Verfahren, die Straftaten nach § 261 StGB (Geldwäsche) verfolgten. Bundesweit werden die gemäß § 145 GVG übernommenen Verfahren gesondert ausgewiesen.

Ermittlungsverfahren

Statistisch erfasst werden alle Ermittlungsverfahren, die bei der Staatsanwaltschaft im Register für Strafsachen und Bußgeldsachen (Js-Register) einzutragen sind. Ausgenommen sind Anträge der Finanzbehörden auf Erlass eines Strafbefehls in Steuerstrafsachen, Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitenrecht (Bußgeldverfahren), Verfahren zur Vollstreckbarerklärung im Ausland verhängter Sanktionen sowie Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt, und zwar auch dann, wenn der Staatsanwalt eigene Ermittlungen betreibt. Ermittlungsverfahren werden erst einbezogen, wenn gegen den namentlich bezeichneten Beschuldigten ermittelt wird.

Justizgeschäftsstatistiken der Fachgerichtsbarkeiten

Das Statistische Landesamt führt Erhebungen in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit durch. Die Übermittlung der Daten von den Fachgerichten erfolgt in elektronischer Form.

Die aggregierten Landesergebnisse der Geschäftsstatistiken der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit werden jährlich vom Sächsischen Staatsministerium der Justiz zur Verfügung gestellt.

Arbeitsgerichtsverfahren

Die Arbeitsgerichte befassen sich mit Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Grundlage der Arbeitsgerichtsbarkeit ist das Arbeitsgerichtsgesetz.

Die Streitverfahren werden in drei Komplexe eingeteilt. Das sind u. a. Klagen von Arbeitnehmern gegen ihren Arbeitgeber auf Bezahlung von Gehalt oder Lohn, Streitigkeiten über Urlaubsansprüche oder Klagen, mit denen sich der Arbeitnehmer gegen eine Entlassung oder Kündigung wehrt. Ein zweiter Komplex sind die Klagen zwischen den Tarifparteien, z. B. kann streitig sein, ob ein Tarifvertrag Gültigkeit besitzt. Bei diesen beiden Komplexen entscheiden die Gerichte im **Urteilsverfahren**, aber bei betriebsverfassungsrechtlichen Angelegenheiten im **Beschlussverfahren**. Betriebsverfassung ist der Rechtsbereich, in welchem es um die Stellung und Aufgaben des Betriebsrates in einem Unternehmen geht. Das Verfahren vor einem Arbeitsgericht entspricht einem gewöhnlichen Zivilprozess. Durch gesetzliche Sondervorschriften ist geregelt, dass das Verfahren schnell und kostensparend sein soll. Die gütliche Einigung der Beteiligten wird angestrebt. Bei den Arbeitsgerichten bestehen **Kammern** mit je einem Berufsrichter und zwei ehrenamtlichen Richtern.

Der Aufbau der Arbeitsgerichtsbarkeit ist dreistufig:

- Erste Instanz für alle Streitigkeiten sind die **Arbeitsgerichte**;
- zweite Instanz ist das **Sächsische Landesarbeitsgericht**;
- dritte Instanz ist das Bundesarbeitsgericht, das seinen Sitz seit dem 22. November 1999 in Erfurt hat.

Gegen die erstinstanzlichen Entscheidungen ist **Berufung** oder **Beschwerde** zum Landesarbeitsgericht sowie **Sprungrevision** oder **Sprungrechtsbeschwerde** zum Bundesarbeitsgericht zulässig.

Verwaltungsgerichtsverfahren

Die Verwaltungsgerichte entscheiden Streitigkeiten auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts. Zur verwaltungsgerichtlichen Zuständigkeit gehören zum einen die Streitigkeiten zwischen dem Bürger und einer Verwaltungsbehörde und - unter bestimmten Voraussetzungen - Streitigkeiten zwischen den Trägern der öffentlichen Verwaltung selbst. Aufbau, Zuständigkeit und Verfahren der Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit ergeben sich aus der Verwaltungsgerichtsordnung.

Die allgemeine Verwaltungsgerichtsbarkeit ist dreistufig aufgebaut:

- In erster Instanz entscheiden die **Verwaltungsgerichte**;
- in zweiter Instanz das **Sächsische Obergerverwaltungsgericht**.
- Dritte Instanz ist das Bundesverwaltungsgericht, das seinen Sitz seit August 2002 in Leipzig hat.

Bei den Verwaltungsgerichten bestehen **Kammern**, die meist mit drei Berufsrichtern und zwei ehrenamtlichen Richtern, in einigen Fällen auch nur mit drei Berufsrichtern, besetzt sind. In Ausnahmefällen können auch **Einzelrichter** entscheiden. Die Spruchkörper des Obergerverwaltungsgerichts heißen **Senate**. Sie entscheiden in der Besetzung von drei oder fünf Berufsrichtern.

Vor den Verwaltungsgerichten kann im Wege der **Klage** die Aufhebung eines Verwaltungsaktes (Anfechtungsklage), der Erlass eines abgelehnten oder unterlassenen Verwaltungsaktes (Verpflichtungsklage), die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses oder der Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes begehrt werden (Feststellungsklage). Der Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage geht in der Regel ein **Vorverfahren** (Widerspruchsverfahren) voraus. Es beginnt damit, dass gegen den Verwaltungsakt einer Behörde Widerspruch eingelegt wird. Hält die Behörde den Widerspruch für begründet, hilft sie ihm ab. Ansonsten ergeht ein Widerspruchsbescheid, den regelmäßig die nächsthöhere Behörde nach erneuter Prüfung erlässt. Nach Zustellung des Widerspruchsbescheides kann **Klage** erhoben werden.

Über die Klage entscheidet das Verwaltungsgericht. Dies geschieht regelmäßig auf Grund mündlicher Verhandlung durch Urteil. Gegen Urteile eines Verwaltungsgerichts kann **Berufung** beim Obergerverwaltungsgericht eingelegt werden, wenn sie vom Obergerverwaltungsgericht zugelassen wird. Gegen Urteile des Obergerverwaltungsgerichts ist bei Zulassung durch das Obergerverwaltungsgericht oder auf Beschwerde durch das Bundesverwaltungsgericht die **Revision** zum Bundesverwaltungsgericht möglich. Gegen Urteile eines Verwaltungsgerichts steht den Beteiligten die **Sprungrevision** an das Bundesverwaltungsgericht zu, wenn das Gericht sie nach Zustimmung von Kläger und Beklagten zulässt.

Finanzgerichtsverfahren

Die Finanzgerichtsbarkeit ist eine besondere Verwaltungsgerichtsbarkeit. Sie dient der Entscheidung aller öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten aus dem Bereich der Finanzbehörden. Maßgebliche Rechtsgrundlage ist die Finanzgerichtsordnung.

In Sachsen gibt es nur das **Sächsische Finanzgericht** in Leipzig. Es ist zuständig für alle **Klagen** und Anträge gegen Finanzämter und über Zölle, die von den Hauptzollämtern in Sachsen festgesetzt worden sind. Für gewisse Bereiche des Abgabenrechts, vor allem die von den Gemeinden erhobenen Steuern und Gebühren sind die allgemeinen Verwaltungsgerichte zuständig. Steuerstraf- und Bußgeldverfahren fallen in die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte.

Die Finanzgerichtsbarkeit ist im Gegensatz zu anderen Gerichtszweigen nur zweistufig aufgebaut:

- In erster Instanz entscheidet das Finanzgericht als Landesgericht.
- Zweite (und letzte) Instanz ist der Bundesfinanzhof in München.

Das Finanzgericht ist in **Senate** aufgeteilt, die jeweils in der Besetzung von drei Berufsrichtern und zwei ehrenamtlichen Richtern entscheiden. Es besteht die Möglichkeit, dass der Senat einfache Streitigkeiten einem seiner Mitglieder zur alleinigen Entscheidung überträgt (**Einzelrichter**). Das Finanzgericht kann auch Gerichtsbescheide erlassen, die wie Urteile wirken, wenn nicht mündliche Verhandlung vor dem Senat beantragt wird. Bei den Gerichtsbescheiden wirken die ehrenamtlichen Richter nicht mit.

Das finanzgerichtliche Verfahren entspricht weitgehend dem Verfahren vor den Verwaltungsgerichten. Mit einer Anfechtungsklage wird die Aufhebung oder Änderung eines Steuer- oder Zollbescheides begehrt. Eine Verpflichtungsklage wird erhoben, wenn die Verurteilung der Finanzbehörde zum Erlass eines Verwaltungsaktes (z. B. Stundung einer Steuerschuld) begehrt wird.

Vor der Anrufung des Finanzgerichts ist ein außergerichtliches **Vorverfahren** bei den Verwaltungsbehörden durchzuführen. So kann z. B. beim Finanzamt Einspruch gegen einen Einkommensteuerbescheid eingelegt werden. Nach Überprüfung der angefochtenen Entscheidung und Zurückweisung des Einspruchs ist Klage beim Finanzgericht möglich.

Gegen die Urteile des Finanzgerichts kommt nur das Rechtsmittel der **Revision** vor dem Bundesfinanzhof in Betracht. Die Revision ist an eine Zulassung durch das Finanzgericht oder auf Beschwerde durch den Bundesfinanzhof gebunden. Die Revision ist nur zuzulassen bei grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache, wenn die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Bundesfinanzhofes erfordert oder wenn ein Verfahrensmangel geltend gemacht wird und vorliegt, auf dem die Entscheidung beruhen kann.

Sozialgerichtsverfahren

Als besondere Verwaltungsgerichtsbarkeit entscheidet die Sozialgerichtsbarkeit über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten auf dem Gebiet des Sozialrechts. Zuständigkeiten und Verfahren ergeben sich aus dem Sozialgerichtsgesetz.

Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden in folgenden Angelegenheiten:

- Sozialversicherung: Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten; Knappschaftsversicherung;
- Arbeitslosenversicherung und übrige Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit: z. B. Förderung der Berufsbildung, Insolvenzgeld;
- Kriegsopferversorgung;
- Kassenartzrecht: Beziehungen zwischen den Ärzten bzw. Zahnärzten (Kassenärztliche Vereinigungen) und den gesetzlichen Krankenkassen;
- durch Gesetz besonders zugewiesene Aufgaben: z. B. Streitigkeiten über die Versorgung für die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und ihre Hinterbliebenen.

Das **Sozialgericht** entscheidet in **Kammern**, die für die einzelnen Fachgebiete eingerichtet sind. Jede Kammer ist mit einem Berufsrichter und zwei ehrenamtlichen Beisitzern besetzt.

Gegen Urteile der Sozialgerichte kann im Regelfall **Berufung** eingelegt werden, über die das **Sächsische Landessozialgericht** in der Besetzung mit drei Berufsrichtern und zwei ehrenamtlichen Richtern entscheidet. Bei Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung, der Abweichung von einer Entscheidung des Bundessozialgerichts, des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts sowie bei einem wesentlichen Verfahrensmangel ist darüber hinaus die **Revision** zum Bundessozialgericht möglich. Im Unterschied zu anderen Gerichtszweigen wirken in der Sozialgerichtsbarkeit in allen Instanzen ehrenamtliche Richter mit, um deren besondere Kenntnisse der sozialen Wirklichkeit für die Rechtsfindung zu nutzen.

Das Verfahren hat große Ähnlichkeit mit den Verfahren vor den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Es gibt auch hier ein behördliches **Vorverfahren**.

Abkürzungen

AG	Amtsgericht
AO	Abgabenordnung
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
BauGB	Baugesetzbuch
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
FGG	Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GewSchG	Gewaltschutzgesetz
InsO	Insolvenzordnung
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
JGG	Jugendgerichtsgesetz
KostO	Kostenordnung
LG	Landgericht
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
StPO	Strafprozessordnung
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
ZPO	Zivilprozessordnung

Gerichte und Behörden der sächsischen Justiz

- Oberlandesgericht und Generalstaatsanwaltschaft in Dresden
- Landgerichte und Staatsanwaltschaften in Bautzen, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Leipzig, Zwickau
- 30 Amtsgerichte im:
 - Landgerichtsbezirk Bautzen
 - Amtsgericht Bautzen
 - Amtsgericht Hoyerswerda
 - Amtsgericht Kamenz
 - Landgerichtsbezirk Chemnitz
 - Amtsgericht Annaberg
 - Amtsgericht Chemnitz
 - Amtsgericht Freiberg
 - Amtsgericht Hainichen
 - Amtsgericht Marienberg
 - Amtsgericht Stollberg
 - Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
 - Landgerichtsbezirk Dresden
 - Amtsgericht Dippoldiswalde
 - Amtsgericht Dresden
 - Amtsgericht Meißen
 - Amtsgericht Pirna
 - Amtsgericht Riesa
 - Landgerichtsbezirk Görlitz
 - Amtsgericht Görlitz
 - Amtsgericht Löbau
 - Amtsgericht Weißwasser
 - Amtsgericht Zittau
 - Landgerichtsbezirk Leipzig
 - Amtsgericht Borna
 - Amtsgericht Döbeln
 - Amtsgericht Eilenburg
 - Amtsgericht Grimma mit Zweigstelle in Wurzen
 - Amtsgericht Leipzig
 - Amtsgericht Oschatz
 - Amtsgericht Torgau
 - Landgerichtsbezirk Zwickau
 - Amtsgericht Aue
 - Amtsgericht Auerbach
 - Amtsgericht Plauen
 - Amtsgericht Zwickau
- Sächsisches Oberverwaltungsgericht mit neun Senaten in Bautzen und Verwaltungsgerichte in Chemnitz, Dresden, Leipzig
- Sächsisches Landesarbeitsgericht mit neun Kammern in Chemnitz und Arbeitsgerichte in Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau
- Sächsisches Landessozialgericht mit sechs Senaten in Chemnitz und Sozialgerichte in Chemnitz, Dresden, Leipzig
- Sächsisches Finanzgericht mit sieben Senaten in Leipzig
- Sächsischer Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
- Entschädigungsstelle bei der Generalstaatsanwaltschaft in Dresden
- Landesjustizkasse in Chemnitz
- Fachbereich Rechtspflege an der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung des Freistaates Sachsen in Meißen
- Justizschule des Freistaates Sachsen am Bildungszentrum Niederbobritzsch mit Außenstelle in Frankenberg

Sächsische Organe der Rechtsprechung

Verfassungsgerichtsbarkeit | Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen

Verfassungsgerichtsbarkeit		Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen			
Ordentliche Gerichtsbarkeit		Arbeitsgerichtsbarkeit	Verwaltungsgerichtsbarkeit	Sozialgerichtsbarkeit	Finanzgerichtsbarkeit
Zivilgerichtsbarkeit	Strafgerichtsbarkeit				
Oberlandesgericht		Landes-arbeits-gericht Kammer	Ober-verwaltungs-gericht Senat	Landes-sozial-gericht Senat	Finanz-gericht Senat
Landgerichte		Arbeits-gerichte Kammer	Verwaltungs-gerichte Kammer	Sozial-gerichte Kammer	
Landgerichte					
Zivilkammer	Schwurgericht				
Kammer für Handelssachen	Große Strafkammer				
Kammer für Baulandsachen	Kleine Strafkammer				
	Große Jugendkammer				
	Kleine Jugendkammer				
Amtsgerichte					
Einzelrichter	Einzelrichter				
Rechtspfleger	Schöffengericht				
	Erweitertes Schöffengericht				
Mahnabteilung	Nachlassgericht				
Zivilgericht	Registergericht				
Familiengericht	Insolvenzgericht				
Grundbuchamt	Vollstreckungs-abteilung				
Vormundschafts-gericht					
	Jugendrichter				
	Jugend-schöffengericht				

Ergebnisdarstellung

Die Geschäftsentwicklung 2003 in der **ordentlichen Gerichtsbarkeit** war gekennzeichnet durch Zunahme der Zahl der Neuzugänge bei den erstinstanzlichen Verfahren. Gleichzeitig erhöhte sich auch die Zahl der erledigten Verfahren bei den Amtsgerichten, wobei die Bußgeldsachen die Ausnahme bildeten. Trotz erhöhter Belastung der Amtsgerichte konnte die durchschnittliche Verfahrensdauer leicht verkürzt werden. Der Bestand an unerledigten Verfahren am Jahresende sank in allen Instanzen bei den Familiensachen und bei den Strafsachen vor den Amtsgerichten.

Amtsgerichte

Bei den **Zivilsachen (ohne Familiensachen)** wurden erstmals seit 1998 wieder höhere Eingangszahlen registriert. Die Zahl der Neuzugänge erhöhte sich gegenüber 2002 um 2 147 bzw. 3,2 Prozent auf 69 841. Es wurden 68 546 Verfahren erledigt. Das waren 616 Erledigungen bzw. 0,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Bestand am Jahresende stieg deshalb um 5,1 Prozent auf 26 807 Verfahren (Tabelle 9.1). Wie in den letzten Jahren entschieden die Amtsgerichte mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von 4 Monaten schneller als der Durchschnitt der neuen Länder (2002: 5,1 Monate) und Deutschlands (2002: 4,4 Monate).

Der Geschäftsanfall der **Mahnsachen**, die einen wichtigen Indikator für Zahlungsfähigkeit und -willigkeit darstellen, stieg 2003 nach Jahren mit sinkenden Eingängen erstmals wieder auf 159 252 Verfahren an. Eine weitere Zunahme auf 7 996 Anträge gab es auch beim Geschäftsanfall der **Zwangsversteigerungen an unbeweglichen Gegenständen**. Seit 1998 erhöhte sich dieser um drei Viertel und der der **Zwangsverwaltungen** stieg um mehr als das Dreifache auf 4 360 Anträge (Tabelle 9.1).

Die Amtsgerichte meldeten 2003 bei den **Familiensachen** insgesamt 22 004 neu anhängige Verfahren und somit einen im Vergleich zu 2002 um 267 Verfahren bzw. 1,2 Prozent höheren Geschäftsanfall. Die Zahl der erledigten Verfahren stieg geringfügig um 185 Verfahren bzw. 0,8 Prozent auf 22 640 an. Sie erreichte damit einen neuen Höchststand seit 1994. Dabei war ebenso die Zahl der Scheidungsverfahren im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent auf 10 083 angestiegen. Der Anteil der Scheidungsverfahren an der Gesamtzahl der Erledigungen in Familiensachen insgesamt nahm dadurch zu und betrug 44,5 Prozent. Der Bestand an unerledigten Verfahren am Jahresende sank infolge der verstärkten Tätigkeit der Familienrichter um 3,6 Prozent auf 16 925 Verfahren. Die durchschnittliche Verfahrensdauer der Scheidungs- und anderen Eheverfahren verkürzte sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 11,1 Monate. 2002 betrug sie bundesweit 10,2 Monate, in den neuen Ländern wurden 12,8 Monate ermittelt (Tabellen 10.1 und 18).

Die Arbeitsbelastung bei den **Strafsachen** stieg seit Bildung der Amtsgerichte außer 2002 kontinuierlich. 50 192 Strafverfahren wurden 2003 neu anhängig. Das waren 2 251 Verfahren bzw. 4,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Strafrichter konnten mit einer effizienten Arbeitsweise die Zahl der Erledigungen im Vergleich zum Vorjahr weiter um 1 371 bzw. 2,8 Prozent auf 50 849 steigern, so dass der Bestand an alten Verfahren um 4,4 Prozent abnahm. Er erreichte damit einen neuen Tiefstand von 14 087 Verfahren (Tabellen 11.1 und 19). Eine Strafsache dauerte 2003 in Sachsen durchschnittlich 3,5 Monate, 2002 in den neuen Ländern 4,6 Monate und in Deutschland 4 Monate. Der Bestand an offenen Verfahren war mit 28,1 Prozent bezogen auf die Neuzugänge niedriger als im Durchschnitt der neuen Länder (2002: 36,2 Prozent) und Deutschlands (2002: 34,5 Prozent).

Die Zahl der Anträge auf Entscheidung im **beschleunigten Strafverfahren** verringerte sich 2003 gegenüber dem Vorjahr geringfügig. 2000 wurden bisher die meisten Anträge (1 650) von der Staatsanwaltschaft gestellt, 2003 waren es nur noch 697 (42 Prozent). Ein beschleunigtes Verfahren kann nach § 417 der Strafprozessordnung durchgeführt werden, wenn die Fälle einfach liegen und die Beweislage klar ist sowie das zu erwartende Strafmaß ein Jahr Haft nicht übersteigt.

In **Bußgeldsachen** stieg der Geschäftsanfall gegenüber dem Vorjahr um 176 Verfahren bzw. ein Prozent auf 16 963 Neuzugänge. Dagegen nahm die Zahl der Erledigungen um 310 Verfahren bzw. 1,8 Prozent auf 16 906 ab. Der Bestand an unerledigten Verfahren am Jahresende erhöhte sich geringfügig auf 3 737 Verfahren. Gegenüber 2002 entspricht das einer Bestandszunahme von 34 Verfahren bzw. 0,9 Prozent (Tabelle 11.1).

Landgerichte

Erstmals seit 1998 sind die Neuzugänge der **erstinstanzlichen Zivilverfahren** wieder angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich 2003 die Zahl der Neuzugänge um 1 748 Verfahren bzw. 8,8 Prozent auf 21 683, die der Erledigungen sank um 288 Verfahren bzw. 1,4 Prozent auf 19 664. Am Jahresende 2003 wurden demzufolge 13 611 anhängige Verfahren gezählt, was zu einer Erhöhung des Bestandes um 17,9 Prozent führte. In Sachsen dauerten 2003 die Zivilprozesssachen in erster Instanz bei den Landgerichten durchschnittlich 6,4 Monate, 2002 in den neuen Ländern 7,6 Monate und bundesweit 7 Monate (Tabelle 9.2).

Die Entwicklung der Fallzahlen in der **Berufungsinstanz in Zivilsachen** war im Berichtsjahr rückläufig. Der Geschäftsanfall der Berufungen nahm gegenüber dem Vorjahr um 108 Verfahren bzw. 3,8 Prozent auf 2 719 ab. Die Zahl der Erledigungen sank stärker um 395 Verfahren bzw. 12,2 Prozent auf 2 846. Der Jahresendbestand konnte um knapp 10 Prozent (123 Verfahren) auf 1 129 Verfahren abgebaut werden. Die durchschnittliche Dauer der Berufungsverfahren sank 2003 auf 5,4 Monate und lag damit unter dem 2002 registrierten bundesweiten Niveau von 5,7 Monaten und dem der neuen Länder von 6,4 Monaten (Tabelle 9.2).

Die Landgerichte meldeten 2003 insgesamt 565 neu anhängige **Strafverfahren in erster Instanz**. Damit waren 11 Prozent mehr Verfahren eingegangen als ein Jahr zuvor. Es wurden 545 erstinstanzliche Verfahren von den Strafkammern erledigt, das waren 12 Verfahren bzw. 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Bestand erhöhte sich somit um 7,8 Prozent auf 290 anhängige Verfahren am Jahresende 2003. Die durchschnittliche Verfahrensdauer nahm im Vergleich zum Vorjahr zu. Sie erreichte einen Wert von 6,2 Monaten, der unter dem 2002 registrierten Durchschnitt der neuen Länder von 6,7 Monaten, aber geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 6,1 lag (Tabelle 11.2).

Die Zahl der eingehenden **Berufungen in Strafsachen** nahm gegenüber dem Vorjahr zu. Gab es im Jahr 2002 noch 3 456 Neuzugänge, so waren es im Berichtsjahr 212 Verfahren bzw. 6,1 Prozent mehr. Ebenso stieg die Erledigungszahl der Berufungen um 262 Verfahren bzw. 7,7 Prozent auf 3 663. Der Bestand an unerledigten Verfahren zum Jahresende erhöhte sich nur noch leicht um 0,8 Prozent auf 1 146 Verfahren. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 3,8 Monate. Damit entspricht Sachsen dem 2002 registrierten bundesweiten Niveau, liegt aber unter dem Niveau der neuen Länder von 4,4 Monaten (Tabelle 11.2).

Seit 1994 verlief die Entwicklung des Geschäftsanfalls der **Rehabilitierungsverfahren** ungleichmäßig. Ursache waren die mehrfachen Verlängerungen der Antragsfristen. In den ersten Jahren gab es eine Antragsflut. Nachdem die Rehabilitierungsanträge sich in den Jahren 1995 bis 1997 verringerten, kam es 1998 zu einer geringen und 1999 zu einer drastischen Steigerung um mehr als ein Drittel. 2000 war wieder ein erhöhter Antragszugang bei den Gerichten mit 2 140 Verfahren zu verzeichnen. Mit erneuter Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2007 ging die Anzahl der Neuzugänge von 2001 bis 2003 zurück und betrug im Berichtsjahr 1 156 Verfahren.

Die Erledigungszahl hat mit der ungleichmäßigen Entwicklung des Geschäftsanfalls Schritt gehalten. Im Jahr 1994 erreichte sie den Höchststand von 6 013 Verfahren. Sie nahm in den folgenden Jahren um das 4,4-fache ab und befand sich 1998 auf dem tiefsten Stand von 1 369. Mit dem erhöhten Bestand der anhängigen Verfahren verstärkte sich die Arbeit der Rehabilitierungskammern in der Folgezeit bis auf 2 337 Erledigungen im Jahr 2000. Nachdem wie bei den Neuzugängen die Zahl der Erledigungen 2001 und 2002 sank, stieg sie im Jahr 2003 wieder auf einen Wert von 1 667 an. Infolge der hohen Arbeitsbelastung bei den Rehabilitierungskammern betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer 1994 noch 16,4 Monate. Sie verringerte sich in den folgenden Jahren und schwankte zwischen neun und zwölf Monaten. Im Jahr 2003 betrug sie 12,4 Monate (Tabellen 11.4 und 19).

Oberlandesgericht

Die Arbeitsbelastung der **Zivilsenate** nahm in den neunziger Jahren kontinuierlich zu. 1999 trat zum ersten Mal eine Beruhigung ein und seitdem sank die Zahl der Neuzugänge. So ging die Zahl der Berufungseingänge 2003 um 169 Verfahren bzw. 6,6 Prozent auf 2 386 zurück. Mit 2 477 Erledigungen wurden 349 Verfahren bzw. 12,3 Prozent weniger bearbeitet als 2002. Damit sank der Jahresendbestand an Berufungen um weitere 8,5 Prozent auf 994 Verfahren. Mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von 5,2 Monaten nahm Sachsen nach wie vor im bundesweiten Vergleich (2002: 8,8 Monate) eine Spitzenposition ein (Tabelle 9.3 und 17).

In **Familiensachen** konnte im Berichtsjahr erstmals seit 2000 wieder ein Rückgang der Zahl der Berufungseingänge verzeichnet werden. Sie sank im Vergleich zum Vorjahr um 19 Verfahren bzw. 2 Prozent auf 918. Mit 949 beendeten Verfahren waren es 58 Verfahren bzw. 6,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Deshalb verringerte sich auch der Bestand an unerledigten Verfahren am Jahresende um 10,3 Prozent auf 270. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 3,1 Monate und war damit um 2,3 Monate kürzer als der Bundesdurchschnitt 2002 (Tabelle 10.2).

Bei den **Strafsenaten** nahm 2003 sowohl die Zahl der neu anhängigen als auch die der erledigten Revisionsverfahren zu. Der Geschäftsanfall an Revisionen belief sich insgesamt auf 356 Fälle, bei den Erledigungen waren es 338 Fälle. Es wurden 30 Verfahren bzw. 9,2 Prozent mehr Revisionen gegenüber dem Vorjahr in Strafsachen eingelegt. Die Zahl der erledigten Revisionsverfahren erhöhte sich gegenüber 2002 geringfügig um 7 Verfahren bzw. 2,1 Prozent. Damit nahm der offene Bestand bei Revisionsverfahren am Jahresende um 60 Prozent auf 48 Verfahren zu (Tabelle 11.3 und 19).

Der Geschäftsanfall und die Erledigungen der Bußgeldverfahren in der Beschwerdeinstanz stiegen auch 2003 weiter an. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 46 Neuzugänge bzw. 13,3 Prozent mehr. Die Neuzugänge erreichten mit 391 Fällen das höchste Niveau seit Beginn der Erhebung 1994. Im Berichtszeitraum wurden 32 bzw. 9,2 Prozent mehr Rechtsbeschwerden als im Jahr zuvor erledigt. Obwohl dabei mit 378 Verfahren ein neuer Höchststand erreicht wurde, vergrößerte sich der Jahresendbestand der Rechtsbeschwerden auf 29.

Bei den Strafsenaten wurden die Revisionsverfahren 2003 wie im vergangenen Jahr nach durchschnittlich 1,3 Monaten erledigt, die Rechtsbeschwerden nach 0,5 Monaten. Bundesweit lag der Durchschnitt ebenfalls bei 1,3 Monaten bzw. 1 Monat.

Der Geschäftsanfall der **Rehabilitierungsverfahren** vor dem Oberlandesgericht verringerte sich 2003. Kamen 2002 noch 110 Anträge neu hinzu, so waren es im Berichtsjahr 104 und damit 5,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Es wurden ebenfalls 104 Beschwerden innerhalb des Jahres erledigt, so dass der Bestand am Jahresende bei 13 unerledigten Verfahren blieb. (Tabelle 11.5).

Staatsanwaltschaften

Die **Staatsanwaltschaften** bei den Landgerichten leiteten 2003 insgesamt 302 275 Ermittlungsverfahren neu ein, das waren 33 509 Verfahren bzw. 12 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Damit erreichte der Geschäftsanfall einen neuen Höchststand seit Beginn der Erhebung. Ebenso stieg die Zahl der Erledigungen um 35 794 bzw. 13,3 Prozent auf einen neuen Höchstwert von 304 398 Verfahren. Gleichzeitig kam es zu einer Bestandsabnahme am Jahresende um 6,4 Prozent auf 31 080 Verfahren. Die Ermittlungsverfahren bei den sächsischen Landgerichten dauerten durchschnittlich 1,6 Monate, bundesweit lag 2002 die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei 2,1 Monaten (Tabellen 12.1 und 20).

Der Geschäftsanfall der nach § 145 GVG übernommenen Ermittlungsverfahren bei der **Generalstaatsanwaltschaft** stieg 2003 gegenüber dem Vorjahr an. Die Zahl der Neuzugänge erhöhte sich fast um das Dreifache auf 64 Verfahren. Insgesamt wurden 43 Ermittlungsverfahren erledigt, das waren 38,7 Prozent mehr als 2002. Dabei kam es in neun von zehn Verfahren, durch Fehlen eines genügenden Anlasses zur Erhebung der öffentlichen Klage, zu einer Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO. Am Berichtsjahresende wurde ein Bestand von 35 offenen Verfahren verzeichnet (Tabelle 12.2).

Die Geschäftsentwicklung 2003 in den **Fachgerichtsbarkeiten** war gekennzeichnet durch weitere Zunahmen der Sozial- und Finanzgerichtsverfahren und durch Rückgänge bei den Arbeits- und Verwaltungsgerichtsverfahren.

Fachgerichte

Die Belastung **der Arbeitsgerichte** war in den letzten Jahren merklich zurückgegangen. Im Jahr 2003 wurden bei den Kammern der Arbeitsgerichte 32 196 Urteilsverfahren neu eingereicht. Das waren 1 313 Verfahren bzw. 3,9 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der erledigten Klagen fiel im Jahr 2003 um 2 277 bzw. 6,5 Prozent auf 32 496. Unerledigt blieben am Jahresende 8 120 Klagen, 3,7 Prozent weniger als im Vorjahr. 43,1 Prozent der Verfahren wurden durch gerichtlichen Vergleich abgeschlossen, weitere 21,4 Prozent endeten durch Urteil. Auffällig war, dass in den letzten Jahren die Zeugniserteilung und deren Berichtigung immer häufiger zum Streitgegenstand wurden. Seit 1994 erhöhte sich die Zahl der Erledigungen zu diesen Streitigkeiten von 314 um das Vierfache auf 1 269 (Tabelle 13.1 und 21).

Nachdem die Beschlussverfahren 2002 drastisch zugenommen haben, veränderte sich der Geschäftsanfall gegenüber dem Vorjahr nur um ein Verfahren auf 467. Die Arbeitsleistung der Richter steigerte sich nochmals und die Zahl der erledigten Beschlussverfahren erhöhte sich um 60 Verfahren bzw. 14,4 Prozent auf 478. Dadurch konnte der Jahresendbestand auf 95 Verfahren gesenkt werden.

Die **Verwaltungsgerichte** meldeten im Jahr 2003 insgesamt 8 415 neu anhängige Hauptverfahren und somit einen im Vergleich zu 2002 um 1 315 Verfahren bzw. 13,5 Prozent niedrigeren Geschäftsanfall. Die Zahl der erledigten Hauptverfahren stieg wieder an, um 970 bzw. 10,2 Prozent auf 10 521. Damit konnte ein weiterer Bestandsabbau erreicht werden. Die Zahl der anhängigen Hauptverfahren am Jahresende 2003 verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 13,2 Prozent auf 13 684. Der Bestand an offenen Verfahren am Jahresende bezogen auf die Eingänge befand sich nach wie vor mit 163 Prozent auf einem hohen Niveau. Die durchschnittliche Verfahrensdauer sank 2003 auf 18,1 Monate, liegt aber über dem im Jahr 2002 registrierten Bundesdurchschnitt von 16,9 Monaten. Die Asylverfahren, die ein reichliches Drittel der verwaltungsgerichtlichen Verfahren ausmachen, konnten in Sachsen 2003 weiter beschleunigt werden. Die durchschnittliche Verfahrensdauer verringerte sich um einen Monat auf 17,8 Monate (Tabelle 14.1).

Die Zahl der Neuzugänge bei den drei sächsischen **Sozialgerichten** nahm gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich um 2 280 Verfahren bzw. 13,9 Prozent zu und erlangte einen neuen Höchstwert von 18 652. Damit verdoppelte sich fast der Geschäftsanfall bei den Sozialgerichten seit 1994. Dagegen sank seitdem erstmals die Zahl der erledigten Klagen. Im Jahr 2003 wurden 14 677 Verfahren erledigt. Das waren 674 Klagen bzw. 4,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Somit erreichte die Zahl der unerledigten Klagen am Jahresende einen neuen unerfreulichen Höchststand von 24 551, fast ein Fünftel (19,3 Prozent) mehr als im Vorjahr.

Bei 40,4 Prozent der Klagen ging es um Ansprüche aus der Rentenversicherung und bei jeder vierten Klage (26 Prozent) um Streitigkeiten in Angelegenheiten mit der Bundesanstalt für Arbeit. 16,1 Prozent der erledigten Klagen betrafen Streitfälle der Krankenversicherung und jeweils 6 Prozent Streitfälle der Unfallversicherung bzw. über die Feststellung der Behinderung nach dem Schwerbehindertengesetz. Über ein Drittel (34,7 Prozent) der sozialgerichtlichen Verfahren endeten im Jahr 2003 durch Zurücknahme der Klage und reichlich ein Viertel (26,2 Prozent) durch eine gerichtliche Entscheidung (Tabellen 15.1 und 23).

Der Geschäftsanfall des Sächsischen **Finanzgerichts** nahm in den letzten zehn Jahren fast um das Vierfache zu. Im Berichtsjahr wurden neue Höchststände bei der Zahl der Neuzugänge, Erledigungen und unerledigten Verfahren am Jahresende verzeichnet. Mit einer Steigerung 2003 gegenüber dem Vorjahr um 241 Verfahren bzw. 10,5 Prozent wurden insgesamt 2 537 Klagen eingereicht. Trotz der Zunahme der erledigten Verfahren 2003 um fast ein Viertel (463 Verfahren) auf insgesamt 2 388 konnte kein Bestandsabbau erreicht werden, so dass die unerledigten Verfahren am Jahresende 2003 um 4,4 Prozent auf 3 548 Verfahren stiegen (Tabelle 16 und 24).

Ergebnisdarstellung

Die Geschäftsentwicklung 2003 in der **ordentlichen Gerichtsbarkeit** war gekennzeichnet durch Zunahme der Zahl der Neuzugänge bei den erstinstanzlichen Verfahren. Gleichzeitig erhöhte sich auch die Zahl der erledigten Verfahren bei den Amtsgerichten, wobei die Bußgeldsachen die Ausnahme bildeten. Trotz erhöhter Belastung der Amtsgerichte konnte die durchschnittliche Verfahrensdauer leicht verkürzt werden. Der Bestand an unerledigten Verfahren am Jahresende sank in allen Instanzen bei den Familiensachen und bei den Strafsachen vor den Amtsgerichten.

Amtsgerichte

Bei den **Zivilsachen (ohne Familiensachen)** wurden erstmals seit 1998 wieder höhere Eingangszahlen registriert. Die Zahl der Neuzugänge erhöhte sich gegenüber 2002 um 2 147 bzw. 3,2 Prozent auf 69 841. Es wurden 68 546 Verfahren erledigt. Das waren 616 Erledigungen bzw. 0,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Bestand am Jahresende stieg deshalb um 5,1 Prozent auf 26 807 Verfahren (Tabelle 9.1). Wie in den letzten Jahren entschieden die Amtsgerichte mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von 4 Monaten schneller als der Durchschnitt der neuen Länder (2002: 5,1 Monate) und Deutschlands (2002: 4,4 Monate).

Der Geschäftsanfall der **Mahnsachen**, die einen wichtigen Indikator für Zahlungsfähigkeit und -willigkeit darstellen, stieg 2003 nach Jahren mit sinkenden Eingängen erstmals wieder auf 159 252 Verfahren an. Eine weitere Zunahme auf 7 996 Anträge gab es auch beim Geschäftsanfall der **Zwangsversteigerungen an unbeweglichen Gegenständen**. Seit 1998 erhöhte sich dieser um drei Viertel und der der **Zwangsverwaltungen** stieg um mehr als das Dreifache auf 4 360 Anträge (Tabelle 9.1).

Die Amtsgerichte meldeten 2003 bei den **Familiensachen** insgesamt 22 004 neu anhängige Verfahren und somit einen im Vergleich zu 2002 um 267 Verfahren bzw. 1,2 Prozent höheren Geschäftsanfall. Die Zahl der erledigten Verfahren stieg geringfügig um 185 Verfahren bzw. 0,8 Prozent auf 22 640 an. Sie erreichte damit einen neuen Höchststand seit 1994. Dabei war ebenso die Zahl der Scheidungsverfahren im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent auf 10 083 angestiegen. Der Anteil der Scheidungsverfahren an der Gesamtzahl der Erledigungen in Familiensachen insgesamt nahm dadurch zu und betrug 44,5 Prozent. Der Bestand an unerledigten Verfahren am Jahresende sank infolge der verstärkten Tätigkeit der Familienrichter um 3,6 Prozent auf 16 925 Verfahren. Die durchschnittliche Verfahrensdauer der Scheidungs- und anderen Eheverfahren verkürzte sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 11,1 Monate. Bundesweit 2002 betrug sie 10,2 Monate, in den neuen Ländern wurden 12,8 Monate ermittelt (Tabellen 10.1 und 18).

Die Arbeitsbelastung bei den **Strafsachen** stieg seit Bildung der Amtsgerichte außer 2002 kontinuierlich. 50 192 Strafverfahren wurden 2003 neu anhängig. Das waren 2 251 Verfahren bzw. 4,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Strafrichter konnten mit einer effizienten Arbeitsweise die Zahl der Erledigungen im Vergleich zum Vorjahr weiter um 1 371 bzw. 2,8 Prozent auf 50 849 steigern, so dass der Bestand an alten Verfahren um 4,4 Prozent abnahm. Er erreichte damit einen neuen Tiefstand von 14 087 Verfahren (Tabellen 11.1 und 19). Eine Strafsache dauerte 2003 in Sachsen durchschnittlich 3,5 Monate, 2002 in den neuen Ländern 4,6 Monate und in Deutschland 4 Monate. Der Bestand an offenen Verfahren war mit 28,1 Prozent bezogen auf die Neuzugänge niedriger als im Durchschnitt der neuen Länder (2002: 36,2 Prozent) und Deutschlands (2002: 34,5 Prozent).

Die Zahl der Anträge auf Entscheidung im **beschleunigten Strafverfahren** verringerte sich 2003 gegenüber dem Vorjahr geringfügig. 2000 wurden bisher die meisten Anträge (1 650) von der Staatsanwaltschaft gestellt, 2003 waren es nur noch 697 (42 Prozent). Ein beschleunigtes Verfahren kann nach § 417 der Strafprozessordnung durchgeführt werden, wenn die Fälle einfach liegen und die Beweislage klar ist sowie das zu erwartende Strafmaß ein Jahr Haft nicht übersteigt.

In **Bußgeldsachen** stieg der Geschäftsanfall gegenüber dem Vorjahr um 176 Verfahren bzw. 1 Prozent auf 16 963 Neuzugänge. Dagegen nahm die Zahl der Erledigungen um 310 Verfahren bzw. 1,8 Prozent auf 16 906 ab. Der Bestand an unerledigten Verfahren am Jahresende erhöhte sich geringfügig auf 3 737 Verfahren. Gegenüber 2002 entspricht das einer Bestandszunahme von 34 Verfahren bzw. 0,9 Prozent (Tabelle 11.1).

Landgerichte

Erstmals seit 1998 sind die Neuzugänge der **erstinstanzlichen Zivilverfahren** wieder angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich 2003 die Zahl der Neuzugänge um 1 748 Verfahren bzw. 8,8 Prozent auf 21 683, die der Erledigungen sank um 288 Verfahren bzw. 1,4 Prozent auf 19 664. Am Jahresende 2003 wurden demzufolge 13 611 anhängige Verfahren gezählt, was zu einer Erhöhung des Bestandes um 17,9 Prozent führte. In Sachsen dauerten die Zivilprozesssachen in erster Instanz bei den Landgerichten durchschnittlich 6,4 Monate, 2002 in den neuen Ländern 7,6 Monate und bundesweit 7 Monate (Tabelle 9.2).

Die Entwicklung der Fallzahlen in der **Berufungsinstanz in Zivilsachen** war im Berichtsjahr rückläufig. Der Geschäftsanfall der Berufungen nahm gegenüber dem Vorjahr um 108 Verfahren bzw. 3,8 Prozent auf 2 719 ab. Die Zahl der Erledigungen sank stärker um 395 Verfahren bzw. 12,2 Prozent auf 2 846. Der Jahresendbestand konnte um knapp 10 Prozent (123 Verfahren) auf 1 129 Verfahren abgebaut werden. Die durchschnittliche Dauer der Berufungsverfahren sank 2003 auf 5,4 Monate und lag damit unter dem 2002 registrierten bundesweiten Niveau von 5,7 Monaten und dem der neuen Länder von 6,4 Monaten (Tabelle 9.2).

Die Landgerichte meldeten 2003 insgesamt 565 neu anhängige **Strafverfahren in erster Instanz**. Damit waren 11 Prozent mehr Verfahren eingegangen als ein Jahr zuvor. Es wurden 545 erstinstanzliche Verfahren von den Strafkammern erledigt, das waren 12 Verfahren bzw. 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Bestand erhöhte sich somit um 7,8 Prozent auf 290 anhängige Verfahren am Jahresende 2003. Die durchschnittliche Verfahrensdauer nahm im Vergleich zum Vorjahr zu. Sie erreichte einen Wert von 6,2 Monaten, der unter dem 2002 registrierten Durchschnitt der neuen Länder von 6,7 Monaten, aber geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 6,1 lag (Tabelle 11.2).

Die Zahl der eingehenden **Berufungen in Strafsachen** nahm gegenüber dem Vorjahr zu. Gab es im Jahr 2002 noch 3 456 Neuzugänge, so waren es im Berichtsjahr 212 Verfahren bzw. 6,1 Prozent mehr. Ebenso stieg die Erledigungszahl der Berufungen um 262 Verfahren bzw. 7,7 Prozent auf 3 663. Der Bestand an unerledigten Verfahren zum Jahresende erhöhte sich nur noch leicht um 0,8 Prozent auf 1 146 Verfahren. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 3,8 Monate. Damit entspricht Sachsen dem 2002 registrierten bundesweiten Niveau, liegt aber unter dem Niveau der neuen Länder von 4,4 Monaten (Tabelle 11.2).

Seit 1994 verlief die Entwicklung des Geschäftsanfalls der **Rehabilitierungsverfahren** ungleichmäßig. Ursache waren die mehrfachen Verlängerungen der Antragsfristen. In den ersten Jahren gab es eine Antragsflut. Nachdem die Rehabilitierungsanträge sich in den Jahren 1995 bis 1997 verringerten, kam es 1998 zu einer geringen und 1999 zu einer drastischen Steigerung um mehr als ein Drittel. 2000 war wieder ein erhöhter Antragszugang bei den Gerichten mit 2 140 Verfahren zu verzeichnen. Mit erneuter Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2007 ging die Anzahl der Neuzugänge von 2001 bis 2003 zurück und betrug im Berichtsjahr 1 156 Verfahren.

Die Erledigungszahl hat mit der ungleichmäßigen Entwicklung des Geschäftsanfalls Schritt gehalten. Im Jahr 1994 erreichte sie den Höchststand von 6 013 Verfahren. Sie nahm in den folgenden Jahren um das 4,4-fache ab und befand sich 1998 auf dem tiefsten Stand von 1 369. Mit dem erhöhten Bestand der anhängigen Verfahren verstärkte sich die Arbeit der Rehabilitierungskammern in der Folgezeit bis auf 2 337 Erledigungen im Jahr 2000. Nachdem wie bei den Neuzugängen die Zahl der Erledigungen 2001 und 2002 sank, stieg sie im Jahr 2003 wieder auf einen Wert von 1 667 an. Infolge der hohen Arbeitsbelastung bei den Rehabilitierungskammern betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer 1994 noch 16,4 Monate. Sie verringerte sich in den folgenden Jahren und schwankte zwischen neun und zwölf Monaten. Im Jahr 2003 betrug sie 12,4 Monate (Tabellen 11.4 und 19).

Oberlandesgericht

Die Arbeitsbelastung der **Zivilsenate** nahm in den neunziger Jahren kontinuierlich zu. 1999 trat zum ersten Mal eine Beruhigung ein und seitdem sank die Zahl der Neuzugänge. So ging die Zahl der Berufungseingänge 2003 um 169 Verfahren bzw. 6,6 Prozent auf 2 386 zurück. Mit 2 477 Erledigungen wurden 349 Verfahren bzw. 12,3 Prozent weniger bearbeitet als 2002. Damit sank der Jahresendbestand an Berufungen um weitere 8,5 Prozent auf 994 Verfahren. Mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von 5,2 Monaten nahm Sachsen nach wie vor im bundesweiten Vergleich (2002: 8,8 Monate) eine Spitzenposition ein (Tabelle 9.3 und 17).

In **Familiensachen** konnte im Berichtsjahr erstmals seit 2000 wieder ein Rückgang der Zahl der Berufungseingänge verzeichnet werden. Sie sank im Vergleich zum Vorjahr um 19 Verfahren bzw. 2 Prozent auf 918. Mit 949 beendeten Verfahren waren es 58 Verfahren bzw. 6,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Deshalb verringerte sich auch der Bestand an unerledigten Verfahren am Jahresende um 10,3 Prozent auf 270. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 3,1 Monate und war damit um 2,3 Monate kürzer als der Bundesdurchschnitt 2002 (Tabelle 10.2).

Bei den **Strafsenaten** nahm 2003 sowohl die Zahl der neu anhängigen als auch die der erledigten Revisionsverfahren zu. Der Geschäftsanfall an Revisionen belief sich insgesamt auf 356 Fälle, bei den Erledigungen waren es 338 Fälle. Es wurden 30 Verfahren bzw. 9,2 Prozent mehr Revisionen gegenüber dem Vorjahr in Strafsachen eingelegt. Die Zahl der erledigten Revisionsverfahren erhöhte sich gegenüber 2002 geringfügig um 7 Verfahren bzw. 2,1 Prozent. Damit nahm der offene Bestand bei Revisionsverfahren am Jahresende um 60 Prozent auf 48 Verfahren zu (Tabelle 11.3 und 19).

Der Geschäftsanfall und die Erledigungen der Bußgeldverfahren in der Beschwerdeinstanz stiegen auch 2003 weiter an. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 46 Neuzugänge bzw. 13,3 Prozent mehr. Die Neuzugänge erreichten mit 391 Fällen das höchste Niveau seit Beginn der Erhebung 1994. Im Berichtszeitraum wurden 32 bzw. 9,2 Prozent mehr Rechtsbeschwerden als im Jahr zuvor erledigt. Obwohl dabei mit 378 Verfahren ein neuer Höchststand erreicht wurde, vergrößerte sich der Jahresendbestand der Rechtsbeschwerden auf 29.

Bei den Strafsenaten wurden die Revisionsverfahren 2003 wie im vergangenen Jahr nach durchschnittlich 1,3 Monaten erledigt, die Rechtsbeschwerden nach 0,5 Monaten. Bundesweit lag der Durchschnitt ebenfalls bei 1,3 Monaten bzw. 1 Monat.

Der Geschäftsanfall der **Rehabilitierungsverfahren** vor dem Oberlandesgericht verringerte sich 2003. Kamen 2002 noch 110 Anträge neu hinzu, so waren es im Berichtsjahr 104 und damit 5,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Es wurden ebenfalls 104 Beschwerden innerhalb des Jahres erledigt, so dass der Bestand am Jahresende bei 13 unerledigten Verfahren blieb. (Tabelle 11.5).

Staatsanwaltschaften

Die **Staatsanwaltschaften** bei den Landgerichten leiteten 2003 insgesamt 302 275 Ermittlungsverfahren neu ein, das waren 33 509 Verfahren bzw. 12 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Damit erreichte der Geschäftsanfall einen neuen Höchststand seit Beginn der Erhebung. Ebenso stieg die Zahl der Erledigungen um 35 794 bzw. 13,3 Prozent auf einen neuen Höchstwert von 304 398 Verfahren. Gleichzeitig kam es zu einer Bestandsabnahme am Jahresende um 6,4 Prozent auf 31 080 Verfahren. Die Ermittlungsverfahren bei den sächsischen Landgerichten dauerten durchschnittlich 1,6 Monate, bundesweit lag 2002 die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei 2,1 Monaten (Tabellen 12.1 und 20).

Der Geschäftsanfall der nach § 145 GVG übernommenen Ermittlungsverfahren bei der **Generalstaatsanwaltschaft** stieg 2003 gegenüber dem Vorjahr an. Die Zahl der Neuzugänge erhöhte sich fast um das Dreifache auf 64 Verfahren. Insgesamt wurden 43 Ermittlungsverfahren erledigt, das waren 38,7 Prozent mehr als 2002. Dabei kam es in neun von zehn Verfahren, durch Fehlen eines genügenden Anlasses zur Erhebung der öffentlichen Klage, zu einer Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO. Am Berichtsjahresende wurde ein Bestand von 35 offenen Verfahren verzeichnet (Tabelle 12.2).

Die Geschäftsentwicklung 2003 in den **Fachgerichtsbarkeiten** war gekennzeichnet durch weitere Zunahmen der Sozial- und Finanzgerichtsverfahren und durch Rückgänge bei den Arbeits- und Verwaltungsgerichtsverfahren.

Fachgerichte

Die Belastung **der Arbeitsgerichte** war in den letzten Jahren merklich zurückgegangen. Im Jahr 2003 wurden bei den Kammern der Arbeitsgerichte 32 196 Urteilsverfahren neu eingereicht. Das waren 1 313 Verfahren bzw. 3,9 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der erledigten Klagen fiel im Jahr 2003 um 2 277 bzw. 6,5 Prozent auf 32 496. Unerledigt blieben am Jahresende 8 120 Klagen, 3,7 Prozent weniger als im Vorjahr. 43,1 Prozent der Verfahren wurden durch gerichtlichen Vergleich abgeschlossen, weitere 21,4 Prozent endeten durch Urteil. Auffällig war, dass in den letzten Jahren die Zeugniserteilung und deren Berichtigung immer häufiger zum Streitgegenstand wurden. Seit 1994 erhöhte sich die Zahl der Erledigungen zu diesen Streitigkeiten von 314 um das Vierfache auf 1 269 (Tabelle 13.1 und 21).

Nachdem die Beschlussverfahren 2002 drastisch zugenommen haben, veränderte sich der Geschäftsanfall gegenüber dem Vorjahr nur um ein Verfahren auf 467. Die Arbeitsleistung der Richter steigerte sich nochmals und die Zahl der erledigten Beschlussverfahren erhöhte sich um 60 Verfahren bzw. 14,4 Prozent auf 478. Dadurch konnte der Jahresendbestand auf 95 Verfahren gesenkt werden.

Die **Verwaltungsgerichte** meldeten im Jahr 2003 insgesamt 8 415 neu anhängige Hauptverfahren und somit einen im Vergleich zu 2002 um 1 315 Verfahren bzw. 13,5 Prozent niedrigeren Geschäftsanfall. Die Zahl der erledigten Hauptverfahren stieg wieder an, um 970 bzw. 10,2 Prozent auf 10 521. Damit konnte ein weiterer Bestandsabbau erreicht werden. Die Zahl der anhängigen Hauptverfahren am Jahresende 2003 verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 13,2 Prozent auf 13 684. Der Bestand an offenen Verfahren am Jahresende bezogen auf die Eingänge befand sich nach wie vor mit 163 Prozent auf einem hohen Niveau. Die durchschnittliche Verfahrensdauer sank 2003 auf 18,1 Monate, liegt aber über dem im Jahr 2002 registrierten Bundesdurchschnitt von 16,9 Monaten. Die Asylverfahren, die ein reichliches Drittel der verwaltungsgerichtlichen Verfahren ausmachen, konnten in Sachsen 2003 weiter beschleunigt werden. Die durchschnittliche Verfahrensdauer verringerte sich um einen Monat auf 17,8 Monate (Tabelle 14.1).

Die Zahl der Neuzugänge bei den drei sächsischen **Sozialgerichten** nahm gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich um 2 280 Verfahren bzw. 13,9 Prozent zu und erlangte einen neuen Höchstwert von 18 652. Damit verdoppelte sich fast der Geschäftsanfall bei den Sozialgerichten seit 1994. Dagegen sank erstmals seitdem die Zahl der erledigten Klagen. Mit 14 677 Verfahren 2003 waren es 674 Klagen bzw. 4,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der unerledigten Klagen am Jahresende 2003 erreichte mit einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 19,3 Prozent einen neuen unerfreulichen Höchststand von 24 551.

Bei 40,4 Prozent der Klagen ging es um Ansprüche aus der Rentenversicherung und bei jeder vierten Klage (26 Prozent) um Streitigkeiten in Angelegenheiten mit der Bundesanstalt für Arbeit. 16,1 Prozent der erledigten Klagen betrafen Streitfälle der Krankenversicherung und jeweils 6 Prozent Streitfälle der Unfallversicherung sowie über die Feststellung der Behinderung nach dem Schwerbehindertengesetz. Über ein Drittel (34,7 Prozent) der sozialgerichtlichen Verfahren endeten im Jahr 2003 durch Zurücknahme der Klage und reichlich ein Viertel (26,2 Prozent) durch eine gerichtliche Entscheidung (Tabellen 15.1 und 23).

Der Geschäftsanfall des Sächsischen **Finanzgerichts** nahm in den letzten zehn Jahren fast um das Vierfache zu. Es wurden 2003 neue Höchststände bei der Zahl der Neuzugänge, Erledigungen und unerledigten Verfahren am Jahresende verzeichnet. Mit einer Steigerung 2003 gegenüber dem Vorjahr um 241 Verfahren bzw. 10,5 Prozent wurden insgesamt 2 537 Klagen eingereicht. Trotz der Zunahme der erledigten Verfahren 2003 um fast ein Viertel (463 Verfahren) auf insgesamt 2 388 konnte kein Bestandsabbau erreicht werden, so dass die unerledigten Verfahren am Jahresende 2003 um 4,4 Prozent auf 3 548 Verfahren stiegen (Tabelle 16 und 24).

1. Struktur der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften am 31. Dezember 2003

Merkmal	Oberlandes- gerichtsbezirk	Landgerichtsbezirke					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
Gemeinden	522	67	122	80	65	101	87
Einwohner in 1 000	4 321	350	937	1 018	306	1 079	631
Amtsgerichte	30	3	7	5	4	7	4
Einwohner je Amtsgerichtsbezirk in 1 000	144	117	134	204	77	154	158
Landgerichte	6	1	1	1	1	1	1
Zivilkammern	76	5	13	19	4	24	11
darunter							
Kammern für Handelssachen	19	1	3	5	1	7	2
Kammern für Baulandsachen	3	-	1	1	-	1	-
Strafkammern	66	8	10	16	8	17	7
darunter							
Jugendkammern ¹⁾	12	2	2	3	2	2	1
Wirtschaftsstrafkammern	7	-	2	2	1	1	1
Strafvollstreckungskammern	11	1	2	1	1	4	2
Rehabilitierungskammern	3	-	1	1	-	1	-
Oberlandesgericht	1	-	-	-	-	-	-
Zivilsenate	23	x	x	x	x	x	x
darunter							
Senate für Familiensachen	3	x	x	x	x	x	x
Senate für Baulandsachen	1	x	x	x	x	x	x
Strafsenate	4	x	x	x	x	x	x
darunter							
Senate für Bußgeldsachen	1	x	x	x	x	x	x
sonstige besondere Senate	3	x	x	x	x	x	x
Staatsanwaltschaften	6	1	1	1	1	1	1

1) soweit diese nach dem Geschäftsverteilungsplan (zumindest auch) für Jugendsachen zuständig sind

2. Gemeinden und Einwohner in den Gerichtsbezirken 1997 bis 2003¹⁾

Amtsgerichtsbezirk Landgerichtsbezirk Oberlandesgerichtsbezirk	1997		1998		1999	
	Ge- meinden	Ein- wohner	Ge- meinden	Ein- wohner	Ge- meinden	Ein- wohner
Bautzen	37	161 587	30	160 486	31	159 127
Hoyerswerda	12	93 519	11	91 615s	11	89 759s
Kamenz	30	80 051	25	80 443	25	80 290
LG-Bezirk Bautzen	79	335 157	66	332 544	67	329 176
Annaberg	30	90 819	17	90 192	17	89 304
Chemnitz	1	252 091s	1	244 868s	1	239 824s
Freiberg	33	156 423	29	155 619	29	154 475
Hainichen	40	144 563s	25	144 369s	25	143 649s
Hohenstein-Ernstthal	25	154 560	16	154 832	15	154 166s
Marienberg	39	98 727s	24	97 928s	24	97 218s
Stollberg	23	100 267s	16	100 382s	15	99 915s
LG-Bezirk Chemnitz	191	997 450	128	988 190	126	978 551
Dippoldiswalde	30	119 332	22	120 341s	22	120 915s
Dresden	21	556 782	8	552 496	8	551 664s
Meißen	19	111 234	14	110 915s	14	110 480s
Pirna	38	161 444	26	161 542	26	160 523s
Riesa	32	126 376	23	124 991	23	123 699
LG-Bezirk Dresden	140	1 075 168	93	1 070 285	93	1 067 281
Görlitz	11	83 385s	8	82 488s	8	81 373s
Löbau	28	82 081	23	81 260	23	80 496s
Weißwasser	28	93 065s	22	91 503s	22	89 401s
Zittau	18	78 865	15	77 912	15	76 976s
LG-Bezirk Görlitz	85	337 396	68	333 163	68	328 246
Borna	26	99 739s	18	99 403s	18	98 529s
Döbeln	18	80 385	14	79 821	14	79 018
Eilenburg	27	99 047	19	99 006	19	98 699s
Grimma	28	126 973	23	128 166	23	128 393s
Leipzig	23	594 524s	8	589 162s	7	588 978s
Oschatz	9	47 550	8	47 117	8	46 696
Torgau	24	56 668	13	56 473	13	56 229
LG-Bezirk Leipzig	155	1 104 886	103	1 099 148	102	1 096 542
Aue	29	146 191	22	144 279	22	142 687
Auerbach	32	130 101	23	128 877	23	127 386
Plauen	39	150 546	25	150 109	25	149 196
Zwickau	37	245 517	18	242 820	18	240 621
LG-Bezirk Zwickau	137	672 355	88	666 085	88	659 890
OLG-Bezirk Dresden	787	4 522 412	546	4 489 415	544	4 459 686

1) jeweils am 31. Dezember mit Gebietsstand vom 1. Januar des darauf folgenden Jahres

s) Das Sächsische Gerichtsorganisationsgesetz (am 1. Januar 2001 außer Kraft getreten) enthielt Gemeinden, die infolge der Gemeindegebietsreform ihre Selbständigkeit nicht mehr besaßen. Für diese Gemeindeteile wurden in der amtlichen Statistik keine gesonderten Einwohnerzahlen ausgewiesen, so dass eine Schätzung durchgeführt wurde.

2000		2001		2002		2003		Amtsgerichtsbezirk
Ge- meinden	Ein- wohner	Ge- meinden	Ein- wohner	Ge- meinden	Ein- wohner	Ge- meinden	Ein- wohner	Landgerichtsbezirk
								Oberlandesgerichtsbezirk
31	157 502	30	155 487	30	153 897	30	152 391	Bautzen
10	87 670s	11	85 880	11	84 024	11	82 316	Hoyerswerda
23	79 882	26	116 991	26	116 099	26	115 370	Kamenz
64	325 054	67	358 358	67	354 020	67	350 077	LG-Bezirk Bautzen
17	88 300	17	87 200	17	86 285	17	85 225	Annaberg
1	235 848s	1	255 798	1	252 618	1	249 922	Chemnitz
29	153 066	29	151 560	28	149 804	27	148 322	Freiberg
25	142 241s	25	136 684	24	135 257	24	133 881	Hainichen
15	153 041s	15	139 814	15	138 259	15	137 053	Hohenstein-Ernstthal
24	96 285s	24	93 483	23	92 417	23	91 548	Marienberg
15	99 168s	15	93 041	15	92 167	15	91 273	Stollberg
126	967 949	126	957 580	123	946 807	122	937 224	LG-Bezirk Chemnitz
20	121 057s	19	124 763	18	124 155	17	123 408	Dippoldiswalde
8	552 818s	1	478 631	1	480 228	1	483 632	Dresden
14	109 620s	17	152 044	16	151 204	15	150 550	Meißen
26	158 906s	26	145 373	26	143 677	26	142 662	Pirna
23	122 274	23	120 539	21	118 927	21	117 606	Riesa
91	1 064 675	86	1 021 350	82	1 018 191	80	1 017 858	LG-Bezirk Dresden
8	80 107s	10	83 872	10	82 746	10	81 807	Görlitz
23	79 383s	22	75 067	21	74 054	21	72 934	Löbau
22	87 437s	20	79 861	20	78 150	20	76 754	Weißwasser
15	75 906s	15	77 237	14	75 977	14	74 913	Zittau
68	322 833	67	316 037	65	310 927	65	306 408	LG-Bezirk Görlitz
19	97 161s	25	152 687	25	151 244	24	150 376	Borna
14	77 942	14	76 681	14	75 523	13	74 342	Döbeln
19	98 106s	19	127 162	19	125 923	19	124 874	Eilenburg
23	128 428	23	135 459	23	134 351	23	133 401	Grimma
7	588 859s	1	493 052	1	494 795	1	497 531	Leipzig
8	46 098	8	45 437	8	44 692	8	44 348	Oschatz
13	55 631	13	55 048	13	54 617	13	54 069	Torgau
103	1 092 225	103	1 085 526	103	1 081 145	101	1 078 941	LG-Bezirk Leipzig
22	140 483	22	138 331	22	136 245	22	134 291	Aue
23	125 828	22	123 844	21	122 349	21	120 820	Auerbach
25	148 400	26	147 699	26	146 359	26	145 138	Plauen
18	238 134	18	235 467	18	233 016	18	230 680	Zwickau
88	652 845	88	645 341	87	637 969	87	630 929	LG-Bezirk Zwickau
540	4 425 581	537	4 384 192	527	4 349 059	522	4 321 437	OLG-Bezirk Dresden

3. Personal der Gerichte und Staatsanwaltschaften am 31. Dezember 2003

Personalgruppe	insgesamt = i weiblich = w	Insgesamt	Oberlandes- gericht	Land- gerichte	Amts- gerichte	General- staatsan- waltschaft	Staats- anwalt- schaften
Richter/Staatsanwälte	i	1 381	87	259	438	16	317
	w	535	34	89	183	8	123
darunter							
Präsidenten und Vorsitzende							
Richter sowie Generalstaatsanwalt, Leitender Oberstaatsanwalt und Oberstaatsanwalt	i	184	23	84	.	4	31
bei den Staatsanwaltschaften	w	39	6	20	.	-	3
Richter/Staatsanwälte auf Probe	i	58	-	7	20	-	19
	w	32	-	5	12	-	10
sonstiger höherer Dienst	i	9	-	2	2	1	2
	w	2	-	-	-	-	1
gehobener Dienst	i	1 025	89	71	713	9	74
	w	846	61	54	613	8	60
gehobener Sozialer Dienst	i	107	x	107	x	-	-
	w	73	x	73	x	-	-
Wirtschaftsfachkräfte	i	11	x	x	x	x	11
	w	9	x	x	x	x	9
Gerichtsvollzieher	i	222	x	x	222	x	x
	w	84	x	x	84	x	x
mittlerer und Schreibdienst	i	2 823	154	289	1 563	16	469
	w	2 730	147	273	1 520	16	449
davon							
Beamte	i	962	58	128	604	2	111
	w	912	54	118	579	2	102
Angestellte ohne Schreibdienst	i	1 230	73	92	578	10	285
	w	1 193	70	86	564	10	276
Angestellte im Schreibdienst	i	631	23	69	381	4	73
	w	625	23	69	377	4	71
einfacher Dienst (einschließlich Justizaushelfer und Kraftfahrer)	i	399	21	121	182	2	44
	w	95	3	19	51	-	14
Personal in Ausbildung	i	1 149	-	948	185	-	-
	w	692	-	533	148	-	-
darunter							
höherer Dienst	i	962	-	948	-	-	-
	w	542	-	533	-	-	-
Insgesamt	i	7 126	351	1 797	3 305	44	917
	w	5 066	245	1 041	2 599	32	656
darunter							
Teilzeitbeschäftigte	i	723	41	86	396	4	114
	w	672	31	78	381	4	106

Quelle: Sächsisches Staatsministerium der Justiz

Landes- arbeits- gericht	Arbeits- gerichte	Oberver- waltungs- gericht	Ver- waltungs- gerichte	Landes- sozial- gericht	Sozial- gerichte	Finanz- gericht	Personalgruppe
							i = insgesamt w = weiblich
10	56	16	87	19	54	22	i Richter/Staatsanwälte
1	24	4	32	6	23	8	w
							darunter
							Präsidenten und Vorsitzende
							Richter sowie Generalstaatsanwalt,
							Leitender Oberstaatsanwalt
7	.	4	20	5	1	5	i und Oberstaatsanwalt
1	.	-	8	1	-	-	w bei den Staatsanwaltschaften
-	-	-	7	-	5	-	i Richter/Staatsanwälte auf Probe
-	-	-	3	-	2	-	w
-	-	1	-	1	-	-	i sonstiger höherer Dienst
-	-	1	-	-	-	-	w
8	26	4	8	6	14	3	i gehobener Dienst
3	24	3	6	2	10	2	w
x	x	x	x	x	x	x	i gehobener Sozialer Dienst
x	x	x	x	x	x	x	w
x	x	x	x	x	x	x	i Wirtschaftsfachkräfte
x	x	x	x	x	x	x	w
x	x	x	x	x	x	x	i Gerichtsvollzieher
x	x	x	x	x	x	x	w
14	101	16	80	24	84	13	i mittlerer und Schreibdienst
13	101	16	80	22	80	13	w
							davon
-	25	2	11	4	15	2	i Beamte
-	25	2	11	4	13	2	w
12	46	7	44	20	57	6	i Angestellte ohne Schreibdienst
11	46	7	44	18	55	6	w
2	30	7	25	-	12	5	i Angestellte im Schreibdienst
2	30	7	25	-	12	5	w
-	9	2	8	4	5	1	i einfacher Dienst und sonstiges
-	2	-	3	-	3	-	w Personal
-	10	-	-	-	6	-	i Personal in Ausbildung
-	5	-	-	-	6	-	w
							darunter
-	10	-	-	-	4	-	i höherer Dienst
-	5	-	-	-	4	-	w
32	202	39	183	54	163	39	i Insgesamt
17	156	24	121	30	122	23	w
							darunter
3	22	3	22	7	24	1	i Teilzeitbeschäftigte
2	20	2	20	7	21	-	w

4. Zivilgerichte

4.1 Zivilverfahren vor den Amtsgerichten 2003 nach Landgerichtsbezirken

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgerichtsbezirk					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	25 512	1 490	4 823	6 894	1 614	7 198	3 493
Neuzugänge	69 841	3 971	13 407	18 561	3 387	21 821	8 694
Erledigte Verfahren	68 546	3 935	13 320	17 493	3 279	21 816	8 703
darunter Verfahren, denen Mahnverfahren vorausgingen	33 907	2 029	6 575	8 389	1 697	10 670	4 547
ohne Vollstreckungsbescheid	28 848	1 689	5 417	7 045	1 372	9 626	3 699
mit Vollstreckungsbescheid	5 059	340	1 158	1 344	325	1 044	848
nach dem Gegenstand des Verfahrens							
gewöhnliche Prozesse über							
Wohnungsmietrecht	14 164	585	2 123	4 188	395	5 216	1 657
Verkehrsunfallrecht	4 530	244	1 481	1 237	165	379	1 024
Bau-/Architektenrecht	975	127	191	218	26	97	316
Kaufrecht	4 757	364	826	2 174	121	482	790
sonstige gewöhnliche Prozesse/ sonstiger Verfahrensgegenstand	41 880	2 450	8 158	9 144	2 417	15 063	4 648
Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	201	19	63	46	11	29	33
Arreste oder einstweilige Verfügungen	1 350	95	292	332	71	416	144
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	121	6	40	36	8	20	11
Aufgebotsverfahren	264	18	54	38	44	81	29
Prozesskostenhilfverfahren	295	25	90	79	21	31	49
Abhilfverfahren gemäß § 321a ZPO	9	2	2	1	-	2	2
nach der Art der Erledigung							
streitiges Urteil (einschließlich Vorbehalts- und Ausschlussurteil)	12 949	943	2 722	3 272	827	3 853	1 332
Vergleich	9 185	427	1 832	2 426	334	2 794	1 372
Versäumnis-, Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	22 696	1 217	4 075	5 756	952	7 822	2 874
Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	479	26	107	153	26	112	55
Verwerfung oder Zurückweisung der Rüge gemäß § 321a Abs. 4 ZPO	9	2	2	1	-	2	2
Beschluss gemäß § 91a ZPO	1 954	106	385	605	81	479	298
sonstiger Beschluss	665	46	100	154	51	217	97
Zurücknahme der Klage/des Antrages	10 934	612	2 153	2 901	532	3 322	1 414
Nichtzahlung des Kostenvorschusses	177	7	43	53	6	58	10
Ruhens des Verfahrens oder Nichtbetrieb	3 272	145	656	855	217	942	457
Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	4 343	244	816	1 089	178	1 554	462
Verbindung mit einem anderen Verfahren	336	26	65	60	37	111	37
sonstige Erledigungsart	1 547	134	364	168	38	550	293
nach der Verfahrensdauer							
bis 3 Monate	38 614	2 195	7 729	9 095	1 589	13 191	4 815
4 bis 6 Monate	16 957	1 017	3 291	4 650	863	5 045	2 091
7 bis 12 Monate	9 579	541	1 719	2 745	601	2 777	1 196
12 bis 24 Monate	2 992	163	529	861	195	720	524
25 Monate und mehr	404	19	52	142	31	83	77
Unerledigte Verfahren am Jahresende	26 807	1 526	4 910	7 962	1 722	7 203	3 484

Noch: 4.1 Zivilverfahren vor den Amtsgerichten 2003 nach Landgerichtsbezirken

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgerichtsbezirk					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
Sonstiger Geschäftsanfall							
bei dem Prozessgericht							
Mahnsachen	159 252	6 958	37 841	48 503	6 116	42 717	17 117
Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	950	29	133	382	56	262	88
bei dem Vollstreckungsgericht							
Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	7 996	419	1 315	1 975	532	2 501	1 254
Zwangsverwaltungen	4 360	234	824	1 201	386	1 217	498
Vollstreckungssachen	174 799	10 978	36 973	41 797	10 120	51 596	23 335
darunter							
Verfahren zur Anordnung der Durchsuchung der Wohnung gemäß § 758a ZPO	11 694	766	2 373	2 446	456	3 918	1 735
abgenommene eidesstattliche Versicherungen	47 182	2 557	9 943	12 455	3 315	13 001	5 911
Haftanordnungen in Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	23 014	1 490	4 912	5 198	607	7 192	3 615
Entscheidung über den Widerspruch des Schuldners gegen die Verpflichtung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung (§ 900 Abs. 4 ZPO)	704	120	112	224	14	159	75
an Insolvenz- und Gesamtvollstreckungssachen							
Anträge auf Eröffnung des							
Insolvenzverfahrens	7 574	-	2 989	2 440	-	2 145	-
Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahrens nach § 304 InsO	2 130	-	564	864	-	702	-
Insolvenzverfahren nach europäischen Recht (Art. 102 Abs. 3 EGIInsO)	-	-	-	-	-	-	-
eröffnete							
Insolvenzverfahren	3 172	-	1 213	1 170	-	789	-
Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren	1 346	-	461	327	-	558	-
Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung (§§ 290, 303 InsO)	4	-	4	-	-	-	-

4.2 Zivilverfahren vor den Landgerichten 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon beim Landgericht					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
erstinstanzliche Verfahren							
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	11 592	704	2 027	3 417	626	3 250	1 568
Neuzugänge	21 683	1 106	3 723	7 746	952	5 870	2 286
darunter bei den Zivilkammern	19 492	1 039	3 303	7 121	875	5 096	2 058
Kammern für Handelssachen	2 176	67	414	619	77	771	228
Erledigte Verfahren	19 664	1 228	3 586	5 528	901	6 058	2 363
darunter durch Zivilkammern	17 387	1 141	3 158	4 876	820	5 269	2 123
Kammern für Handelssachen	2 262	87	421	649	81	784	240
darunter Verfahren, denen Mahnverfahren vorausgingen	5 612	384	1 160	1 451	305	1 531	781
ohne Vollstreckungsbescheid	5 061	350	1 045	1 323	268	1 382	693
mit Vollstreckungsbescheid	551	34	115	128	37	149	88
nach dem Gegenstand des Verfahrens							
gewöhnliche Prozesse über							
Verkehrsunfallrecht	663	37	170	123	22	154	157
Bau-/Architektenrecht	2 624	120	543	516	120	906	419
Kaufrecht	1 648	71	329	305	126	517	300
sonstige gewöhnliche Prozesse/ sonstiger Verfahrensgegenstand	12 540	886	2 122	3 979	537	3 759	1 257
Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	376	29	104	68	28	78	69
Arreste oder einstweilige Verfügungen	965	50	122	375	24	352	42
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	358	11	90	62	18	133	44
Baulandsachen	11	-	7	3	-	1	-
Prozesskostenhilfverfahren	479	24	99	97	26	158	75
nach der Art der Erledigung							
streitiges Urteil (einschließlich Vorbehaltsurteil)	4 186	304	808	1 077	211	1 262	524
Vergleich	4 295	247	772	1 315	135	1 356	470
Versäumnis-, Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	4 371	281	756	1 218	217	1 384	515
Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	316	16	34	162	9	85	10
Beschluss gemäß § 91a ZPO	237	13	48	67	7	81	21
sonstiger Beschluss	412	20	98	105	28	103	58
Zurücknahme der Klage/des Antrages	2 511	139	420	713	109	810	320
Nichtzahlung des Kostenvorschusses	112	6	22	21	6	44	13
Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	1 677	99	296	460	115	504	203
Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	1 146	65	244	316	51	293	177
Verbindung mit einem anderen Verfahren	135	13	22	34	3	48	15
sonstige Erledigungsart	266	25	66	40	10	88	37
nach der Verfahrensdauer							
bis 3 Monate	7 731	487	1 574	1 923	348	2 578	821
4 bis 6 Monate	5 299	332	1 007	1 489	203	1 693	575
7 bis 12 Monate	4 001	253	608	1 245	204	1 133	558
12 bis 24 Monate	1 938	120	291	613	116	482	316
25 Monate und mehr	695	36	106	258	30	172	93
Unerledigte Verfahren am Jahresende	13 611	582	2 164	5 635	677	3 062	1 491

Noch: 4.2 Zivilverfahren vor den Landgerichten 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon beim Landgericht					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
Berufungsverfahren							
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	1 256	55	266	459	78	274	124
Neuzugänge	2 719	183	541	737	133	827	298
davon bei den							
Zivilkammern	2 715	183	540	734	133	827	298
Kammern für Handelssachen	4	-	1	3	-	-	-
Erledigte Verfahren	2 846	161	561	863	158	808	295
davon durch							
Zivilkammern	2 842	161	561	860	158	807	295
Kammern für Handelssachen	4	-	-	3	-	1	-
nach dem Gegenstand des Verfahrens							
gewöhnliche Prozesse über							
Wohnungsmietrecht	309	-	57	133	1	66	52
Verkehrsunfallrecht	409	1	149	103	4	71	81
Bau-/Architektenrecht	98	2	25	31	1	16	23
Kaufrecht	118	-	31	46	2	25	14
sonstige gewöhnliche Prozesse/ sonstiger Verfahrensgegenstand	1 854	152	281	538	148	622	113
Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	5	3	2	-	-	-	-
Arreste oder einstweilige Verfügungen	22	1	7	3	2	2	7
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	7	-	2	3	-	1	1
Prozesskostenhilfeverfahren	24	2	7	6	-	5	4
nach der Art der Erledigung							
streitiges Urteil	958	46	256	305	58	205	88
davon mit							
Aufhebung und Zurückverweisung	48	1	4	17	4	15	7
Änderung und/oder eigene Sachentscheidung	455	26	103	164	18	94	50
voller Zurückweisung der Berufung als unbegründet	424	17	146	115	34	83	29
Verwerfung der Begründung als unzulässig einer anderweitigen Entscheidung	12	2	-	5	1	4	-
19	19	-	3	4	1	9	2
Vergleich	362	21	62	115	11	128	25
Versäumnis-, Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	56	1	7	19	1	22	6
Beschluss gemäß § 91a ZPO	12	-	2	2	3	3	2
Beschluss gemäß § 522 Abs. 1 ZPO (Verwerfung)	107	9	22	37	1	21	17
Beschluss gemäß § 522 Abs. 2 ZPO (Zurückweisung)	221	16	21	64	28	57	35
sonstiger Beschluss	80	1	16	20	4	34	5
Zurücknahme der Klage/des Antrages	31	5	4	11	2	6	3
Zurücknahme der Berufung	923	56	159	260	41	300	107
Ruhens des Verfahrens oder Nichtbetrieb	43	-	7	21	4	9	2
Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	-	-	-	-	-	-	-
Verbindung mit einem anderen Verfahren	4	1	-	2	-	1	-
sonstige Erledigungsart	49	5	5	7	5	22	5

Noch: 4.2 Zivilverfahren vor den Landgerichten 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon beim Landgericht					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
noch: Berufungsverfahren							
Noch: Erledigte Verfahren							
nach der Verfahrensdauer							
bis 3 Monate	971	69	161	221	43	351	126
4 bis 6 Monate	1 074	64	227	265	79	322	117
7 bis 12 Monate	551	24	114	249	28	95	41
12 bis 24 Monate	219	4	55	111	6	36	7
25 Monate und mehr	31	-	4	17	2	4	4
Unerledigte Verfahren am Jahresende	1 129	77	246	333	53	293	127
Beschwerden							
Geschäftsanfall							
Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich der Kostensachen auf diesem Gebiet und nach § 156 KostO							
	2 037	103	383	573	82	464	432
sonstige Beschwerden	2 747	182	688	612	137	1 029	99

4.3 Zivilverfahren vor dem Oberlandesgericht 2003

Verfahren	Anzahl
Berufungsverfahren	
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	1 085
Neuzugänge	2 386
Erledigte Verfahren	2 477
nach der Vorinstanz des Verfahrens	
Richter beim Amtsgericht	16
Einzelrichter beim Landgericht	1 739
Kammer beim Landgericht	529
Kammer für Handelssachen	193
nach dem Gegenstand des Verfahrens	
gewöhnliche Prozesse über	
Verkehrsunfallrecht	95
Bau-/Architektenrecht	268
Kaufrecht	108
sonstige gewöhnliche Prozesse/sonstiger Verfahrensgegenstand	1 892
Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	4
Arreste oder einstweilige Verfügungen	61
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	22
Baulandsachen	4
Prozesskostenhilfverfahren	23

Noch: 4.3 Zivilverfahren vor dem Oberlandesgericht 2003

Verfahren	Anzahl
noch: Berufungsverfahren	
Noch: Erledigte Verfahren	
nach der Art der Erledigung	
streitiges Urteil	624
davon mit	
Aufhebung und Zurückverweisung	40
Änderung und/oder eigene Sachentscheidung	347
voller Zurückweisung der Berufung als unbegründet	220
Verwerfung der Begründung als unzulässig	3
anderweitiger Entscheidung	14
Vergleich	526
Versäumnis-, Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	37
Beschluss gemäß § 91a ZPO	12
Beschluss gemäß § 522 Abs. 1 ZPO (Verwerfung)	61
Beschluss gemäß § 522 Abs. 2 ZPO (Zurückweisung)	192
sonstiger Beschluss	44
Zurücknahme der Klage/des Antrages	43
Zurücknahme der Berufung	837
Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	74
Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	2
Verbindung mit einem anderen Verfahren	4
sonstige Erledigungsart	21
nach der Verfahrensdauer	
bis 3 Monate	924
4 bis 6 Monate	972
7 bis 12 Monate	421
12 bis 24 Monate	117
25 Monate und mehr	43
Unerledigte Verfahren am Jahresende	994
Beschwerden	
Geschäftsanfall	
Beschwerden in Landwirtschaftssachen	-
Verfahren nach § 23 EGGVG	8
Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich Kostensachen auf diesem Gebiet und nach § 156 KostO	135
sonstige Beschwerden	1 687
schiedsrichterliche Verfahren	
Geschäftsanfall	
Anträge auf Vollstreckbarerklärung, Aufhebung der Vollstreckbarerklärung, Aufhebung von Schiedssprüchen	11
Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	-
Vergaberechtssachen	
Geschäftsanfall	
Verfahren vor den Vergabesenaten	22

5. Familiengerichte

5.1 Familiensachen vor den Amtsgerichten 2003 nach Landgerichtsbezirken

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgerichtsbezirk					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	17 561	1 477	3 304	4 735	1 035	4 552	2 458
Neuzugänge	22 004	1 802	4 345	5 197	1 381	6 320	2 959
Erledigte Verfahren	22 640	1 829	4 340	5 515	1 423	6 472	3 061
nach dem Gegenstand des Verfahrens							
Scheidungsverfahren	10 083	717	1 981	2 503	702	2 782	1 398
darunter nur mit Versorgungsausgleich	8 277	552	1 606	2 119	597	2 283	1 120
andere Eheverfahren	33	-	7	8	2	14	2
Verfahren über abgetrennte Scheidungs- folgesachen	1 681	134	303	548	82	415	199
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	10 742	952	2 016	2 432	637	3 257	1 448
Prozesskostenhilfverfahren	101	26	33	24	-	4	14
Scheidungs- und andere Eheverfahren							
nach der Art der Erledigung							
Urteil	9 118	664	1 808	2 268	631	2 482	1 265
Versäumnis-, Verzichtsurteil	2	-	-	1	-	1	-
Beschluss	15	1	1	2	5	3	3
Beschluss nach § 91a ZPO	6	-	1	3	-	1	1
Zurücknahme der Klage/des Antrages	330	18	52	85	22	109	44
Nichtbetrieb nach Aussetzung gemäß § 614 ZPO	34	1	9	10	1	9	4
Aussetzung gemäß § 53c FGG	8	-	1	-	-	7	-
Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	153	8	32	20	19	52	22
Nichtzahlung des Kostenvorschusses	29	1	9	4	2	6	7
Abgabe an ein anderes Gericht	220	14	34	57	8	71	36
Verbindung mit einer anderen Sache auf andere Weise	45	2	6	25	2	10	-
	156	8	35	36	14	45	18
nach der Verfahrensdauer							
bis 3 Monate	1 028	54	187	252	75	312	148
4 bis 6 Monate	1 264	117	261	224	106	378	178
7 bis 12 Monate	4 281	304	931	985	283	1 197	581
12 bis 24 Monate	2 947	205	518	835	205	767	417
25 Monate und mehr	596	37	91	215	35	142	76
mit dem Scheidungsurteil waren an Folgesachen anhängig	6 253	535	1 281	1 547	530	1 589	771
Übertragung oder Entziehung der elterlichen Sorge	671	74	101	169	46	162	119
Regelung des Umgangs	35	5	3	9	1	5	12
Herausgabe eines Kindes	-	-	-	-	-	-	-
Unterhalt für ein Kind	44	16	7	6	4	4	7
Unterhalt für den Ehegatten	62	11	8	20	3	15	5
Versorgungsausgleich	5 388	416	1 150	1 328	474	1 395	625
Wohnung, Hausrat	18	4	7	2	2	2	1
eheliches Güterrecht	35	9	5	13	-	6	2

Noch: 5.1 Familiensachen vor den Amtsgerichten 2003 nach Landgerichtsbezirken

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgerichtsbezirk					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
Noch: Erledigte Verfahren							
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen sowie Prozesskostenhilfverfahren							
nach der Art der Erledigung							
Urteil	1 474	100	365	378	95	354	182
Beschluss	2 801	258	394	757	146	874	372
Vergleich	2 937	182	572	644	160	932	447
Versäumnis-, Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	1 057	72	202	236	68	319	160
Beschluss nach § 91a ZPO	383	28	109	104	14	79	49
Zurücknahme der Klage/des Antrages	1 473	115	315	347	98	410	188
Aussetzung gemäss § 53c FGG	82	4	7	11	-	55	5
Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	533	53	113	108	24	137	98
Nichtzahlung des Kostenvorschusses	138	16	23	29	11	39	20
Abgabe an das Gericht der Ehesache	77	9	5	31	4	18	10
Abgabe an ein anderes Gericht	498	53	82	117	25	164	57
Verbindung mit einer anderen Sache auf andere Weise	242	40	32	75	14	69	12
	829	182	133	167	60	226	61
nach der Verfahrensdauer ¹⁾							
bis 3 Monate	4 443	437	786	903	273	1 443	601
4 bis 6 Monate	3 104	244	616	703	217	944	380
7 bis 12 Monate	2 859	228	558	735	152	781	405
12 bis 24 Monate	1 441	127	262	454	63	341	194
25 Monate und mehr	576	50	97	185	14	163	67
darunter							
abgetrennte Scheidungsfolgesachen nach dem Gegenstand							
Übertragung oder Entziehung der elterlichen Sorge	1 113	5	23	46	8	20	11
Regelung des Umgangs	44	5	10	13	-	11	5
Herausgabe eines Kindes	2	-	1	1	-	-	-
Unterhalt für ein Kind	144	7	20	41	13	52	11
Unterhalt für den Ehegatten	47	4	10	12	1	11	9
Versorgungsausgleich	1 283	105	225	418	58	320	157
Wohnung, Hausrat	7	1	1	5	-	-	-
eheliches Güterrecht	50	8	13	15	2	4	8
allein anhängige andere Familiensachen nach dem Gegenstand							
Übertragung oder Entziehung der elterlichen Sorge	10 867	971	2 040	2 454	641	3 287	1 474
Regelung des Umgangs	2 332	338	373	456	127	767	271
Herausgabe eines Kindes	876	68	145	212	45	297	109
Unterhalt für Verwandte	68	3	4	19	6	25	11
(auch nach § 23 Abs. 1 Nr. 13 GVG)	4 832	355	966	1 061	281	1 450	719
Unterhalt für den Ehegatten	968	63	181	240	57	281	146
Versorgungsausgleich	138	10	21	51	9	29	18
Wohnung, Hausrat	258	30	57	49	25	68	29
eheliches Güterrecht	170	12	38	43	12	39	26
Kindschaftssachen gemäß § 640 ZPO	1 225	92	255	323	79	331	145
Unerledigte Verfahren am Jahresende	16 925	1 450	3 309	4 417	993	4 400	2 356

1) ohne Prozesskostenhilfverfahren

5.2 Familiensachen vor dem Oberlandesgericht 2003

Verfahren	Anzahl
	Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	301
Neuzugänge	918
Erledigte Verfahren	949
nach dem Gegenstand des Verfahrens	
Scheidungsverfahren	27
andere Eheverfahren	10
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	874
Prozesskostenhilfverfahren	38
nach der Art der Entscheidung im ersten Rechtszug ¹⁾	
Verfahren über Berufungen/Beschwerden (§ 629a Abs. 2 ZPO) gegen die Scheidung aussprechende Urteile	282
Verfahren über Berufungen/Beschwerden gegen sonstige Endentscheidungen des Familiengerichts	629
nach der Art der Erledigung	
Urteil	65
Beschluss	433
Vergleich	113
Versäumnis-, Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	12
Beschluss gemäß § 91a ZPO	11
Beschluss gemäß § 522b ZPO	6
Zurücknahme der Klage/des Antrages	16
Zurücknahme der Berufung/Beschwerde	249
Nichtbetrieb nach Aussetzung gemäß § 614 ZPO	2
Aussetzung gemäß § 53c FGG	6
Ruhens des Verfahrens oder Nichtbetrieb	-
Abgabe an ein anderes Gericht	1
Verbindung mit einer anderen Sache	-
auf andere Weise	35
nach der Verfahrensdauer	
bis 3 Monate	594
4 bis 6 Monate	237
7 bis 12 Monate	97
13 bis 24 Monate	19
25 Monate und mehr	2

1) ohne Prozesskostenhilfverfahren

Noch: 5.2 Familiensachen vor dem Oberlandesgericht 2003

Verfahren	Anzahl
Noch: Erledigte Verfahren	
darunter abgetrennte Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen nach dem Gegenstand	881
Übertragung oder Entziehung der elterlichen Sorge	109
Regelung des Umgangs	34
Herausgabe eines Kindes	1
Unterhalt für Verwandte (auch nach § 23 Abs. 1 Nr. 13 GVG)	343
Unterhalt für den Ehegatten	98
Versorgungsausgleich	243
Wohnung, Hausrat	9
eheliches Güterrecht	20
Kindschaftssache gemäß § 640 ZPO	21
Unterbringung eines Kindes nach § 1631b BGB	3
Unerledigte Verfahren am Jahresende	270
	sonstige Beschwerden
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	163
Neuzugänge	869
Erledigte Verfahren	921
nach dem Gegenstand des Verfahrens ¹⁾	
Prozesskostenhilfe	560
einstweilige Anordnung (§ 620c ZPO) über	
die elterliche Sorge	40
die Herausgabe eines Kindes	-
die Ehewohnung	7
Aussetzung des Scheidungsverfahrens	1
Wert des Verfahrensgegenstandes	51
Kostenangelegenheit	167
sonstige Angelegenheit	101
nach der Art der Erledigung	
Beschluss	772
Beschluss gemäß § 91a ZPO	1
Vergleich	1
Zurücknahme des Antrages	1
Zurücknahme der Beschwerde	100
auf andere Weise	46
nach der Verfahrensdauer	
bis 1 Monat	601
2 Monate	108
3 Monate	32
4 bis 6 Monate	84
7 bis 9 Monate	31
10 bis 12 Monate	27
13 Monate und mehr	38
Unerledigte Verfahren am Jahresende	111

1) Ein Verfahren kann mehrere Gegenstände beinhalten.

6. Strafgerichte

6.1 Straf- und Bußgeldverfahren vor den Amtsgerichten 2003 nach Landgerichtsbezirken

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgerichtsbezirk					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
Strafverfahren							
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	14 744	717	2 669	3 666	1 188	4 289	2 215
Neuzugänge	50 192	3 346	10 139	10 978	3 704	15 623	6 402
Erledigte Verfahren	50 849	3 269	10 180	11 436	3 806	15 574	6 584
davon beim							
Strafrichter	31 667	1 755	5 551	7 270	2 370	10 689	4 032
Schöffengericht und erweiterten Schöffengericht	1 778	92	334	498	124	441	289
Jugendrichter	12 759	1 065	3 044	2 699	921	3 454	1 576
Jugendschöffengericht	4 645	357	1 251	969	391	990	687
nach der Art der Einleitung des Verfahrens							
Anklage	38 135	2 756	7 507	8 624	2 760	11 219	5 269
Anträge auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)	697	21	13	196	22	260	185
Anträge auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren (§ 76 JGG)	660	41	154	132	47	137	149
Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass des Strafbefehls (§ 408 Abs. 3 Satz 2 StPO)	510	20	150	94	63	162	21
Einspruch gegen einen beantragten Strafbefehl	10 409	328	2 216	2 311	895	3 710	949
Antrag auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	269	65	87	54	11	51	1
Privatklage	17	-	7	2	-	6	2
in ein Strafverfahren übergegangenes Bußgeldverfahren	32	5	4	4	1	16	2
übrige Einleitungsart	120	33	42	19	7	13	6
nach der Art der Erledigung							
darunter							
Erlass eines Strafbefehls nach § 408a StPO	1 274	128	183	385	71	358	149
Urteil	24 605	1 531	4 985	5 729	1 895	7 712	2 753
Einstellung							
mit Auflage	3 566	261	820	617	249	1 120	499
nach § 47 JGG	2 854	252	652	569	287	695	399
wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	1 452	173	230	224	157	406	262
wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	2 469	166	379	623	107	674	520
Zurücknahme der Klage/der Anklage/ des Antrages	1 226	42	230	428	80	293	153
Zurücknahme des Einspruchs	2 895	120	522	732	306	889	326
Verbindung mit einer anderen Sache	6 306	319	1 129	1 253	307	2 300	998
Ablehnung der							
Eröffnung des Hauptverfahrens	248	42	49	49	17	53	38
Entscheidung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)	44	2	1	4	-	14	23
Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren (§ 76 JGG)	63	6	11	17	2	13	14

Noch: 6.1 Straf- und Bußgeldverfahren vor den Amtsgerichten 2003 nach Landgerichtsbezirken

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgerichtsbezirk					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
noch: Strafverfahren							
Noch: Erledigte Verfahren							
nach der Verfahrensdauer							
bis 3 Monate	32 092	2 412	6 974	6 867	2 237	9 729	3 873
4 bis 6 Monate	11 239	476	1 957	2 603	1 011	3 812	1 380
7 bis 12 Monate	5 381	293	897	1 278	476	1 482	955
13 bis 18 Monate	1 328	61	218	388	63	363	235
19 bis 24 Monate	472	15	79	186	11	111	70
25 bis 36 Monate	248	9	38	85	4	59	53
37 Monate und mehr	89	3	17	29	4	18	18
Hauptverhandlungen	40 677	2 578	8 687	8 951	3 015	12 434	5 012
davon in							
Anklagesachen	30 512	2 198	6 448	6 752	2 256	8 844	4 014
Privatklagesachen	1	-	-	-	-	-	1
sonstigen Verfahren	10 164	380	2 239	2 199	759	3 590	997
Beschuldigte	57 148	3 744	11 942	12 606	4 286	17 123	7 447
gegen Beschuldigte ausgesprochene Urteile	27 476	1 709	5 719	6 295	2 142	8 550	3 061
von den Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	11 206	849	2 273	2 578	716	3 449	1 341
Unerledigte Verfahren am Jahresende	14 087	794	2 628	3 208	1 086	4 338	2 033
Sonstiger Geschäftsanfall							
Anträge auf Erlass von Strafbefehlen einzelne richterliche Anordnungen richterliche Entscheidungen über Haftanord- nung, Haftdauer oder Entlassung aus der Haft	39 483	1 605	7 511	7 689	4 720	13 724	4 234
sonstige richterliche Maßnahmen	22 180	905	4 032	7 118	1 747	5 968	2 410
Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen davon	8 846	490	2 034	2 328	280	2 448	1 266
Vollstreckungen, in denen der Jugend- richter als Vollzugsleiter tätig wurde	2 365	53	312	658	7	940	395
sonstige Vollstreckungen	6 481	437	1 722	1 670	273	1 508	871
Rechtshilfeersuchen an das Amtsgericht	1 172	97	210	311	274	166	114
Bußgeldverfahren							
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	3 680	209	574	805	344	1 224	524
Neuzugänge	16 963	1 139	3 643	3 996	793	4 936	2 456
Erledigte Verfahren	16 906	1 093	3 489	4 097	976	4 936	2 315
davon beim							
Richter für Bußgeldsachen	15 969	1 042	3 184	3 954	908	4 732	2 149
Jugendrichter für Bußgeldsachen	937	51	305	143	68	204	166
nach der Art der Einleitung des Verfahrens							
Zurückverweisung durch die Rechts- beschwerdeinstanz	52	-	10	17	4	15	6
Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens	40	3	9	16	1	11	-
Einspruch gegen Bußgeldbescheid	16 814	1 090	3 470	4 064	971	4 910	2 309

Noch: 6.1 Straf- und Bußgeldverfahren vor den Amtsgerichten 2003 nach Landgerichtsbezirken

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgerichtsbezirk					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
noch: Bußgeldverfahren							
Noch: Erledigte Verfahren							
nach der Art der Erledigung							
darunter							
Urteil	4 248	193	1 114	893	233	1 241	574
darunter auf							
Verurteilung	3 016	132	895	559	162	810	458
Freispruch	452	24	76	135	18	157	42
Beschluss nach § 72 OWiG	339	30	77	71	7	87	67
Einstellung des Verfahrens	3 638	317	592	1 095	184	810	640
Zurücknahme des Einspruchs	7 902	486	1 533	1 852	509	2 581	941
nach der Verfahrensdauer							
bis 1 Monat	4 380	361	1 182	1 066	128	1 037	606
2 Monate	5 067	296	1 419	1 308	199	1 356	489
3 Monate	2 903	200	498	713	222	935	335
4 bis 6 Monate	3 308	156	303	723	293	1 131	702
7 bis 9 Monate	825	39	59	172	107	319	129
10 bis 12 Monate	224	11	18	56	21	79	39
13 bis 15 Monate	87	12	5	26	1	32	11
16 bis 18 Monate	49	9	3	12	3	18	4
19 bis 24 Monate	31	7	1	11	2	10	-
25 Monate und mehr	32	2	1	10	-	19	-
von den Verfahren betrafen eine im Straßen- verkehr begangene Ordnungswidrigkeit	15 363	970	3 180	3 729	916	4 472	2 096
Unerledigte Verfahren am Jahresende	3 737	255	728	704	161	1 224	665
Sonstiger Geschäftsanfall							
Rechtshilfeersuchen an das Amtsgericht	44	5	4	18	1	11	5
Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen	410	1	84	7	-	312	6
Erzwingungshafthanträge	9 138	580	576	638	821	3 697	2 826
Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 25a Abs. 3 StVG, § 62 Abs. 1 Satz 1 OWiG	823	37	256	363	6	137	24
sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden (§ 62 Abs. 1 OWiG)	351	24	26	84	21	78	118
sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	943	25	46	86	4	538	244

6.2 Strafverfahren vor den Landgerichten 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgericht					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
erstinstanzliche Verfahren							
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	270	10	61	87	25	59	28
Neuzugänge	565	24	138	163	36	135	69
Erledigte Verfahren	545	28	135	142	38	132	70
davon bei/m							
der großen Strafkammer	314	16	51	95	31	73	48
der Wirtschaftsstrafkammer	58	-	34	8	4	12	-
der großen Jugendkammer	129	9	40	32	2	30	16
Schwurgericht	44	3	10	7	1	17	6
nach der Art der Einleitung des Verfahrens							
Anklage	429	18	103	114	32	120	42
Zurückverweisung durch die Rechtsmittelinstanz	14	1	2	3	2	3	3
Vorlage/Verweisung durch ein Gericht niederer Ordnung	67	6	25	12	1	6	17
Eröffnung des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	2	-	-	-	1	1	-
Antrag auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	19	2	3	9	-	1	4
Antrag auf Einleitung eines Sicherungs- verfahrens (§ 413 StPO, § 41 JGG)	13	1	2	3	2	1	4
Antrag auf Einleitung eines objektiven Ver- fahrens (§§ 440, 444 Abs. 3 StPO, § 401 AO)	1	-	-	1	-	-	-
nach der Art der Erledigung							
darunter							
Urteil	366	20	78	88	32	104	44
Einstellung							
mit Auflage	7	-	3	1	-	3	-
nach § 47 JGG	-	-	-	-	-	-	-
wegen Geringfügigkeit	2	-	1	-	1	-	-
wegen unwesentlicher Nebenstrafat (§ 154 Abs. 2 StPO)	12	-	3	2	-	3	4
Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	13	-	-	8	-	3	2
Zurücknahme der Anklage	10	-	2	6	1	1	-
Verbindung mit einer anderen Sache	64	6	26	16	2	11	3
nach der Verfahrensdauer							
bis 3 Monate	228	16	53	53	13	61	32
4 bis 6 Monate	144	9	31	30	11	39	24
7 bis 12 Monate	107	3	34	33	13	16	8
13 bis 18 Monate	31	-	6	10	1	9	5
19 bis 24 Monate	10	-	4	4	-	1	1
25 bis 36 Monate	17	-	4	8	-	5	-
37 Monate und mehr	8	-	3	4	-	1	-
Hauptverhandlungen	402	23	84	100	33	113	49
davon in							
Anklagesachen	352	18	71	90	29	106	38
sonstigen Verfahren	50	5	13	10	4	7	11
Beschuldigte	802	37	214	226	50	178	97
gegen Beschuldigte ausgesprochene Urteile	519	27	114	137	40	133	68
Unerledigte Verfahren am Jahresende	290	6	64	108	23	62	27

Noch: 6.2 Strafverfahren vor den Landgerichten 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgericht					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
Berufungsverfahren							
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	1 141	52	202	407	88	218	174
Neuzugänge	3 668	190	769	906	233	1 161	409
Erledigte Verfahren	3 663	205	769	951	221	1 064	453
davon richteten sich gegen ein Urteil des Strafrichters	2 534	123	505	647	166	772	321
Schöffengerichts und erweiterten Schöffengerichts	470	18	88	179	31	84	70
Jugendrichters	264	45	70	36	18	78	17
Jugendschöffengerichts	395	19	106	89	6	130	45
nach der Art der Einleitung des Verfahrens durch die Rechtsmittelinstanz zurückge- wiesene Verfahren	59	8	18	7	6	15	5
Berufung im Officialverfahren	3 563	187	742	938	212	1 041	443
Berufung im Privatklageverfahren	-	-	-	-	-	-	-
Antrag auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft Annahmeberufung (§ 313 StPO) im Officialverfahren	20	5	3	3	2	2	5
	21	5	6	3	1	6	-
nach der Art der Erledigung							
darunter							
Urteil	1 956	79	450	454	129	635	209
Einstellung							
mit Auflage	187	4	34	48	15	67	19
nach § 47 JGG	15	2	7	2	-	4	-
wegen Geringfügigkeit	27	4	2	6	3	7	5
wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	54	1	5	15	1	12	20
Zurücknahme der Berufung	1 154	93	202	361	53	284	161
Zurücknahme der Privatklage	5	-	-	3	-	2	-
Verwerfungsbeschluss nach § 322 Abs. 1 StPO	38	6	13	8	2	3	6
Verwerfung der Annahmeberufung (§ 313 Abs. 2 StPO)	44	3	9	6	3	19	4
nach der Verfahrensdauer							
bis 3 Monate	2 184	162	512	448	93	747	222
4 bis 6 Monate	863	32	180	226	100	222	103
7 bis 12 Monate	425	9	63	176	16	77	84
13 bis 18 Monate	139	2	9	69	8	13	38
19 bis 24 Monate	35	-	4	23	2	2	4
25 bis 36 Monate	13	-	1	8	1	1	2
37 Monate und mehr	4	-	-	1	1	2	-
Hauptverhandlungen	2 952	141	652	722	189	899	349
davon in							
Berufungen in Officialverfahren	2 897	133	635	715	184	886	344
Berufungen in Privatklageverfahren	-	-	-	-	-	-	-
sonstigen Verfahren	55	8	17	7	5	13	5
Beschuldigte	3 882	214	818	1 001	232	1 146	471
gegen Beschuldigte ausgesprochene Urteile	2 057	82	470	476	134	679	216

Noch: 6.2 Strafverfahren vor den Landgerichten 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgericht					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
noch: Berufungsverfahren							
Noch: Erledigte Verfahren							
von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	878	67	201	198	60	256	96
Unerledigte Verfahren am Jahresende	1 146	37	202	362	100	315	130
sonstige Verfahren							
Geschäftsanfall							
Verfahren vor der großen Strafvollstreckungskammer							
Verfahren über die Aussetzung der Vollstreckung des Restes einer lebenslangen Freiheitsstrafe oder die Aussetzung der Vollstreckung der Unterbringung im psychiatrischen Krankenhaus oder in der Sicherungsverwahrung	188	73	1	3	-	85	26
Verfahren vor der kleinen Strafvollstreckungskammer							
Verurteilung zu zeitiger Freiheitsstrafe	4 800	868	1 430	722	155	1 264	361
Verfahren nach §§ 109, 110, 138 StVollzG	397	104	44	57	5	178	9
Verfahren nach dem 4. Teil des IRG und nach § 71 Abs. 4 IRG	2	-	-	1	-	1	-
in das Beschwerderegister eingetragene Verfahren (einschließlich Beschwerden über den Ansatz von Gerichtskosten, Zeugen- und Sachverständigenentschädigung)	3 371	143	709	806	351	1 042	320

6.3 Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht 2003

Verfahren	Anzahl
Revisionsverfahren	
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	30
Neuzugänge	356
Erledigte Verfahren	338
davon richteten sich gegen ein Urteil des/der Strafrichters	17
Schöffengerichts und erweiterten Schöffengerichts	3
Jugendrichters	9
Jugendschöffengerichts	6
kleinen Strafkammer (Berufungen gegen Strafrichterurteile)	228
großen Strafkammer (erstinstanzliche Verfahren) und kleinen Strafkammer (Berufungen gegen Schöffengerichtsurteile)	53
Schwurgerichts	-
Wirtschaftsstrafkammer	1
großen Jugendkammer	11
kleinen Jugendkammer	10

Noch: 6.3 Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht 2003

Verfahren	Anzahl
	noch: Revisionsverfahren
Noch: Erledigte Verfahren	
nach der Art der Einleitung des Verfahrens	
Revision im Privatklageverfahren	-
Revision im Officialverfahren	338
nach der Art der Erledigung	
Urteil	30
Beschluss nach § 349 StPO	274
Einstellung wegen Geringfügigkeit	3
Zurücknahme der Revision/der Privatklage	17
übrige Erledigungsart	14
nach der Verfahrensdauer	
bis 3 Monate	305
4 bis 6 Monate	26
7 bis 12 Monate	7
13 bis 18 Monate	-
19 Monate und mehr	-
Beschuldigte	346
gegen Beschuldigte ausgesprochene Urteile	32
von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	93
Unerledigte Verfahren am Jahresende	48
Sonstiger Geschäftsanfall	
Rechtsbeschwerden nach §§ 116, 117, 138 Abs. 2 StVollzG	71
sonstige Beschwerden in Strafverfahren (einschließlich Kostenbeschwerden)	847
Anträge auf Haftentscheidungen nach §§ 121 ff. StPO	206
Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO (einschließlich Prozesskostenhilfverfahren)	97
Auslieferungsverfahren	14
Verfahren nach § 23 EGGVG	54
Anträge nach § 99 BRAGO	659
	Rechtsbeschwerden
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	16
Neuzugänge	391
Erledigte Verfahren	378
davon richteten sich gegen ein Urteil/einen Beschluss eines Strafrichters	-
Richters für Bußgeldsachen	373
Jugendrichters für Bußgeldsachen	5
sonstigen Spruchkörpers	-
nach der Art der Einleitung des Verfahrens	
Rechtsbeschwerde (§ 79 OWiG) gegen ein Urteil	214
Rechtsbeschwerde (§ 79 OWiG) gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	6
Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§ 80 Abs. 1 OWiG)	158

Noch: 6.3 Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht 2003

Verfahren	Anzahl
	noch: Rechtsbeschwerden
Noch: Erledigte Verfahren	
nach der Art der Erledigung	
Urteile oder Beschlüsse (§ 79 Abs. 5 OWiG)	195
davon	
Aufhebung des Urteils/Beschlusses und Zurückverweisung (§ 79 Abs. 6 OWiG)	55
Aufhebung des Urteils/Beschlusses und eigene Sachent- scheidung (§ 79 Abs. 6 OWiG)	10
Abänderung/Ergänzung des Urteils-/Beschlussausspruchs bei gleichzeitiger Verwerfung der Rechtsbeschwerde/Auf- hebung des Urteils im Übrigen	3
Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	1
Verwerfung der Rechtsbeschwerde als unbegründet	116
Verwerfung der Rechtsbeschwerde als unzulässig (§ 349 Abs. 1 StPO, § 79 Abs. 3 Satz 1 OWiG)	10
Einstellung des Verfahrens	10
Zurücknahme der Rechtsbeschwerde	8
Verwerfungen des Zulassungsantrages (§ 80 Abs. 4 Satz 2, 3 OWiG)	139
übrige Erledigungsart	26
nach der Verfahrensdauer	
bis 1 Monat	339
2 Monate	31
3 Monate	6
4 bis 6 Monate	2
7 Monate und mehr	-
von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit	346
Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde	158
darunter mit Zulassung der Rechtsbeschwerde	5
Unerledigte Verfahren am Jahresende	29

6.4 Rehabilitierungsverfahren vor den Landgerichten 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Landgericht		
		Chemnitz	Dresden	Leipzig
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	1 234	263	519	452
Neuzugänge	1 156	456	228	472
Erledigte Verfahren	1 667	495	404	768
nach der Art der Erledigung	1 667	495	404	768
darunter				
mit Wiederholungsantrag	106	20	8	78
Beschluss	1 197	302	337	558
davon war Antrag				
begründet	503	137	129	237
teilweise begründet	158	28	84	46
nicht begründet	487	116	112	259
unzulässig	49	21	12	16
Zurücknahme des Antrages	81	61	9	11
Ruhen des Verfahrens	45	28	17	-
sonstige Erledigungsart	344	104	41	199
nach der Verfahrensdauer				
bis 2 Monate	337	164	16	157
3 bis 5 Monate	267	133	7	127
6 bis 11 Monate	372	153	30	189
12 bis 17 Monate	278	37	82	159
18 Monate und mehr	413	8	269	136
nach der Verfahrensdauer mit Wiederholungsantrag				
durch Beschluss				
bis 2 Monate	14	2	-	12
3 bis 5 Monate	9	5	-	4
6 bis 11 Monate	13	5	1	7
12 bis 17 Monate	5	1	1	3
18 Monate und mehr	10	-	5	5
Unerledigte Verfahren am Jahresende	723	224	343	156

6.5 Rehabilitierungsverfahren (Beschwerden) vor dem Oberlandesgericht 2003

Verfahren	Anzahl
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	13
Neuzugänge	104
Erledigte Verfahren	104
nach der Art der Erledigung	104
darunter	
mit Wiederholungsantrag	6
Beschluss	101
davon war Antrag	
begründet	6
teilweise begründet	1
nicht begründet	83
unzulässig	11
Zurücknahme des Antrages	3
Ruhen des Verfahrens	-
sonstige Erledigungsart	-
nach dem Beschwerdeführer	
Antragsteller	98
Staatsanwalt	6
nach der Verfahrensdauer	
bis 2 Monate	97
3 bis 5 Monate	6
6 bis 11 Monate	1
12 bis 17 Monate	-
18 Monate und mehr	-
Unerledigte Verfahren am Jahresende	13

7. Staatsanwaltschaften

7.1 Ermittlungsverfahren und sonstige Verfahren 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Staatsanwaltschaft					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
Ermittlungsverfahren							
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	33 203	1 670	6 066	9 028	4 010	10 160	2 269
Neuzugänge	302 275	22 257	48 124	73 177	24 897	98 142	35 678
Erledigte Verfahren	304 398	22 137	49 560	72 440	25 585	98 693	35 983
nach dem Gegenstand des Verfahrens							
Straßenverkehrsstrafsachen	57 358	4 217	11 058	14 115	4 550	15 363	8 055
der Organisierten Kriminalität	21	2	2	6	2	4	5
außerhalb der Organisierten Kriminalität	57 337	4 215	11 056	14 109	4 548	15 359	8 050
besondere Wirtschaftsstrafsachen	505	6	247	107	65	80	-
der Organisierten Kriminalität	15	-	-	-	-	15	-
außerhalb der Organisierten Kriminalität	490	6	247	107	65	65	-
Betäubungsmittelstrafsachen	10 173	586	1 867	2 490	905	2 795	1 530
der Organisierten Kriminalität	20	-	4	-	3	13	-
außerhalb der Organisierten Kriminalität	10 153	586	1 863	2 490	902	2 782	1 530
Umweltstrafsachen	519	44	143	90	32	90	120
der Organisierten Kriminalität	5	-	1	2	-	2	-
außerhalb der Organisierten Kriminalität	514	44	142	88	32	88	120
Strafsachen gegen die sexuelle Selbstbestimmung	1 934	205	345	387	172	553	272
der Organisierten Kriminalität	3	2	-	-	1	-	-
außerhalb der Organisierten Kriminalität	1 931	203	345	387	171	553	272
keine der vorgenannten Strafsachen	233 909	17 079	35 900	55 251	19 861	79 812	26 006
der Organisierten Kriminalität	77	-	17	8	13	29	10
außerhalb der Organisierten Kriminalität	233 832	17 079	35 883	55 243	19 848	79 783	25 996
nach der Art der Erledigung							
Anklage	32 872	2 635	6 341	7 075	2 335	10 105	4 381
vor dem Schwurgericht	42	2	10	8	2	14	6
vor der großen Strafkammer	267	10	53	80	21	78	25
vor der Jugendkammer	93	6	25	18	4	29	11
vor dem Schöffengericht	1 265	62	209	345	95	332	222
vor dem Jugendschöffengericht	3 543	290	939	713	320	798	483
vor dem Strafrichter	17 731	1 415	2 763	3 819	1 242	6 111	2 381
vor dem Jugendrichter	9 931	850	2 342	2 092	651	2 743	1 253
Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	39 313	1 724	7 447	7 570	4 818	13 535	4 219
ohne Freiheitsstrafe	39 192	1 718	7 426	7 534	4 799	13 508	4 207
mit Freiheitsstrafe auf Bewährung	121	6	21	36	19	27	12
Einstellung mit Auflage	19 022	853	2 685	4 976	1 565	6 385	2 558
darunter							
Täter-Opfer-Ausgleich	127	5	4	22	17	31	48
Schadenswiedergutmachung	186	5	53	40	13	54	21
Geldbetrag für gemeinnützige Einrichtung oder Staatskasse	18 252	816	2 526	4 773	1 520	6 206	2 411
Teilnahme an einem Aufbauseminar nach § 2b Abs. 2 Satz 2 oder § 4 Abs. 8 Satz 4 StVG	271	19	41	96	7	73	35
Einstellung ohne Auflage	63 495	4 615	9 857	16 466	7 209	17 796	7 552
darunter							
wegen Geringfügigkeit	20 443	1 331	3 267	6 148	3 170	4 319	2 208
bei unwesentlicher Nebenstraftat	17 613	1 487	2 708	3 976	1 127	6 264	2 051
Einstellung nach § 31a Abs. 1 BtMG	823	71	265	198	88	97	104
Einstellung wegen Schuldunfähigkeit	315	30	89	75	18	43	60

Noch: 7.1 Ermittlungsverfahren und sonstige Verfahren 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Staatsanwaltschaft					
		Bautzen	Chemnitz	Dresden	Görlitz	Leipzig	Zwickau
noch: Ermittlungsverfahren							
Noch: Erledigte Verfahren							
noch: nach der Art der Erledigung							
Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	60 672	5 862	10 476	14 856	5 031	16 929	7 518
Verweisung auf den Weg der Privatklage	8 943	1 255	1 654	1 908	520	2 423	1 183
Abgabe an die Verwaltungsbehörde als Ordnungswidrigkeit	13 079	918	3 573	3 300	559	2 727	2 002
Abgabe an eine andere Staatsanwaltschaft	6 078	440	1 165	1 482	750	1 425	816
Verbindung mit einer anderen Sache	58 936	3 745	6 110	14 261	2 703	26 785	5 332
übrige Erledigungsart	1 988	90	252	546	95	583	422
nach der Verfahrensdauer							
bis 1 Monat	202 075	16 607	34 064	40 711	16 211	68 525	25 957
2 bis 3 Monate	61 617	3 460	9 446	19 337	4 991	17 552	6 831
4 bis 6 Monate	22 935	1 275	3 712	6 548	2 159	7 080	2 161
7 bis 12 Monate	14 101	698	1 949	4 612	1 803	4 128	911
13 Monate und mehr	3 670	97	389	1 232	421	1 408	123
nach der Einleitungsbehörde							
Polizei	253 396	20 111	40 448	58 640	20 878	83 307	30 012
Staatsanwaltschaft	45 641	1 932	8 194	11 802	3 637	14 874	5 202
Steuer-/Zollfahndungsstelle	2 172	31	650	356	477	240	418
Verwaltungsbehörde	3 189	63	268	1 642	593	272	351
Beschuldigte							
Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	353 995	25 674	59 862	85 272	29 790	112 278	41 119
die angeklagt wurden	38 316	3 096	7 918	8 062	2 742	11 486	5 012
gegen die Strafbefehl beantragt wurde	40 092	1 735	7 701	7 755	4 888	13 750	4 263
denen Auflagen erteilt wurden	19 455	861	2 799	5 047	1 592	6 534	2 622
bei denen sich das Ermittlungsverfahren in anderer Weise erledigte	256 132	19 982	41 444	64 408	20 568	80 508	29 222
Unerledigte Verfahren am Jahresende	31 080	1 790	4 630	9 765	3 322	9 609	1 964
sonstige Verfahren							
Geschäftsanfall							
Anzeigen gegen unbekannte Täter	168 226	11 314	30 689	44 108	10 076	55 328	16 711
Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-gesetz	17 570	1 153	3 772	4 122	847	5 179	2 497
Gnadensachen	372	20	78	97	52	102	23
Entschädigungssachen nach dem StrEG	229	10	40	43	24	100	12
Zivilsachen	91	-	-	36	10	31	14
Rechtshilfesachen	1 714	79	238	665	261	323	148
Strafvollstreckung							
Zahl der Personen, gegen die eine Voll-streckung eingeleitet wurde	58 569	3 042	10 596	11 989	6 347	19 675	6 920
darunter							
eine Strafe, die zur Bewährung ausgesetzt ist	5 971	255	1 088	1 492	590	1 928	618
eine Geldstrafe, Geldbuße, Ordnungs- oder Zwangsgeld, Wertersatz, Erzwingungshaft	49 554	2 433	9 029	9 783	5 557	16 811	5 941
Zahl der Personen, welche die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe ganz oder teilweise durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet haben	3 945	275	766	1 251	272	934	447

7.2 Ermittlungsverfahren und sonstige Verfahren bei der Generalstaatsanwaltschaft 2003

Verfahren	Anzahl
	übernommene Ermittlungsverfahren gemäß § 145 GVG (Js-Sachen)
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	14
Neuzugänge	64
Erledigte Verfahren	43
nach dem Gegenstand des Verfahrens	
keine der vorgenannten Strafsachen	43
der Organisierten Kriminalität	-
außerhalb der Organisierten Kriminalität	43
nach der Art der Erledigung	
Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	39
sonstige Einstellung	1
Abgabe an eine andere Staatsanwaltschaft	1
sonstige Erledigungsart	2
Unerledigte Verfahren am Jahresende	35
	sonstige Verfahren
Geschäftsanfall	
Revisionen, Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde in Bußgeldsachen	839
Revisionen	425
Rechtsbeschwerden (§ 79 Abs. 1 Satz 1 OWiG)	414
Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§ 79 Abs. 1 Satz 2, § 80 OWiG)	-
andere Beschwerden	2 935
Beschwerden gegen Straf- und Bußgeldsachen	849
Beschwerden gegen Staatsanwälte	2 086
Haftprüfungsverfahren	159
Aus- und Durchlieferungssachen	68
Gnadensachen	-
Verfahren nach der BRAO, BNotO und dem Steuerberatungsgesetz	140
Entscheidungen in Vorverfahren gem. § 24 Abs. 2 EGGVG	22
Rechtssachen (Vertretung des Justizfiskus)	18
Entschädigungssachen nach dem StrEG	169
Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland	82

8. Verwaltungsgerichte

8.1 Verfahren vor den Verwaltungsgerichten in Chemnitz, Dresden und Leipzig 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Verwaltungsgericht		
		Chemnitz	Dresden	Leipzig
Hauptverfahren				
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	15 790	5 457	5 974	4 359
davon bei den				
allgemeinen Kammern	10 654	2 897	4 768	2 989
Asylkammern	5 136	2 560	1 206	1 370
Neuzugänge	8 415	2 614	3 506	2 295
davon bei den				
allgemeinen Kammern	5 402	1 363	2 623	1 416
Asylkammern	3 013	1 251	883	879
Erledigte Verfahren	10 521	3 055	4 449	3 017
davon bei den				
allgemeinen Kammern	6 817	1 397	3 404	2 016
Asylkammern	3 704	1 658	1 045	1 001
nach der Art des Verfahrens				
Klagen	10 462	3 050	4 402	3 010
sonstige Anträge	50	3	46	1
Anträge auf Prozesskostenhilfe für eine Klage oder einen sonstigen Antrag	9	2	1	6
nach der Art der Erledigung				
Urteil	3 114	973	1 188	953
Gerichtsbescheid	85	32	37	16
Beschluss	5 870	1 863	2 342	1 665
Prozessvergleich	891	59	683	149
Ruhens des Verfahrens	313	92	3	218
sonstige Erledigungsart	248	36	196	16
nach der Verfahrensdauer				
bis 3 Monate	2 251	613	1 229	409
4 bis 6 Monate	1 180	299	575	306
7 bis 12 Monate	1 554	418	752	384
13 bis 18 Monate	1 229	307	389	533
19 bis 24 Monate	1 068	327	266	475
25 bis 36 Monate	1 423	465	489	469
37 Monate und mehr	1 816	626	749	441
nach den Sachgebieten der Verfahren				
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristi- schen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	102	26	46	30
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenen- bildungsrecht, Sport	825	77	678	70
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	185	69	72	44
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	4 445	1 917	1 379	1 149
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebau- förderungsrecht einschließlich Enteignung	599	175	249	175
Abgabenrecht	1 178	136	418	624
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivildienstes, Personalvertretungsrecht	465	120	253	92
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegs- folgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	2 654	530	1 326	798
sonstige Sachgebiete	68	5	28	35
Unerledigte Verfahren am Jahresende	13 684	5 016	5 031	3 637

Noch: 8.1 Verfahren vor den Verwaltungsgerichten in Chemnitz, Dresden und Leipzig 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Verwaltungsgericht		
		Chemnitz	Dresden	Leipzig
Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne Numerus-Clausus-Sachen)				
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	723	145	381	197
davon bei den				
allgemeinen Kammern	631	124	338	169
Asylkammern	92	21	43	28
Neuzugänge	3 244	776	1 771	697
davon bei den				
allgemeinen Kammern	2 528	482	1 511	535
Asylkammern	716	294	260	162
Erledigte Verfahren	3 457	785	1 921	751
davon bei den				
allgemeinen Kammern	2 717	490	1 652	575
Asylkammern	740	295	269	176
nach der Art des Verfahrens				
nach §§ 80, 80a VwGO	1 749	509	678	562
nach § 123 VwGO	1 691	276	1 226	189
in Personalvertretungssachen	16	-	16	-
Anträge auf Prozesskostenhilfe	1	-	1	-
nach der Art der Erledigung				
Beschluss	3 377	768	1 883	726
Prozessvergleich	45	12	17	16
Ruhens des Verfahrens	2	-	-	2
sonstige Erledigungsart	33	5	21	7
nach der Verfahrensdauer				
bis 3 Monate	2 470	643	1 285	542
4 bis 6 Monate	419	64	296	59
7 bis 12 Monate	400	29	292	79
13 bis 18 Monate	119	20	35	64
19 bis 24 Monate	31	16	8	7
25 bis 36 Monate	13	11	2	-
37 Monate und mehr	5	2	3	-
nach den Sachgebieten der Verfahren				
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	24	7	11	6
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenen- bildungsrecht, Sport	120	36	52	32
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirt- schafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	66	25	15	26
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	1 226	441	438	347
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebau- förderungsrecht einschließlich Enteignung	112	21	71	20
Abgabenrecht	725	61	505	159
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	96	19	66	11

Noch: 8.1 Verfahren vor den Verwaltungsgerichten in Chemnitz, Dresden und Leipzig 2003

Verfahren	Ins- gesamt	Davon Verwaltungsgericht		
		Chemnitz	Dresden	Leipzig
noch: Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne Numerus-Clausus-Sachen)				
Noch: Erledigte Verfahren				
noch: nach den Sachgebieten der Verfahren				
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegs- folgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	1 069	174	751	144
sonstige Sachgebiete	19	1	12	6
Unerledigte Verfahren am Jahresende	510	136	231	143
Anträge zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in Numerus-Clausus-Sachen				
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	347	-	280	67
Neuzugänge	2 943	85	1 332	1 526
Erledigte Verfahren	2 627	82	1 011	1 534
Unerledigte Verfahren am Jahresende	663	3	601	59
sonstige Verfahren				
Vollstreckungsverfahren	156	13	81	62

8.2 Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht 2003

Verfahren	Anzahl
	erstinstanzliche Hauptverfahren
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	54
Neuzugänge	25
Erledigte Verfahren	33
nach der Art des Verfahrens	
Klagen	6
Normenkontrollen	27
Anträge auf Prozesskostenhilfe für eine Klage oder eine Normenkontrolle	-
nach der Art der Erledigung	
Urteil	15
Gerichtsbescheid	-
Beschluss	11
Prozessvergleich	-
Ruhens des Verfahrens	7
sonstige Erledigungsart	-
nach der Verfahrensdauer	
bis 3 Monate	3
4 bis 6 Monate	1
7 bis 12 Monate	7
13 bis 18 Monate	2
19 bis 24 Monate	6
25 bis 36 Monate	8
37 Monate und mehr	6
nach den Sachgebieten der Verfahren	
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	4
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	6
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	7
Abgabenrecht	13
sonstige Sachgebiete	3
Unerledigte Verfahren am Jahresende	46

Noch: 8.2 Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht 2003

Verfahren	Anzahl
	Berufungen, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarverfahren
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	830
Neuzugänge	890
Erledigte Verfahren	873
nach der Art des Verfahrens	
Berufungen	138
Antrag auf Zulassung der Berufung	717
Beschwerden in Personalvertretungssachen	3
Beschwerden/Anträge auf Zulassung von Beschwerden in Disziplinarverfahren	5
Anträge auf Prozesskostenhilfe	10
nach der Art der Erledigung	
Urteil	81
Beschluss nach § 130a VwGO	6
Beschluss	777
Prozessvergleich	3
Ruhens des Verfahrens	5
sonstige Erledigungsart	1
nach der Verfahrensdauer	
bis 3 Monate	351
4 bis 6 Monate	75
7 bis 12 Monate	167
13 bis 18 Monate	106
19 bis 24 Monate	72
25 bis 36 Monate	69
37 Monate und mehr	33
nach den Sachgebieten der Verfahren	
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	10
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	16
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	13
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	543
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	56
Abgabenrecht	113
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	59
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	56
sonstige Sachgebiete	7
Unerledigte Verfahren am Jahresende	847

Noch: 8.2 Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht 2003

Verfahren	Anzahl
	Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne Numerus-Clausus-Sachen)
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	351
Neuzugänge	401
Erledigte Verfahren	451
nach der Art des Verfahrens	
Beschwerden	328
Anträge auf Zulassung der Beschwerde gegen eine Entscheidung über Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz	109
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz	11
Anträge auf Prozesskostenhilfe	3
nach der Art der Erledigung	
Beschluss	445
Prozessvergleich	2
Ruhens des Verfahrens	1
sonstige Erledigungsart	3
nach der Verfahrensdauer ¹⁾	
bis 3 Monate	190
4 bis 6 Monate	46
7 bis 12 Monate	50
13 bis 18 Monate	56
19 bis 24 Monate	13
25 bis 36 Monate	79
37 Monate und mehr	14
nach den Sachgebieten der Verfahren	
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	9
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	42
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	18
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	100
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	24
Abgabenrecht	169
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivildienstes, Personalvertretungsrecht	37
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	52
sonstige Sachgebiete	-
Unerledigte Verfahren am Jahresende	301

1) ohne Prozesskostenhilfverfahren

Noch: 8.2 Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht 2003

Verfahren	Anzahl
	Beschwerden gegen Entscheidungen/Anträge zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in Numerus-Clausus-Sachen
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	24
Neuzugänge	1
Erledigte Verfahren	25
Unerledigte Verfahren am Jahresende	-
	sonstige Verfahren
Beschwerden	267
Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	10

9. Geschäftsentwicklung bei den Zivilgerichten 1998 bis 2003

9.1. Zivilverfahren vor den Amtsgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	30 978	27 859	25 574	26 574	25 746	25 512
Neuzugänge	78 826	72 279	70 907	69 936	67 694	69 841
Erledigte Verfahren	81 980	74 583	69 897	70 806	67 930	68 546
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	4,0	4,0	3,9	3,9	4,1	4,0
nach dem Gegenstand des Verfahrens						
gewöhnliche Prozesse über						
Wohnungsmietrecht	13 437	14 105	13 051	14 745	13 915	14 164
Unterhaltsrecht	1 196	x	x	x	x	x
Verkehrsunfallrecht	4 737	4 813	4 741	4 680	4 305	4 530
Bau-/Architektenrecht	1 574	1 506	1 346	1 230	1 064	975
Kaufrecht	8 912	7 802	6 932	6 019	5 106	4 757
sonstige gewöhnliche Prozesse/sonstiger Verfahrensgegenstand	47 323	43 679	41 274	41 970	41 437	41 880
Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	391	326	324	259	234	201
Arreste oder einstweilige Verfügungen	1 905	1 653	1 569	1 322	1 272	1 350
Kindschaftssachen nach § 640 ZPO	1 657	x	x	x	x	x
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	322	265	201	171	141	121
Aufgebotsverfahren	259	172	175	143	152	264
Prozesskostenhilfverfahren	267	262	284	267	298	295
Abhilfverfahren gemäß § 321a ZPO	x	x	x	x	6	9
nach der Art der Erledigung						
Urteil	42 962	39 985	38 255	38 285	35 689	35 645
Vergleich	8 633	8 031	7 472	7 408	8 389	9 185
Beschluss	5 273	4 728	3 956	3 588	2 902	3 107
Zurücknahme der Klage/des Antrages	13 163	11 429	10 575	10 543	10 771	10 934
übrige Erledigungsart	11 949	10 410	9 639	10 982	10 179	9 675
Unerledigte Verfahren am Jahresende	27 824	25 555	26 584	25 704	25 510	26 807
Sonstiger Geschäftsanfall						
darunter						
Mahnsachen	177 117	167 792	166 291	162 004	157 932	159 252
Anträge außerhalb eines bei Gericht an- hängigen Verfahrens	1 857	1 175	883	880	847	950
Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	4 578	4 908	5 498	7 084	7 156	7 996
Zwangsverwaltungen	1 391	1 515	2 515	4 089	4 120	4 360
Vollstreckungssachen	228 978	167 082	184 048	189 498	176 844	174 799
abgenommene eidesstattliche Versicherungen ¹⁾	34 471	34 571	40 073	45 314	45 144	47 182
Haftanordnungen in Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	24 603	16 292	21 425	22 673	23 421	23 014
Anträge auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens ²⁾	6 297	6 334	6 635	6 717	8 418	9 704
eröffnete Insolvenzverfahren	x	717	1 256	1 440	3 554	4 518
eröffnete Gesamtvollstreckungsverfahren	744	160	3	3	-	-

1) bis 1998: abgegebene eidesstattliche Versicherungen

2) bis 1998: Anträge auf Eröffnung der Gesamtvollstreckung

9.2 Zivilverfahren vor den Landgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
erstinstanzliche Verfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	13 653	13 024	12 129	12 740	11 558	11 592
Neuzugänge	27 115	23 724	23 645	21 208	19 935	21 683
Erledigte Verfahren	27 769	24 619	23 044	22 337	19 952	19 664
davon durch						
Zivilkammern	24 132	21 555	20 136	19 569	17 413	17 387
Kammern für Handelssachen	3 627	3 048	2 889	2 727	2 517	2 262
Kammern für Baulandsachen	10	16	19	41	22	15
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	5,2	5,5	5,4	6,1	6,1	6,4
nach dem Gegenstand des Verfahrens						
gewöhnliche Prozesse über						
Verkehrsunfallrecht	550	531	488	563	551	663
Bau-/Architektenrecht	4 330	4 052	3 953	3 307	2 758	2 624
Kaufrecht	3 461	2 742	2 500	2 044	1 665	1 648
sonstige gewöhnliche Prozesse/sonstiger						
Verfahrensgegenstand	16 736	14 929	13 784	14 147	12 938	12 540
Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	599	499	479	467	432	376
Arreste oder einstweilige Verfügungen	1 350	1 109	1 102	1 058	844	965
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	436	368	320	307	317	358
Baulandsachen	10	16	17	32	20	11
Prozesskostenhilfverfahren	297	373	401	412	427	479
nach der Art der Erledigung						
Urteil	13 727	12 074	11 160	10 547	8 953	8 557
Vergleich	5 025	4 432	4 227	4 153	4 128	4 295
Beschluss	1 124	1 054	1 075	949	739	965
Zurücknahme der Klage/des Antrages	3 267	3 088	2 865	2 874	2 545	2 511
übrige Erledigungsart	4 626	3 971	3 717	3 814	3 587	3 336
Unerledigte Verfahren am Jahresende	12 999	12 129	12 730	11 611	11 541	13 611

Noch: 9.2 Zivilverfahren vor den Landgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Berufungsverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	1 336	1 555	1 562	1 516	1 666	1 256
Neuzugänge	3 453	3 562	3 374	3 410	2 827	2 719
Erledigte Verfahren	3 246	3 550	3 420	3 264	3 241	2 846
davon durch						
Zivilkammern	3 242	3 539	3 412	3 260	3 234	2 842
Kammern für Handelssachen	4	11	8	4	7	4
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	4,7	5,1	5,5	5,4	5,7	5,4
nach dem Gegenstand des Verfahrens						
gewöhnliche Prozesse über						
Wohnungsmietrecht	544	547	509	425	451	309
Unterhaltsrecht	56	x	x	x	x	x
Verkehrsunfallrecht	379	352	529	519	442	409
Bau-/Architektenrecht	138	206	209	181	151	98
Kaufrecht	192	237	233	188	131	118
sonstige gewöhnliche Prozesse/sonstiger Verfahrensgegenstand	1 828	2 111	1 846	1 878	2 005	1 854
Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	7	6	5	6	5	5
Arreste oder einstweilige Verfügungen	68	48	48	39	25	22
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	13	14	20	12	10	7
Prozesskostenhilfverfahren	21	29	21	16	21	24
nach der Art der Erledigung						
Urteil	1 316	1 496	1 563	1 519	1 336	1 014
Vergleich	497	540	567	499	455	362
Beschluss	259	233	224	210	305	420
Zurücknahme der Klage/der Berufung/des Antrages	1 066	1 176	970	941	1 026	954
übrige Erledigungsart	108	105	96	95	119	96
Unerledigte Verfahren am Jahresende	1 543	1 567	1 516	1 662	1 252	1 129
Beschwerden						
Geschäftsanfall						
Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtbarkeit einschließlich Kostensachen auf diesem Gebiet und nach § 156 KostO	2 118	2 937	3 319	2 604	2 471	2 037
sonstige Beschwerden	2 906	3 739	3 121	3 187	2 920	2 747

9.3 Zivilverfahren vor dem Oberlandesgericht

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Berufungsverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	1 881	1 933	1 649	1 298	1 357	1 085
Neuzugänge	4 006 ¹⁾	3 924	3 302	3 238	2 555	2 386
Erledigte Verfahren	3 956	4 207	3 652	3 176	2 826	2 477
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	5,4	5,4	5,1	5,0	5,4	5,2
nach dem Gegenstand des Verfahrens						
gewöhnliche Prozesse über						
Verkehrsunfallrecht	30	27	28	18	13	95
Bau-/Architektenrecht	611	675	485	237	249	268
Kaufrecht	151	75	66	55	54	108
sonstige gewöhnliche Prozesse/sonstiger Verfahrensgegenstand	2 967	3 271	2 927	2 761	2 421	1 892
Kindschaftssachen nach § 640 ZPO	8	x	x	x	x	x
Arreste oder einstweilige Verfügungen	99	84	75	68	42	61
Prozesskostenhilfverfahren	28	27	32	22	27	23
übrige Verfahrensgegenstände	62	48	39	15	20	30
nach der Art der Erledigung						
Urteil	1 332	1 469	1 200	989	880	661
Vergleich	891	972	884	816	624	526
Beschluss	162	141	113	92	175	309
Zurücknahme der Klage/der Berufung/des Antrages	1 399	1 422	1 305	1 151	1 016	880
übrige Erledigungsart	172	203	150	128	131	101
Unerledigte Verfahren am Jahresende	1 931	1 650	1 299	1 360	1 086	994
Beschwerden						
Geschäftsanfall						
Beschwerden in Landwirtschaftssachen	95	68	45	55	-	-
Verfahren nach § 23 EGGVG	4	11	7	9	5	8
Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich Kostensachen auf diesem Gebiet und nach § 156 KostO	54	56	127	38	52	135
sonstige Beschwerden	1 914	2 351	2 041	1 993	1 617	1 687

1) einschließlich der im Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 1998 eingegangenen Verfahren nach § 640 ZPO

10. Geschäftsentwicklung bei den Familiengerichten 1998 bis 2003

10.1 Familiensachen vor den Amtsgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	18 299	17 803	17 671	17 360	18 279	17 561
Neuzugänge	19 664 ¹⁾	20 294	20 530	22 306	21 737	22 004
Erledigte Verfahren	20 191¹⁾	20 447	20 851	21 387	22 455	22 640
durchschnittliche Dauer der Scheidungs- verfahren und anderen Eheverfahren in Monaten	12,9	12,6	11,6	11,6	11,5	11,1
durchschnittliche Dauer der Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen in Monaten	7,7	8,0	8,0	7,7	7,4	7,7
nach dem Gegenstand des Verfahrens						
Scheidungsverfahren	10 490	9 888	9 939	9 708	9 839	10 083
andere Eheverfahren	34	24	30	39	36	33
Verfahren über abgetrennte Scheidungs- folgesachen	3 592	2 022	1 632	1 524	1 584	1 681
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	5 982	8 436	9 166	10 026	10 890	10 742
Prozesskostenhilfverfahren	93	77	84	90	106	101
Scheidungs- und andere Eheverfahren nach der Art der Erledigung						
Urteil	9 383	8 790	8 848	8 617	8 743	9 120
Beschluss	28	28	29	21	18	21
Zurücknahme der Klage/des Antrages	419	412	417	372	377	330
übrige Erledigungsart	694	682	675	737	737	645
Unerledigte Verfahren am Jahresende	17 772	17 650	17 350	18 279	17 561	16 925
Sonstiger Geschäftsanfall						
Verfahren auf Genehmigung der Unterbringung eines Kindes gemäß § 1631b BGB	x	234	326	333	366	394
darunter						
Verfahren auf Verlängerung der Unterbringung	x	15	23	25	38	21
Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz						
Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	x	x	x	x	.	122
Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	x	x	x	x	.	109
Verfahren in sonstigen Familiensachen						
Zuständigkeit des Richters	x	571	432	275	390	351
darunter Verfahren nach dem Lebenspartner- schaftsgesetz	x	x	x	x	2	2
Zuständigkeit des Rechtspflegers	x	7 292	6 759	6 511	7 383	7 232
Anträge außerhalb eines anhängigen Ver- fahrens in Familiensachen (FH-Sachen)	338	1 619	2 389	4 851	2 000	1 350
davon						
vereinfachte Unterhaltsverfahren	x	1 385	2 347	4 826	1 968	1 322
sonstige FH-Verfahren	338	234	42	25	32	28

1) Die infolge des Inkrafttretens des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Unterhaltsrechts minderjähriger Kinder (KindUG) vom 6. April 1998 (BGBl. I S. 666) und des Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2942) mit Wirkung vom 1. Juli 1998 in die Zuständigkeit der Familiengerichte übergegangenen Verfahren sind nur zum Teil enthalten.

Noch: 10.1 Familiensachen vor den Amtsgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Noch: Sonstiger Geschäftsanfall						
Rechtshilfeersuchen an das Amtsgericht						
Zuständigkeit des Richters	375
Zuständigkeit des Rechtspflegers	106
Rechtshilfeersuchen an die Geschäftsstelle	114

10.2 Familiensachen vor dem Oberlandesgericht

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	188	272	211	217	255	301
Neuzugänge	738 ¹⁾	686	710	794	937	918
Erledigte Verfahren	654¹⁾	747	704	756	891	949
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	3,1	4,0	3,2	3,1	3,4	3,1
nach dem Gegenstand des Verfahrens						
Scheidungsverfahren	30	33	34	26	37	27
andere Eheverfahren	-	3	3	4	3	10
Verfahren über abgetrennte Scheidungs- folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	600	682	655	693	814	874
Prozesskostenhilfeverfahren	24	29	12	33	37	38
nach der Art der Entscheidung im ersten Rechtszug						
Verfahren über Berufungen/Beschwerden (§ 629a Abs. 2 ZPO) gegen die Scheidung aussprechende Urteile	236	232	251	248	284	282
Verfahren über Berufungen/Beschwerden gegen sonstige Endentscheidungen des Familiengerichts	394	486	441	475	570	629
nach der Art der Erledigung						
Urteil	64	71	62	68	69	77
Beschluss	279	324	301	300	403	450
Vergleich	86	129	77	78	116	113
Zurücknahme der Klage/des Antrages/ der Berufung/der Beschwerde	214	210	218	259	249	265
übrige Erledigungsart	11	13	46	51	54	44
Unerledigte Verfahren am Jahresende	272	211	217	255	301	270
sonstige Beschwerden						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	78	119	107	145	136	163
Neuzugänge	595	696	810	835	785	869
Erledigte Verfahren	554	708	772	844	758	921
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	1,4	1,5	1,6	1,8	2,0	2,0
Unerledigte Verfahren am Jahresende	119	107	145	136	163	111

1) ohne Verfahren nach § 640 ZPO

11. Geschäftsentwicklung bei den Strafgerichten 1998 bis 2003

11.1 Straf- und Bußgeldverfahren vor den Amtsgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Strafverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	17 698	16 972	15 043	15 609	16 275	14 744
Neuzugänge	43 349	45 704	47 691	49 061	47 941	50 192
Erledigte Verfahren	44 181	47 687	47 167	48 432	49 478	50 849
davon beim						
Strafrichter	26 957	29 740	28 638	29 393	30 110	31 667
Schöffengericht	1 463	1 541	1 546	1 721	1 699	1 777
erweiterten Schöffengericht	-	-	-	-	1	1
Jugendrichter	11 639	12 143	12 471	12 617	12 843	12 759
Jugendschöffengericht	4 122	4 263	4 512	4 701	4 825	4 645
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	4,5	4,4	3,7	3,8	3,9	3,5
nach der Art der Einleitung des Verfahrens						
Anklage	29 381	32 713	33 301	35 264	37 217	38 135
Anträge auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)	1 118	1 432	1 650	1 076	701	697
Anträge auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren (§ 76 JGG)	1 083	900	1 132	1 107	913	660
Einspruch gegen einen beantragten Strafbefehl	11 714	11 573	10 173	10 062	9 830	10 409
andere Einleitungsart	885	1 069	911	923	817	948
nach der Art der Erledigung						
Erlass eines Strafbefehls nach § 408a StPO	635	831	922	1 117	1 188	1 274
Urteil	23 140	23 524	23 090	23 146	23 926	24 605
Einstellung des Verfahrens	9 622	12 935	12 712	13 203	13 118	13 042
Zurücknahme der Klage/der Anklage/des Antrages/des Einspruchs	3 976	3 874	3 692	3 584	3 599	4 121
Verbindung mit einer anderen Sache	5 376	4 793	5 142	5 787	6 045	6 306
übrige Erledigungsart	1 432	1 730	1 609	1 595	1 602	1 501
von den Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	15 317	14 472	13 095	12 533	11 503	11 206
Unerledigte Verfahren am Jahresende	16 866	14 989	15 567	16 238	14 738	14 087
Sonstiger Geschäftsanfall						
Anträge auf Erlass von Strafbefehlen	46 342	43 403	40 667	38 727	35 340	39 483
einzelne richterliche Anordnungen	22 571	23 037	23 055	26 197	25 523	27 401
Rechtshilfeersuchen an das Amtsgericht	1 119	1 031	1 104	1 263	1 094	1 172
Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen	7 798	8 319	8 168	7 777	7 845	8 846
Bußgeldverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	4 931	3 916	3 747	4 579	4 132	3 680
Neuzugänge	16 110	16 129	16 515	16 006	16 787	16 963
Erledigte Verfahren	17 117	16 303	15 714	16 463	17 216	16 906
davon beim						
Richter für Bußgeldsachen	16 151	15 216	14 633	15 415	16 235	15 969
Jugendrichter für Bußgeldsachen	966	1 087	1 081	1 048	981	937
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	3,0	2,7	2,6	3,2	2,8	2,5

Noch: 11.1 Straf- und Bußgeldverfahren vor den Amtsgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
noch: Bußgeldverfahren						
Noch: Erledigte Verfahren						
nach der Art der Einleitung des Verfahrens						
Zurückverweisung durch die Rechtsbeschwerdeinstanz	40	22	32	26	55	52
Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens	33	31	24	42	42	40
Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid	17 044	16 250	15 658	16 395	17 119	16 814
nach der Art der Erledigung						
Urteil	4 558	4 214	3 776	4 121	4 330	4 248
Beschluss nach § 72 OWiG	680	461	391	528	452	339
Einstellung des Verfahrens	4 153	3 949	3 909	3 962	4 122	3 638
Zurücknahme der Klage/des Einspruchs	7 020	7 013	6 917	7 151	7 537	7 938
übrige Erledigungsart	706	666	721	701	775	743
von den Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit	15 601	14 783	14 225	14 874	15 559	15 363
Unerledigte Verfahren am Jahresende	3 924	3 742	4 548	4 122	3 703	3 737
Sonstiger Geschäftsanfall						
Rechtshilfeersuchen an das Amtsgericht	76	47	31	48	64	44
Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen	1	9	9	37	83	410
Erzwingungshafenanträge	5 686	6 273	6 679	7 510	7 054	9 138

11.2 Strafverfahren vor den Landgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
erstinstanzliche Verfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	283	338	292	300	293	270
Neuzugänge	601	577	602	563	509	565
Erledigte Verfahren	547	623	595	571	533	545
davon bei/m						
der großen Strafkammer	259	347	343	295	313	314
der Wirtschaftsstrafkammer	51	65	39	74	47	58
der großen Jugendkammer	170	157	148	138	127	129
Schwurgericht	67	54	65	64	46	44
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	5,7	6,4	6,0	6,1	5,9	6,2
nach der Art der Einleitung des Verfahrens						
Anklage	443	520	504	481	443	429
Zurückverweisung durch die Rechtsmittelinstanz	22	18	20	17	16	14
Vorlage/Verweisung durch ein Gericht niederer Ordnung	62	63	48	41	42	67
übrige Einleitungsart	20	22	23	32	32	35
nach der Art der Erledigung						
Urteil	389	440	424	408	385	366
Einstellung des Verfahrens	28	48	36	39	27	36
Zurücknahme der Anklage/des Antrages	14	12	12	11	9	13
Verbindung mit einer anderen Sache	61	63	48	45	55	64
übrige Erledigungsart	55	60	75	68	57	66
Unerledigte Verfahren am Jahresende	337	292	299	292	269	290

Noch: 11.2 Strafverfahren vor den Landgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Berufungsverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	940	969	1 037	992	1 082	1 141
Neuzugänge	3 098	3 521	3 360	3 228	3 456	3 668
Erledigte Verfahren	3 071	3 459	3 412	3 143	3 401	3 663
davon bei der						
kleinen Strafkammer (Strafrichterurteile)	2 140	2 415	2 383	2 143	2 288	2 503
kleinen Strafkammer (Schöffengerichtsurteile)	318	364	356	340	295	382
kleinen Wirtschaftsstrafkammer	42	50	57	87	117	119
großen Jugendkammer (Jugendschöffengerichtsurteile)	390	422	395	382	462	395
kleinen Jugendkammer	181	208	221	191	239	264
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	3,4	3,2	3,2	3,7	3,6	3,8
nach der Art der Einleitung des Verfahrens durch die Rechtsmittelinstanz zurückverwiesene Verfahren	45	39	52	68	42	59
Berufung im Offizialverfahren	3 002	3 378	3 329	3 001	3 310	3 563
übrige Einleitungsart	24	42	31	74	49	41
nach der Art der Erledigung						
Urteil	1 687	1 662	1 695	1 607	1 718	1 956
Einstellung des Verfahrens	272	392	346	314	355	328
Zurücknahme der Berufung/der Privatklage	922	1 122	1 159	985	1 097	1 159
übrige Erledigungsart	190	283	212	237	231	220
von den Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	1 074	1 097	1 138	956	967	878
Unerledigte Verfahren am Jahresende	967	1 031	985	1 077	1 137	1 146

11.3 Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Revisionsverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	24	48	37	29	35	30
Neuzugänge	336	280	333	374	326	356
Erledigte Verfahren	312	291	341	366	331	338
davon richteten sich gegen ein Urteil des/der						
Strafrichters	24	27	26	29	23	17
Schöffengerichts	5	2	3	4	4	3
erweiterten Schöffengerichts	-	-	-	-	-	-
Jugendrichters	1	-	7	1	3	9
Jugendschöffengerichts	7	4	5	3	6	6
kleinen Strafkammer (Strafrichterurteile)	212	195	209	252	220	228
großen Strafkammer (erstinstanzliche Verfahren) und kleinen Strafkammer (Berufungen gegen Schöffengerichtsurteile)	48	49	66	61	48	53
Schwurgerichts	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsstrafkammer	-	1	1	-	3	1
großen Jugendkammer	11	13	18	9	17	11
kleinen Jugendkammer	4	-	6	7	7	10

Noch: 11.3 Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
noch: Revisionsverfahren						
Noch: Erledigte Verfahren						
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	1,0	1,6	1,1	1,4	1,3	1,3
nach der Art der Einleitung des Verfahrens						
Revision im Privatklageverfahren	-	-	-	-	-	-
Revision im Officialverfahren	312	291	341	366	331	338
nach der Art der Erledigung						
Urteil	25	15	13	9	14	30
Beschluss nach § 349 StPO	275	259	294	318	273	274
Einstellung des Verfahrens	3	1	5	14	6	5
Zurücknahme der Revision/der Privatklage	8	11	8	10	26	17
übrige Erledigungsart	1	5	21	15	12	12
von den Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	101	107	101	108	106	93
Unerledigte Verfahren am Jahresende	48	37	29	37	30	48
Rechtsbeschwerden						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	24	25	16	18	17	16
Neuzugänge	338	278	298	310	345	391
Erledigte Verfahren	337	287	296	311	346	378
davon richteten sich gegen ein Urteil/einen Beschluss eines						
Strafrichters	-	-	-	-	-	-
Richters für Bußgeldsachen	337	287	294	298	336	373
Jugendrichters für Bußgeldsachen	-	-	-	9	9	5
sonstigen Spruchkörpers	-	-	2	4	1	-
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	0,9	0,7	0,6	0,7	0,6	0,5
nach der Art der Einleitung des Verfahrens						
Rechtsbeschwerde (§ 79 OWiG) gegen ein Urteil	213	180	164	169	196	214
Rechtsbeschwerde (§ 79 OWiG) gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	26	8	7	8	14	6
Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§ 80 Abs. 1 OWiG)	98	99	125	134	136	158
nach der Art der Erledigung						
Urteil oder Beschluss (§ 79 Abs. 5 OWiG)	231	180	159	153	180	195
Einstellung des Verfahrens	5	2	3	6	8	10
Zurücknahme der Rechtsbeschwerde/des Zulassungsantrages	11	3	6	7	10	8
übrige Erledigungsart	90	102	128	145	148	165
von den Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit	292	254	263	268	313	346
Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde	98	99	125	134	136	158
Unerledigte Verfahren am Jahresende	25	16	18	17	16	29

11.4 Rehabilitierungsverfahren vor den Landgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	916	1 029	1 560	1 363	1 597	1 234
Neuzugänge	1 482	2 017	2 140	1 588	1 164	1 156
Erledigte Verfahren	1 369	1 486	2 337	1 618	1 527	1 667
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	8,6	11,0	9,2	11,7	11,5	12,4
nach der Art der Erledigung						
Beschluss	850	1 028	1 570	1 132	1 073	1 197
davon						
begründet	399	473	807	585	477	503
teilweise begründet	90	96	149	142	147	158
nicht begründet	343	407	566	373	411	487
unzulässig	18	52	48	32	38	49
Zurücknahme	84	95	99	118	99	81
übrige Erledigungsart	435	363	668	368	355	389
Unerledigte Verfahren am Jahresende	1 029	1 560	1 363	1 333	1 234	723

11.5 Rehabilitierungsverfahren (Beschwerden) vor dem Oberlandesgericht

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	33	11	11	18	15	13
Neuzugänge	53	46	114	75	110	104
Erledigte Verfahren	75	46	107	78	112	104
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	2,3	9,2	1,8	2,0	0,9	0,8
nach der Art der Erledigung						
Beschluss	73	44	102	74	105	101
davon						
begründet	9	6	17	11	8	6
teilweise begründet	4	1	7	3	9	1
nicht begründet	53	36	71	53	77	83
unzulässig	7	1	7	7	11	11
Zurücknahme	2	2	3	2	-	3
übrige Erledigungsart	-	-	2	2	7	-
Unerledigte Verfahren am Jahresende	11	11	18	15	13	13

12. Geschäftsentwicklung bei den Staatsanwaltschaften 1998 bis 2003

12.1 Ermittlungsverfahren vor den Landgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	43 933	39 929	36 852	35 906	33 041	33 203
Neuzugänge	271 244	269 433	269 924	281 947	268 766	302 275
Erledigte Verfahren	275 248	272 511	270 869	284 812	268 604	304 398
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	2,0	2,1	1,9	1,8	1,7	1,6
nach der Art der Erledigung						
Anklage	26 417	27 951	28 844	30 977	30 419	32 872
Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	45 926	42 541	39 839	38 460	34 667	39 313
Einstellung mit Auflage	13 161	12 114	16 511	16 459	16 519	19 022
Einstellung ohne Auflage	67 613	64 184	54 742	58 777	52 086	56 688
Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	59 767	60 373	59 707	61 121	59 255	60 672
vorläufige Einstellung	7 427	7 779	6 805	6 133	6 426	6 807
übrige Erledigungsart	54 937	57 569	64 421	72 885	69 232	89 024
nach der Einleitungsbehörde						
Polizei	231 801	228 608	224 151	238 449	221 720	253 396
Staatsanwaltschaft	39 093	39 640	40 536	41 504	42 322	45 641
Steuer-/Zollfahndungsstelle	2 729	2 576	4 517	3 294	2 446	2 172
Verwaltungsbehörde	1 625	1 687	1 665	1 565	2 116	3 189
Zahl der von den Ermittlungsverfahren betroffenen Personen	330 119	323 845	323 002	337 267	314 860	353 995
Zahl der Personen, die angeklagt wurden	33 106	34 368	35 413	37 442	36 385	38 316
gegen die Strafbefehl beantragt wurde	47 000	43 595	40 859	39 380	35 462	40 092
denen Auflagen erteilt wurden	13 623	12 509	17 020	16 946	16 932	19 455
bei denen sich das Ermittlungsverfahren in anderer Weise erledigte	236 390	233 373	229 710	243 499	226 081	256 132
Unerledigte Verfahren am Jahresende	39 929	36 851	35 907	33 041	33 203	31 080

12.2 Ermittlungsverfahren bei der Generalstaatsanwaltschaft

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	23	23	27	21	22	14
Neuzugänge	121	150	157	196	22	64
Erledigte Verfahren (Js-Sachen)¹⁾	121	146	163	195	31	43
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	2,0	1,2	2,0	1,3	.	.
nach der Art der Erledigung						
Abgabe an eine andere Staatsanwaltschaft	99	111	116	154	-	1
Einstellung ohne Auflage	-	-	-	-	-	-
Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	21	35	47	38	26	39
übrige Erledigungsart	1	-	-	3	5	3
Unerledigte Verfahren am Jahresende	23	27	21	22	13	35

1) Ab 2002 erfolgte nur noch die Auswertung der nach § 145 GVG übernommenen Ermittlungsverfahren.

13. Geschäftsentwicklung bei den Arbeitsgerichten 1998 bis 2003

13.1 Arbeitsrechtsverfahren vor den Arbeitsgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Urteilsverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	17 406	14 098	12 186	10 439	9 694	8 420
Neuzugänge	46 793	42 262	40 155	38 211	33 509	32 196
nach der Art des Klägers						
Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Betriebsräte	46 172	41 785	39 782	37 827	33 066	31 888
Arbeitgeber und ihre Organisationen	612	476	355	351	431	304
Freistaat Sachsen	9	1	18	33	12	4
Erledigte Verfahren	50 002	44 170	41 901	38 951	34 773	32 496
nach dem Gegenstand des Verfahrens ¹⁾						
Arbeitsentgelt	25 816	24 341	23 133	20 896	17 967	14 998
Urlaub, Urlaubsentgelt	821	1 049	1 008	1 065	904	779
Bestandsstreitigkeiten (§ 61a ArbGG)	20 835	17 816	17 026	15 936	15 374	15 950
darunter Kündigungen	20 310	16 910	16 560	15 610	14 990	15 265
Zeugniserteilung und Berichtigung	489	770	1 049	1 062	1 193	1 269
Schadensersatz	258	268	351	264	255	227
tarifliche Einstufungen	861	635	341	709	495	521
sonstige Verfahrensgegenstände	9 871	9 270	8 302	7 210	7 323	6 890
nach der Art der Erledigung						
Urteil	11 724	10 942	10 236	9 249	7 933	6 951
Vergleich	18 225	16 285	16 494	15 277	13 872	13 994
auf andere Weise	20 053	16 943	15 171	14 425	12 968	11 551
Unerledigte Verfahren am Jahresende	14 197	12 190	10 440	9 699	8 430	8 120
Beschlussverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	44	66	48	59	56	106
Neuzugänge	253	198	253	218	466	467
nach der Art des Antragstellers						
Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Betriebsräte, Wahlvorstände	144	122	197	168	343	400
Arbeitgeber, Vereinigungen von Arbeitgebern	108	75	55	49	121	67
oberste Arbeitsbehörden	1	1	1	1	2	-
Erledigte Verfahren	231	215	242	221	418	478
nach der Art der Erledigung						
Beschluss (§ 84 ArbGG)	71	59	65	74	85	97
Vergleich oder Erledigungserklärung (§ 83a Abs. 1 ArbGG)	56	56	69	49	72	124
auf andere Weise	104	100	108	98	261	257
Unerledigte Verfahren am Jahresende	66	49	59	56	104	95
sonstige Verfahren						
Geschäftsanfall						
Arreste und einstweilige Verfügungen	266	241	282	202	217	263
Mahnsachen	4 141	3 759	3 615	3 144	2 203	1 695

1) Eine Klage kann mehrere Ansprüche nach § 260 ZPO enthalten.

Quelle: Sächsisches Staatsministerium der Justiz

13.2 Arbeitsrechtsverfahren vor dem Landesarbeitsgericht

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Berufungsverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	618	629	677	644	755	685
Neuzugänge	1 280	1 132	987	1 111	1 029	1 132
Erledigte Verfahren	1 270	1 082	1 019	1 000	1 100	1 133
nach der Art der Erledigung						
Urteil	389	331	352	308	377	386
Vergleich	360	307	324	327	339	361
Beschluss (§ 522 ZPO ¹⁾) auf andere Weise	92	32	29	39	45	37
	429	412	314	326	339	349
Unerledigte Verfahren am Jahresende	628	679	645	755	684	684
Zulassung der Revision (§ 72 Abs. 2 ArbGG)	34	31	29	40	41	28
Beschwerdeverfahren in Beschluss­sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	7	11	8	17	20	17
Neuzugänge	25	17	28	31	23	38
Erledigte Verfahren	21	20	19	29	26	29
nach der Art der Erledigung						
Beschluss (§ 91 ArbGG)	8	4	5	12	10	9
Vergleich oder Erledigungserklärung (§§ 90 Abs. 2, 83a Abs. 1 ArbGG)	2	9	5	12	6	6
auf andere Weise	11	7	9	5	10	14
Unerledigte Verfahren am Jahresende	11	8	17	19	17	26
Zulassung der Rechtsbeschwerde	-	-	-	3	1	2
Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	73	59	43	54	103	127
Neuzugänge	354	385	387	421	397	399
Erledigte Verfahren	364	401	375	372	373	423
Unerledigte Verfahren am Jahresende	63	43	55	103	127	103

1) bis 2001: alte Fassung § 519b ZPO, Änderung durch Artikel 2 Zivilprozessreformgesetz vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887)
Quelle: Sächsisches Staatsministerium der Justiz

14. Geschäftsentwicklung bei den Verwaltungsgerichten 1998 bis 2003

14.1 Verfahren vor den Verwaltungsgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Hauptverfahren					
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	18 207	18 404	17 789	16 688	15 577	15 790
davon bei den						
allgemeinen Kammern	9 583	10 291	10 323	10 505	10 489	10 654
Asylkammern	8 624	8 113	7 466	6 183	5 088	5 136
Neuzugänge	9 669	10 237	9 322	9 131	9 730	8 415
davon bei den						
allgemeinen Kammern	6 315	6 640	6 191	6 305	6 166	5 402
Asylkammern	3 354	3 597	3 131	2 826	3 564	3 013
Erledigte Verfahren	9 507	10 864	10 451	10 262	9 551	10 521
davon bei den						
allgemeinen Kammern	5 622	6 616	6 030	6 324	6 014	6 817
Asylkammern	3 885	4 248	4 421	3 938	3 537	3 704
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	17,1	19,9	20,3	20,1	19,4	18,1
davon bei den						
allgemeinen Kammern	16,5	17,9	17,4	18,3	19,6	18,3
Asylkammern	18,0	23,0	24,3	23,0	19,0	17,8
nach den Sachgebieten der Verfahren						
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	57	98	104	141	118	102
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	366	545	409	780	433	825
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	264	271	264	251	258	185
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	4 518	4 973	5 185	4 790	4 311	4 445
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	491	503	548	554	667	599
Abgabenrecht	667	1 184	899	1 005	1 206	1 178
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	410	491	485	506	418	465
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	2 682	2 742	2 432	2 156	2 093	2 654
sonstige Sachgebiete	52	57	125	79	47	68
nach der Art der Erledigung						
Urteil	3 397	3 625	3 479	3 394	3 127	3 114
Gerichtsbescheid	117	112	138	139	132	85
Beschluss	5 188	6 182	6 024	5 865	5 263	5 870
Prozessvergleich	196	390	373	350	479	891
übrige Erledigungsart	609	555	437	514	550	561
Unerledigte Verfahren am Jahresende	18 369	17 777	16 660	15 557	15 756	13 684

Noch: 14.1 Verfahren vor den Verwaltungsgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne Numerus-Clausus-Sachen)						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	972	2 570	1 689	683	693	723
davon bei den						
allgemeinen Kammern	721	2 337	1 508	533	576	631
Asylkammern	251	233	181	150	117	92
Neuzugänge	4 540	3 461	2 603	2 547	2 742	3 244
davon bei den						
allgemeinen Kammern	3 544	2 372	1 743	1 711	1 777	2 528
Asylkammern	996	1 089	860	836	965	716
Erledigte Verfahren	2 952	4 351	3 616	2 547	2 735	3 457
davon bei den						
allgemeinen Kammern	1 934	3 208	2 725	1 676	1 736	2 717
Asylkammern	1 018	1 143	891	871	999	740
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	3,6	3,7	6,9	3,4	2,8	3,0
davon bei den						
allgemeinen Kammern	4,2	4,2	8,2	4,1	3,8	3,5
Asylkammern	2,3	2,3	3,2	1,9	1,1	1,0
nach den Sachgebieten der Verfahren						
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	46	56	43	61	47	24
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	82	87	166	105	109	120
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischerei- recht, Recht der freien Berufe	103	150	70	60	77	66
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	1 527	1 665	1 462	1 359	1 524	1 226
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	251	238	188	190	159	112
Abgabenrecht	462	1 665	1 223	333	405	725
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivildienstes, Personalvertretungsrecht	226	205	134	94	89	96
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergarten- recht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	243	271	320	335	309	1 069
sonstige Sachgebiete	12	14	10	10	16	19
nach der Art der Erledigung						
Beschluss	2 814	4 218	3 530	2 468	2 641	3 377
Prozessvergleich	59	27	45	38	45	45
übrige Erledigungsart	79	106	41	41	49	35
Unerledigte Verfahren am Jahresende	2 560	1 680	676	683	700	510

Noch: 14.1 Verfahren vor den Verwaltungsgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Anträge zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in Numerus-Clausus-Sachen						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	133	311	374	198	63	347
Neuzugänge	614	842	886	1 102	2 024	2 943
Erledigte Verfahren	436	840	1 058	1 239	1 741	2 627
Unerledigte Verfahren am Jahresende	311	313	202	61	346	663
sonstige Verfahren						
Vollstreckungsverfahren	271	209	300	362	172	156

14.2 Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
erstinstanzliche Hauptverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	63	65	57	60	66	54
Neuzugänge	54	49	54	50	41	25
Erledigte Verfahren	52	58	51	37	53	33
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	12,3	15,1	10,9	14,9	12,8	22,2
nach den Sachgebieten der Verfahren						
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	12	24	10	9	27	4
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	14	12	6	5	10	6
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	7	5	17	9	8	7
Abgabenrecht	15	13	16	12	6	13
übrige Sachgebiete	4	4	2	2	2	3
nach der Art der Erledigung						
Urteil	10	22	19	11	15	15
Gerichtsbescheid	-	1	2	-	-	-
Beschluss	37	27	29	24	25	11
Prozessvergleich	2	3	-	-	3	-
übrige Erledigungsart	3	5	1	2	10	7
Unerledigte Verfahren am Jahresende	65	56	60	73	54	46

Noch: 14.2 Verfahren vor dem Obergericht

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Berufungen, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarverfahren						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	490	609	623	682	654	830
Neuzugänge	813	851	795	830	1 023	890
Erledigte Verfahren	698	850	748	865	876	873
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	8,4	7,6	8,2	9,4	8,5	10,0
nach der Art der Erledigung						
Urteil	51	39	46	46	62	81
Beschluss	620	771	683	809	804	783
Prozessvergleich	23	20	10	4	6	3
übrige Erledigungsart	4	20	9	6	4	6
Unerledigte Verfahren am Jahresende	605	610	670	647	801	847
Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne Numerus-Clausus-Sachen)						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	166	109	172	182	224	351
Neuzugänge	325	369	348	301	470	401
Erledigte Verfahren	380	330	342	262	352	451
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten bei						
Beschwerden	6,5	5,5	7,0	3,3	2,1	6,4
Anträgen auf Zulassung der Beschwerde	4,0	3,5	4,6	4,3	9,7	26,2
Anträgen auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz	3,5	3,7	5,0	2,3	2,6	12,6
nach der Art der Erledigung						
Beschluss	378	330	339	261	352	445
Prozessvergleich	1	-	1	-	-	2
übrige Erledigungsart	1	-	2	1	-	4
Unerledigte Verfahren am Jahresende	111	148	178	221	342	301
Beschwerden gegen Entscheidungen/Anträge zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in Numerus-Clausus-Sachen						
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	2	33	5	17	3	24
Neuzugänge	34	76	48	12	36	1
Erledigte Verfahren	4	104	36	26	15	25
Unerledigte Verfahren am Jahresende	32	5	17	3	24	-
sonstige Verfahren						
Beschwerden	150	132	206	180	186	267
Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	17	16	11	22	5	10

15. Geschäftsentwicklung bei den Sozialgerichten 1998 bis 2003

15.1 Klagen vor den Sozialgerichten

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	16 587	17 767	17 916	18 062	19 550	20 576
Neuzugänge	13 137	13 078	13 170	15 316	16 372	18 652
Erledigte Verfahren	11 957	12 930	13 026	13 830	15 351	14 677
nach dem Gegenstand des Verfahrens						
Krankenversicherung	868	818	1 376	1 886	2 372	2 369
Pflegerversicherung	236	244	336	357	326	344
Unfallversicherung	1 087	1 203	995	1 230	976	878
Rentenversicherung	5 562	5 768	5 120	4 910	6 707	5 929
Angelegenheiten der Bundesanstalt für Arbeit	2 799	3 052	3 315	3 955	3 753	3 812
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	484	465	308	317	252	271
Feststellung der Behinderung nach dem Schwerbehindertengesetz	677	896	833	820	753	893
übrige Angelegenheiten	244	484	743	355	212	181
nach der Art der Erledigung						
Entscheidung	2 392	3 323	3 116	3 353	3 410	3 841
gerichtlicher Vergleich	1 157	1 104	996	1 285	1 077	1 075
übereinstimmende Erledigungserklärung	781	979	765	715	810	1 000
angenommene Anerkenntnis	1 145	1 381	1 419	1 856	2 601	1 561
Zurücknahme	5 015	4 982	4 636	4 765	5 112	5 092
übrige Erledigungsart	1 467	1 161	2 094	1 856	2 341	2 108
Unerledigte Verfahren am Jahresende	17 767	17 915	18 060	19 548	20 571	24 551

15.2 Berufungen vor dem Landessozialgericht

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	955	1 190	1 584	1 642	1 656	1 693
Neuzugänge	936	1 319	1 223	1 358	1 438	1 633
Erledigte Verfahren	701	924	1 164	1 345	1 406	1 432
nach dem Gegenstand des Verfahrens						
Krankenversicherung	38	78	46	66	83	124
Pflegerversicherung	13	13	9	18	22	23
Unfallversicherung	67	98	172	187	184	201
Rentenversicherung	285	423	597	649	689	650
Angelegenheiten der Bundesanstalt für Arbeit	153	123	142	268	243	305
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	65	105	95	56	65	45
Feststellung der Behinderung nach dem Schwerbehindertengesetz	63	71	46	46	91	74
übrige Angelegenheiten	17	13	57	55	29	10
nach der Art der Erledigung						
Entscheidung	319	404	535	609	623	613
gerichtlicher Vergleich	64	78	104	109	112	115
übereinstimmende Erledigungserklärung	25	49	43	42	57	73
angenommene Anerkenntnis	27	40	51	64	77	52
Zurücknahme	225	306	376	458	472	489
übrige Erledigungsart	41	47	55	63	65	90
Unerledigte Verfahren am Jahresende	1 190	1 585	1 643	1 655	1 688	1 894

Quelle: Sächsisches Staatsministerium der Justiz

16. Geschäftsentwicklung beim Sächsischen Finanzgericht 1998 bis 2003

Verfahren	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Klagen					
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	1 761	2 271	2 701	2 964	3 026	3 399
Neuzugänge	1 876	2 084	2 036	1 938	2 296	2 537
Erledigte Verfahren	1 365	1 660	1 770	1 878	1 925	2 388
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	11,2	12,3	12,5	16,1	16,8	17,4
nach den Sachgebieten der Verfahren ¹⁾						
Steuern vom Einkommen	420	523	558	683	645	860
objektbezogene Steuern	116	126	162	224	194	279
Verkehr- und Verbrauchsteuern	282	385	382	408	433	524
Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen	309	368	385	362	356	423
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	143	157	240	247	272	391
Haftung für Steuern	74	75	99	125	112	138
AO-/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	183	163	212	210	227	281
übrige Sachgebiete	39	78	44	22	28	35
nach der Art der Erledigung						
Urteil	152	188	180	266	285	314
Gerichtsbescheid	102	166	239	247	230	285
Beschluss nach § 138 FGO	254	239	285	301	321	334
Einstellung wegen Zurücknahme der Klage (§ 72 FGO)	710	896	937	876	885	1 280
übrige Erledigungsart	147	171	129	188	204	175
Unerledigte Verfahren am Jahresende	2 272	2 695	2 967	3 024	3 397	3 548
	Verfahren zur Gewährleistung von vorläufigem Rechtsschutz					
Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	131	147	188	193	149	172
Neuzugänge	352	444	403	408	435	567
Erledigte Verfahren	337	403	399	451	412	529
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	4,2	4,3	5,4	5,8	4,7	4,3
nach den Sachgebieten der Verfahren ¹⁾						
Steuern vom Einkommen	67	82	127	131	110	163
objektbezogene Steuern	21	29	20	46	41	55
Verkehr- und Verbrauchsteuern	84	98	136	147	128	167
Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen	24	24	49	42	39	53
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	20	11	28	53	33	54
Haftung für Steuern	31	31	50	56	55	67
AO-/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	255	386	85	68	91	84
übrige Sachgebiete	18	11	5	5	11	3
nach der Art der Erledigung						
Beschluss über Aussetzung der Vollziehung oder einstweilige Anordnung	122	124	173	246	195	222
Beschluss nach § 138 FGO	101	136	93	85	92	112
Einstellung wegen Zurücknahme des Antrags (§ 72 FGO)	104	121	118	110	114	188
übrige Erledigungsart	10	22	15	10	11	7
Unerledigte Verfahren am Jahresende	146	188	192	150	172	210

1) Ein erledigtes Verfahren kann mehrere Sachgebiete enthalten.

17. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Zivilgerichten 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Verfahren vor den Amtsgerichten				
1994	23 838	67 510	65 159	26 189
1995	26 229	84 126	73 519	36 836
1996	36 895	82 468	88 230	31 133
1997	31 146	86 711	86 990	30 867
1998	30 978	78 826	81 980	27 824
1999	27 859	72 279	74 583	25 555
2000	25 574	70 907	69 897	26 584
2001	26 574	69 936	70 806	25 704
2002	25 746	67 694	67 930	25 510
2003	25 512	69 841	68 546	26 807
erstinstanzliche Verfahren vor den Landgerichten				
1994	9 100	21 352	20 404	10 048
1995	10 055	25 767	23 213	12 609
1996	12 641	28 417	27 248	13 810
1997	13 838	28 416	28 622	13 632
1998	13 563	27 115	27 769	12 999
1999	13 024	23 724	24 619	12 129
2000	12 129	23 645	23 044	12 730
2001	12 740	21 208	22 337	11 611
2002	11 558	19 935	19 952	11 541
2003	11 592	21 683	19 664	13 611
Berufungsverfahren vor den Landgerichten				
1994	475	2 020	1 712	783
1995	782	2 309	2 162	929
1996	923	3 041	2 613	1 351
1997	1 379	3 217	3 261	1 335
1998	1 336	3 453	3 246	1 543
1999	1 555	3 562	3 550	1 567
2000	1 562	3 374	3 420	1 516
2001	1 516	3 410	3 264	1 662
2002	1 666	2 827	3 241	1 252
2003	1 256	2 719	2 846	1 129

Noch: 17. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Zivilgerichten 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht				
1994	557	1 856	1 444	969
1995	969	2 479	2 223	1 225
1996	1 225	3 078	2 793	1 510
1997	1 510	3 936	3 564	1 882
1998	1 881	4 006 ¹⁾	3 956	1 931
1999	1 933	3 924	4 207	1 650
2000	1 649	3 302	3 652	1 299
2001	1 298	3 238	3 176	1 360
2002	1 357	2 555	2 826	1 086
2003	1 085	2 386	2 477	994

1) einschließlich der im Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember eingegangenen Verfahren nach § 640 ZPO

18. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Familiengerichten 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Verfahren vor den Amtsgerichten				
1994	15 267	21 645	15 923	20 989
1995	21 265	18 951	19 814	20 402
1996	20 473	18 703	20 026	19 150
1997	19 099	18 487	19 281	18 305
1998	18 299	19 664 ¹⁾	20 191 ¹⁾	17 772
1999	17 803	20 294	20 447	17 650
2000	17 671	20 530	20 851	17 350
2001	17 360	22 306	21 387	18 279
2002	18 279	21 737	22 455	17 561
2003	17 561	22 004	22 640	16 925
Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen beim Oberlandesgericht				
1994	92	350	315	127
1995	127	510	436	201
1996	201	570	604	167
1997	167	581	560	188
1998	188	738 ²⁾	654 ²⁾	272
1999	272	686	747	211
2000	211	710	704	217
2001	217	794	756	255
2002	255	937	891	301
2003	301	918	949	270
sonstige Beschwerden vor dem Oberlandesgericht				
1994	62	322	360	24
1995	24	377	324	77
1996	77	377	410	44
1997	44	511	477	78
1998	78	595	554	119
1999	119	696	708	107
2000	107	810	772	145
2001	145	835	844	136
2002	136	785	758	163
2003	163	869	921	111

1) Die infolge des Inkrafttretens des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Unterhaltsrechts minderjähriger Kinder (KindUG) vom 6. April 1998 (BGBl. I S. 666) und des Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2942) mit Wirkung vom 1. Juli 1998 in die Zuständigkeit der Familiengerichte übergegangenen Verfahren sind nur zum Teil enthalten.

2) ohne Verfahren nach § 640 ZPO

19. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Strafgerichten 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Strafverfahren vor den Amtsgerichten				
1994	13 206	35 588	32 860	15 934
1995	15 772	38 261	37 127	16 906
1996	17 066	40 314	40 630	16 750
1997	16 668	43 197	42 157	17 708
1998	17 698	43 349	44 181	16 866
1999	16 972	45 704	47 687	14 989
2000	15 043	47 691	47 167	15 567
2001	15 609	49 061	48 432	16 238
2002	16 275	47 941	49 478	14 738
2003	14 744	50 192	50 849	14 087
Bußgeldverfahren vor den Amtsgerichten				
1994	2 130	8 785	8 144	2 771
1995	2 738	12 454	10 592	4 600
1996	4 609	14 470	14 334	4 745
1997	4 683	16 372	16 102	4 953
1998	4 931	16 110	17 117	3 924
1999	3 916	16 129	16 303	3 742
2000	3 747	16 515	15 714	4 548
2001	4 579	16 006	16 463	4 122
2002	4 132	16 787	17 216	3 703
2003	3 680	16 963	16 906	3 737
erstinstanzliche Verfahren vor den Landgerichten				
1994	315	598	662	251
1995	252	608	579	281
1996	283	615	606	292
1997	292	537	547	282
1998	283	601	547	337
1999	338	577	623	292
2000	292	602	595	299
2001	300	563	571	292
2002	293	509	533	269
2003	270	565	545	290
Berufungsverfahren vor den Landgerichten				
1994	328	1 547	1 389	486
1995	476	1 969	1 836	609
1996	608	2 495	2 303	800
1997	799	2 784	2 648	935
1998	940	3 098	3 071	967
1999	969	3 521	3 459	1 031
2000	1 037	3 360	3 412	985
2001	992	3 228	3 143	1 077
2002	1 082	3 456	3 401	1 137
2003	1 141	3 668	3 663	1 146

Noch 19. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Strafgerichten 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Revisionsverfahren vor dem Oberlandesgericht				
1994	5	67	63	9
1995	9	135	125	19
1996	19	192	198	13
1997	13	228	217	24
1998	24	336	312	48
1999	48	280	291	37
2000	37	333	341	29
2001	29	374	366	37
2002	35	326	331	30
2003	30	356	338	48
Rechtsbeschwerden vor dem Oberlandesgericht				
1994	8	70	70	8
1995	7	173	169	11
1996	11	186	183	14
1997	14	253	243	24
1998	24	338	337	25
1999	25	278	287	16
2000	16	298	296	18
2001	18	310	311	17
2002	17	345	346	16
2003	16	391	378	29
Rehabilitierungsverfahren vor den Landgerichten				
1994	5 531	2 812	6 013	2 330
1995	2 330	2 771	3 512	1 589
1996	1 589	1 860	2 292	1 157
1997	1 157	1 440	1 649	916
1998	916	1 482	1 369	1 029
1999	1 029	2 017	1 486	1 560
2000	1 560	2 140	2 337	1 363
2001	1 363	1 588	1 618	1 333
2002	1 597	1 164	1 527	1 234
2003	1 234	1 156	1 667	723
Rehabilitierungsverfahren (Beschwerden) vor dem Oberlandesgericht				
1994	115	230	319	26
1995	26	310	239	97
1996	97	112	168	41
1997	41	97	105	33
1998	33	53	75	11
1999	11	46	46	11
2000	11	114	107	18
2001	18	75	78	15
2002	15	110	112	13
2003	13	104	104	13

20. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Staatsanwaltschaften 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Ermittlungsverfahren vor den Landgerichten				
1994	49 881	209 319	212 488	46 712
1995	46 701	228 968	225 213	50 456
1996	50 490	243 017	241 321	52 186
1997	52 464	246 909	254 860	44 513
1998	43 933	271 244	275 248	39 929
1999	39 929	269 433	272 511	36 851
2000	36 852	269 924	270 869	35 907
2001	35 906	281 947	284 812	33 041
2002	33 041	268 766	268 604	33 203
2003	33 203	302 275	304 398	31 080
Ermittlungsverfahren (Js-Sachen)¹⁾ bei der Generalstaatsanwaltschaft				
1994	19	174	159	34
1995	34	143	153	24
1996	23	108	117	14
1997	13	111	101	23
1998	23	121	121	23
1999	23	150	146	27
2000	27	157	163	21
2001	21	196	195	22
2002	22	22	31	13
2003	14	64	43	35

1) Ab 2002 erfolgte nur noch die Auswertung der nach § 145 GVG übernommenen Ermittlungsverfahren.

21. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Arbeitsgerichten 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Urteilsverfahren vor den Arbeitsgerichten				
1994	22 042	46 446	51 711	16 777
1995	16 777	54 590	54 391	16 976
1996	16 976	55 044	54 220	17 800
1997	17 775	53 986	54 350	17 411
1998	17 406	46 793	50 002	14 197
1999	14 098	42 262	44 170	12 190
2000	12 186	40 155	41 901	10 440
2001	10 439	38 211	38 951	9 699
2002	9 694	33 509	34 773	8 430
2003	8 420	32 196	32 496	8 120
Beschlussverfahren vor den Arbeitsgerichten				
1994	54	260	260	54
1995	54	316	294	76
1996	54	248	252	50
1997	59	228	243	44
1998	44	253	231	66
1999	66	198	215	49
2000	48	253	242	59
2001	59	218	221	56
2002	56	466	418	104
2003	106	467	478	95
Berufungsverfahren vor dem Landesarbeitsgericht				
1994	1 486	1 562	2 064	984
1995	982	1 312	1 750	544
1996	544	1 268	1 262	550
1997	549	1 377	1 305	621
1998	618	1 280	1 270	628
1999	629	1 132	1 082	679
2000	677	987	1 019	645
2001	644	1 111	1 000	755
2002	755	1 029	1 100	684
2003	685	1 132	1 133	684
Beschwerdeverfahren in Beschluss-sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG vor dem Landesarbeitsgericht				
1994	5	29	15	19
1995	20	24	35	9
1996	9	38	33	14
1997	45	25	31	39
1998	7	25	21	11
1999	11	17	20	8
2000	8	28	19	17
2001	17	31	29	19
2002	20	23	26	17
2003	17	38	29	26

Noch: 21. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Arbeitsgerichten 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG vor dem Landesarbeitsgericht				
1994	31	226	199	58
1995	58	287	278	67
1996	68	343	334	77
1997	77	366	370	73
1998	73	354	364	63
1999	59	385	401	43
2000	43	387	375	55
2001	54	421	372	103
2002	103	397	373	127
2003	127	399	423	103

Quelle: Sächsisches Staatsministerium der Justiz

22. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Verwaltungsgerichten 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Hauptverfahren vor den Verwaltungsgerichten				
1994	6 654	8 896	6 770	8 780
1995	8 769	8 525	6 553	10 741
1996	10 696	13 345	7 461	16 580
1997	16 586	10 210	8 329	18 467
1998	18 207	9 669	9 507	18 369
1999	18 404	10 237	10 864	17 777
2000	17 789	9 322	10 451	16 660
2001	16 688	9 131	10 262	15 557
2002	15 577	9 730	9 551	15 756
2003	15 790	8 415	10 521	13 684
Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne Numerus-Clausus-Sachen) vor den Verwaltungsgerichten				
1994	1 103	2 987	3 022	1 068
1995	1 085	2 785	2 930	940
1996	943	3 107	2 972	1 078
1997	1 073	2 854	2 905	1 022
1998	972	4 540	2 952	2 560
1999	2 570	3 461	4 351	1 680
2000	1 689	2 603	3 616	676
2001	683	2 547	2 547	683
2002	693	2 742	2 735	700
2003	723	3 244	3 457	510
Anträge zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in Numerus-Clausus-Sachen vor den Verwaltungsgerichten				
1994	129	221	278	72
1995	72	164	173	63
1996	63	186	159	90
1997	90	219	177	132
1998	133	614	436	311
1999	311	842	840	313
2000	374	886	1 058	202
2001	198	1 102	1 239	61
2002	63	2 024	1 741	346
2003	347	2 943	2 627	663
erstinstanzliche Hauptverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht				
1994	22	26	27	21
1995	20	59	23	56
1996	56	36	35	57
1997	57	48	42	63
1998	63	54	52	65
1999	65	49	58	56
2000	57	54	51	60
2001	60	50	37	73
2002	66	41	53	54
2003	54	25	33	46

Noch: 22. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Verwaltungsgerichten 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Berufungen, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht				
1994	75	622	429	268
1995	273	696	587	382
1996	384	650	649	385
1997	385	649	544	490
1998	490	813	698	605
1999	609	851	850	610
2000	623	795	748	670
2001	682	830	865	647
2002	654	1 023	876	801
2003	830	890	873	847
Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne Numerus-Clausus-Sachen) vor dem Oberverwaltungsgericht				
1994	340	263	493	110
1995	107	301	295	113
1996	112	389	338	163
1997	164	370	369	165
1998	166	325	380	111
1999	109	369	330	148
2000	172	348	342	178
2001	182	301	262	221
2002	224	470	352	342
2003	351	401	451	301
Beschwerden gegen Entscheidungen/Anträge zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in Numerus-Clausus-Sachen vor dem Oberverwaltungsgericht				
1994	-	50	22	28
1995	28	13	36	5
1996	5	15	13	7
1997	7	13	18	2
1998	2	34	4	32
1999	33	76	104	5
2000	5	48	36	17
2001	17	12	26	3
2002	3	36	15	24
2003	24	1	25	-

23. Übersicht über die Geschäftstätigkeit bei den Sozialgerichten 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Klagen vor den Sozialgerichten				
1994	4 979	9 670	6 953	7 696
1995	7 670	12 510	8 777	11 403
1996	11 403	11 566	10 542	12 427
1997	12 427	15 057	10 898	16 586
1998	16 587	13 137	11 957	17 767
1999	17 767	13 078	12 930	17 915
2000	17 916	13 170	13 026	18 060
2001	18 062	15 316	13 830	19 548
2002	19 550	16 372	15 351	20 571
2003	20 576	18 652	14 677	24 551
Berufungen vor dem Landessozialgericht				
1994	242	489	283	448
1995	447	576	390	633
1996	633	789	654	768
1997	768	923	736	955
1998	955	936	701	1 190
1999	1 190	1 319	924	1 585
2000	1 584	1 223	1 164	1 643
2001	1 642	1 358	1 345	1 655
2002	1 656	1 438	1 406	1 688
2003	1 693	1 633	1 432	1 894

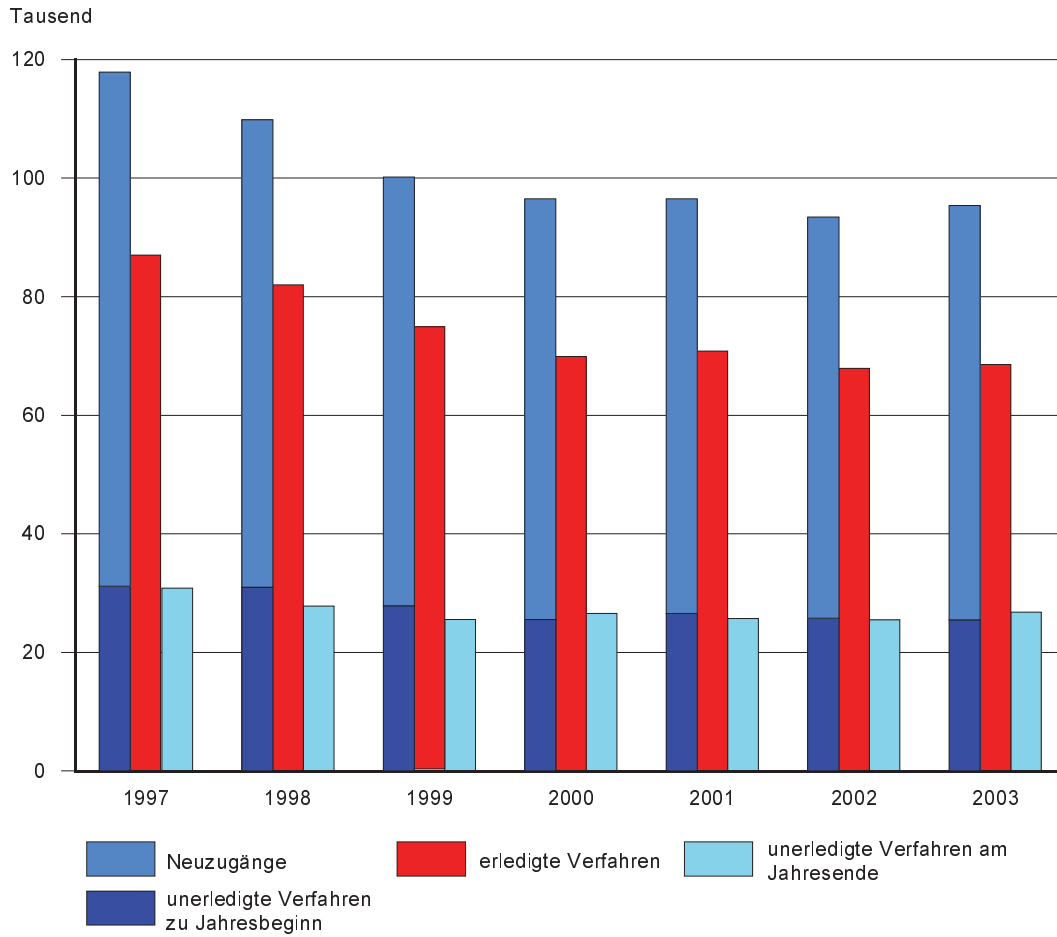
Quelle: Sächsisches Staatsministerium der Justiz

24. Übersicht über die Geschäftstätigkeit beim Sächsischen Finanzgericht 1994 bis 2003

Jahr	Unerledigte Verfahren zu Jahresbeginn	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Unerledigte Verfahren am Jahresende
Klagen				
1994	275	639	393	521
1995	521	776	518	779
1996	779	1 030	729	1 080
1997	1 079	1 559	876	1 762
1998	1 761	1 876	1 365	2 272
1999	2 271	2 084	1 660	2 695
2000	2 701	2 036	1 770	2 967
2001	2 964	1 938	1 878	3 024
2002	3 026	2 296	1 925	3 397
2003	3 399	2 537	2 388	3 548
Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz				
1994	49	149	125	73
1995	72	157	159	70
1996	70	224	200	94
1997	94	315	279	130
1998	131	352	337	146
1999	147	444	403	188
2000	188	403	399	192
2001	193	408	451	150
2002	149	435	412	172
2003	172	567	529	210

Abb. 1 Geschäftsentwicklung bei den Amtsgerichten 1997 bis 2003

Zivilgerichtsbarkeit
Zivilverfahren



Erledigte Verfahren 2003 nach dem Verfahrensgegenstand in Prozent

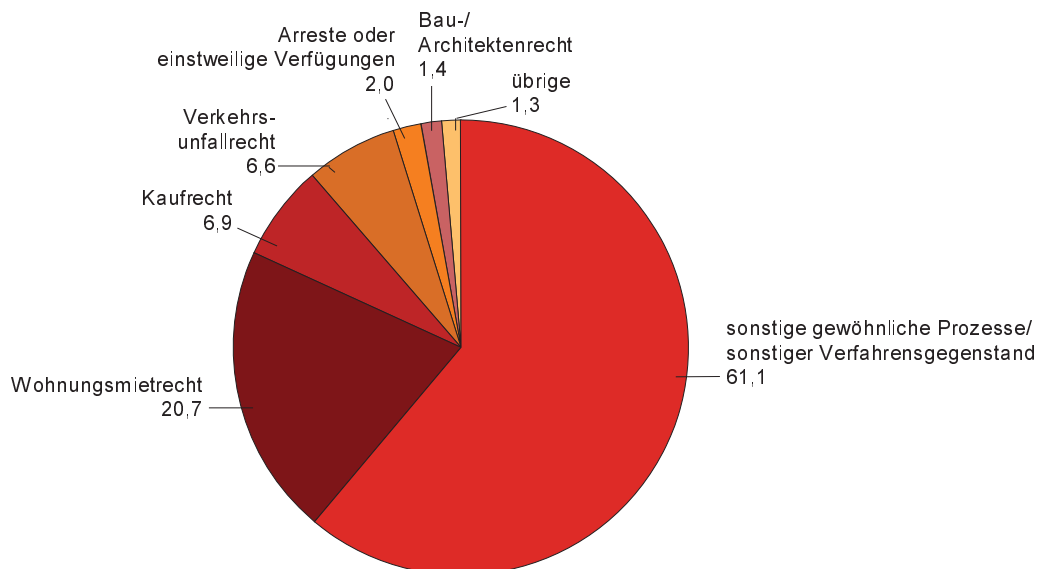
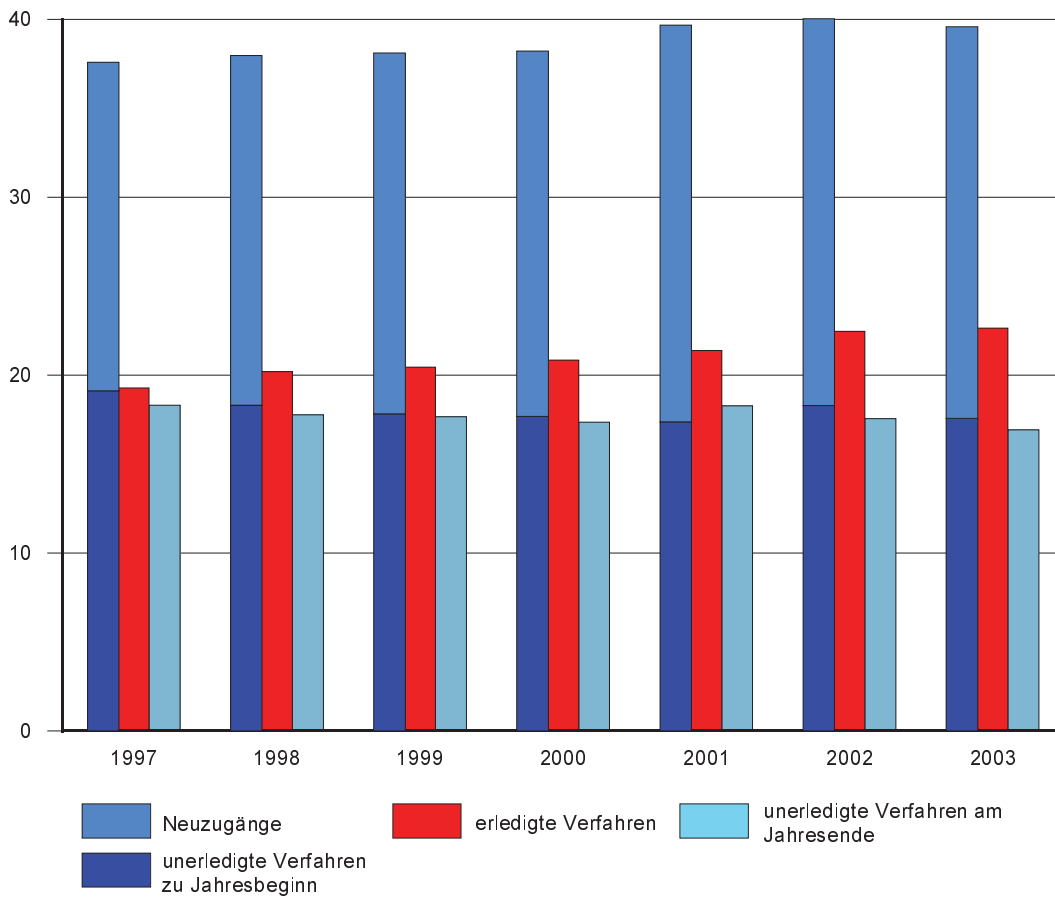


Abb. 2 Geschäftsentwicklung bei den Amtsgerichten 1997 bis 2003

Zivilgerichtsbarkeit

Familiensachen

Tausend



Erledigte Verfahren 2003 nach dem Verfahrensgegenstand in Prozent

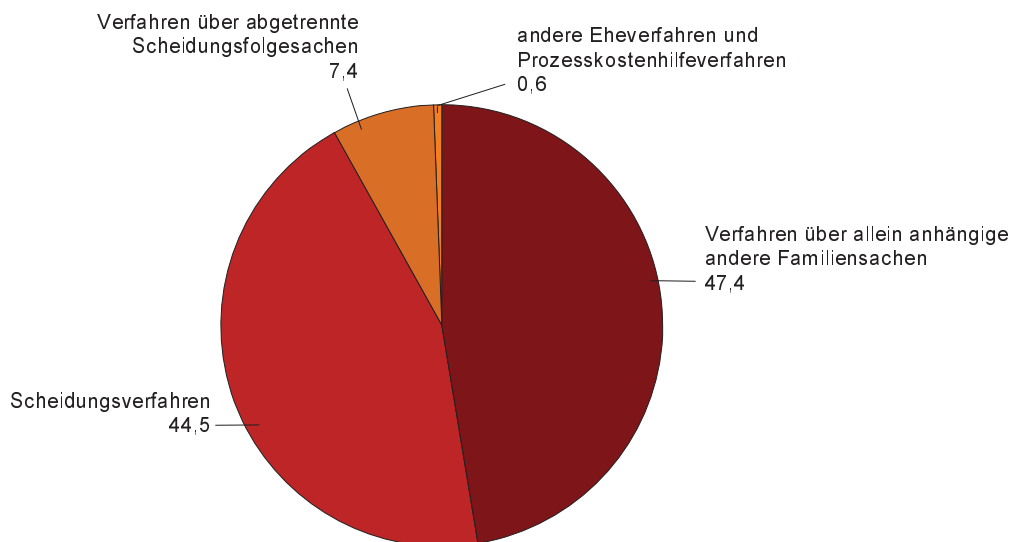


Abb. 3 Geschäftsentwicklung bei den Amtsgerichten 1997 bis 2003

Strafgerichtsbarkeit

Strafverfahren

Tausend

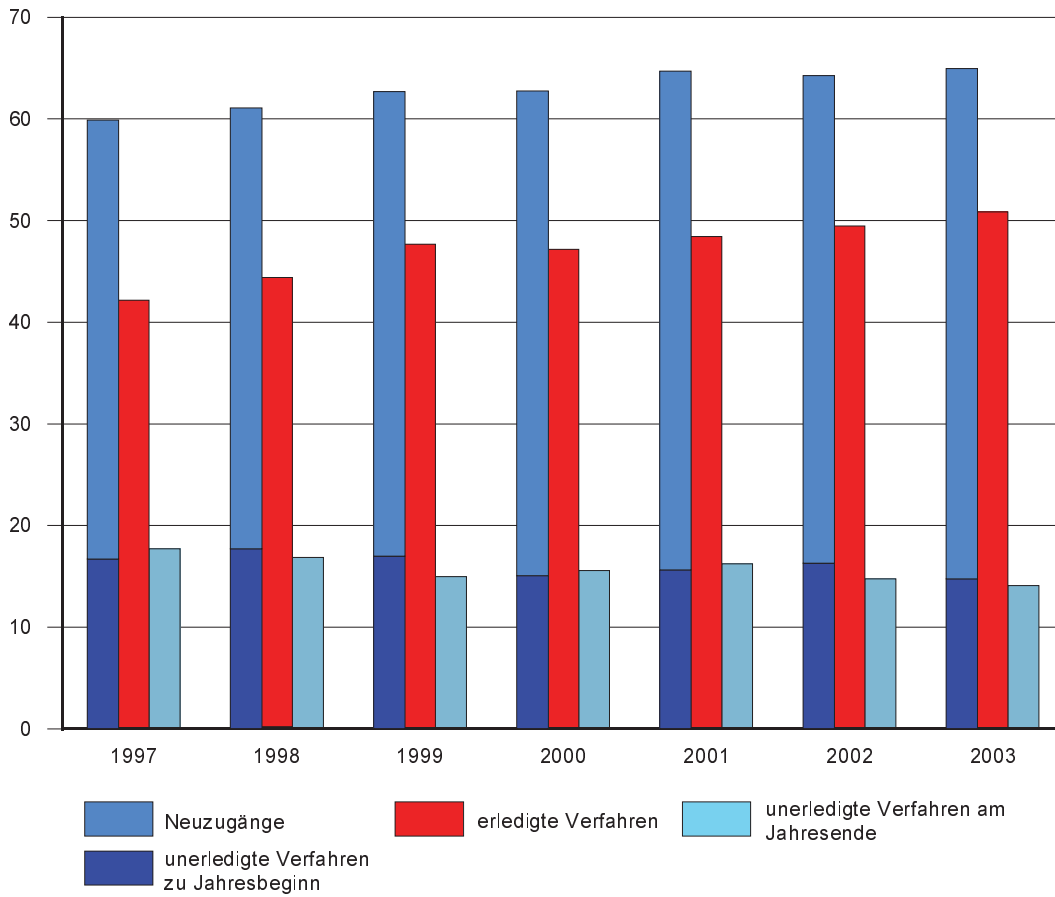
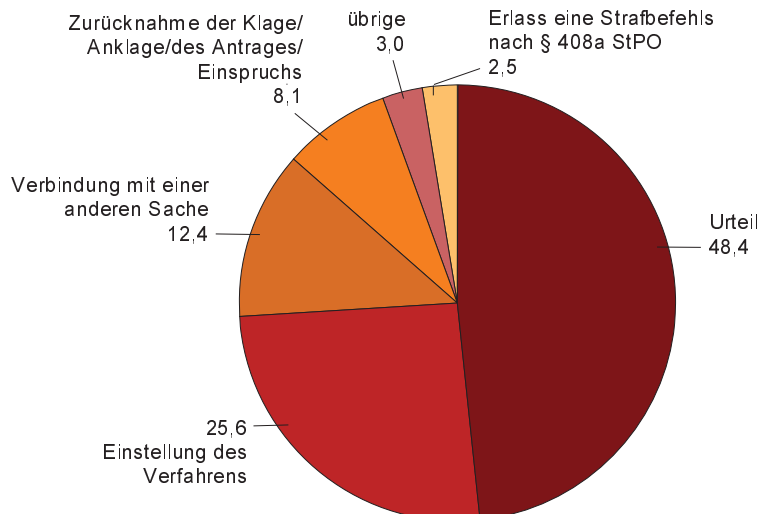
**Erledigte Verfahren 2003 nach der Art der Erledigung in Prozent**

Abb. 4 Geschäftsentwicklung bei den Amtsgerichten 1997 bis 2003

Strafgerichtsbarkeit

Bußgeldverfahren

Tausend

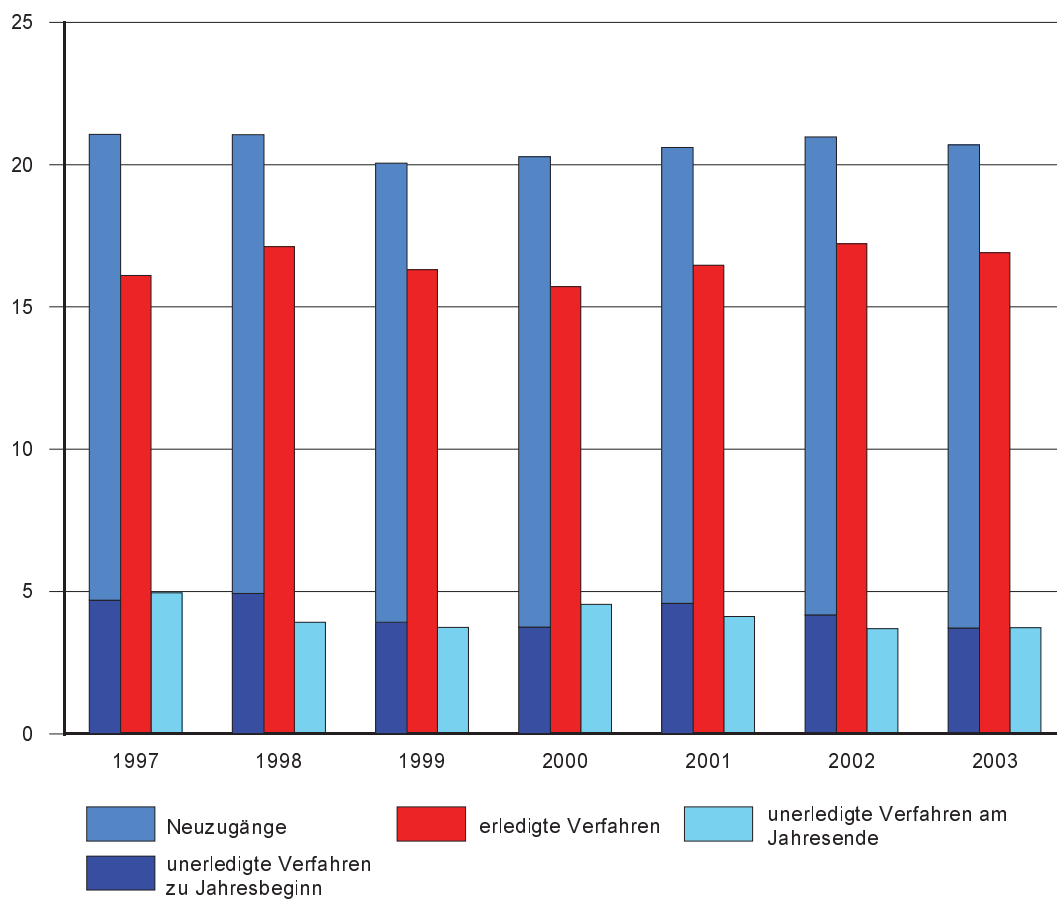
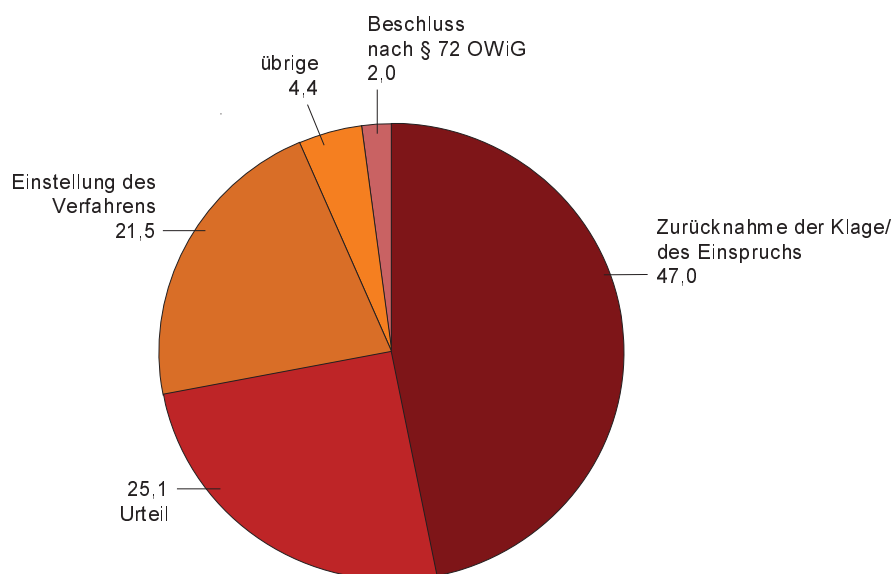
**Erledigte Verfahren 2003 nach der Art der Erledigung in Prozent**

Abb. 5 Hauptverfahren vor den Verwaltungsgerichten 2003 nach Sachgebieten in Prozent

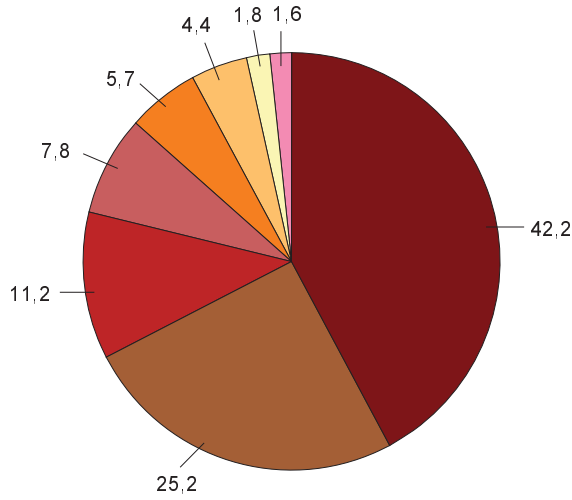
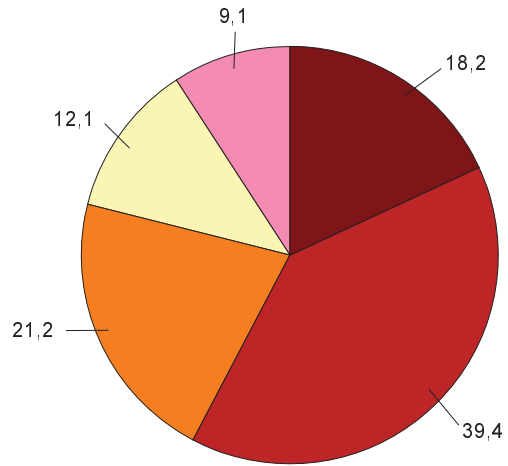


Abb. 6 Hauptverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht 2003 nach Sachgebieten in Prozent











- | | | |
|--|--|---|
|  Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz |  Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen |  Abgabenrecht |
|  Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport |  Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung |  Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht |
|  Wirtschafts- und Wirtschafts-verwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe |  übrige | |

Abb. 7 Klagen vor dem Finanzgericht 2003 nach Sachgebieten in Prozent

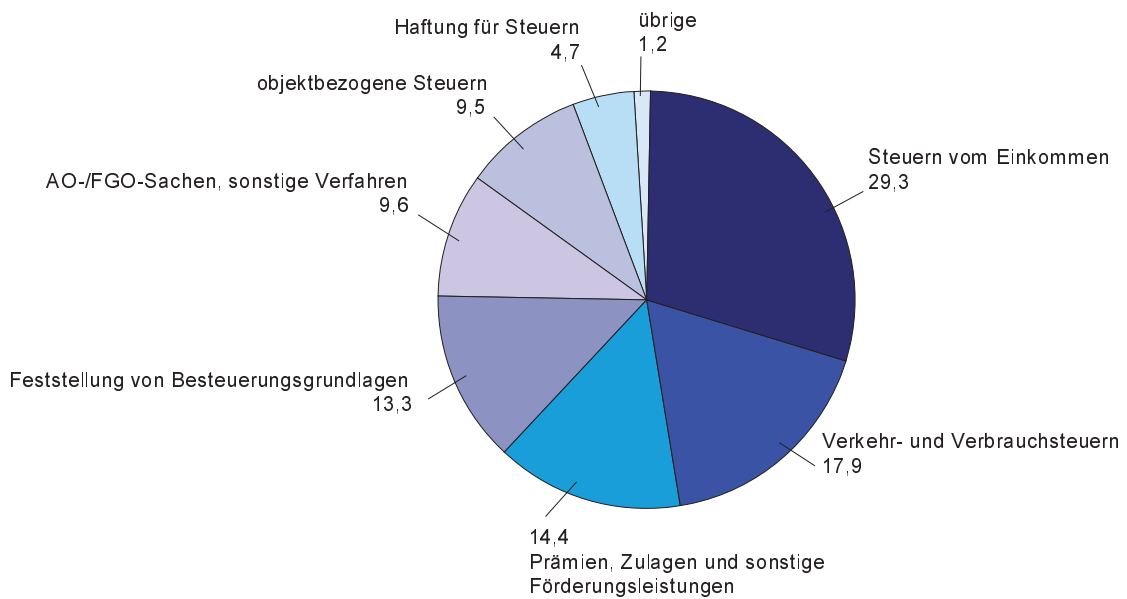


Abb. 8 Klagen vor den Sozialgerichten 2003 nach dem Verfahrensgegenstand in Prozent

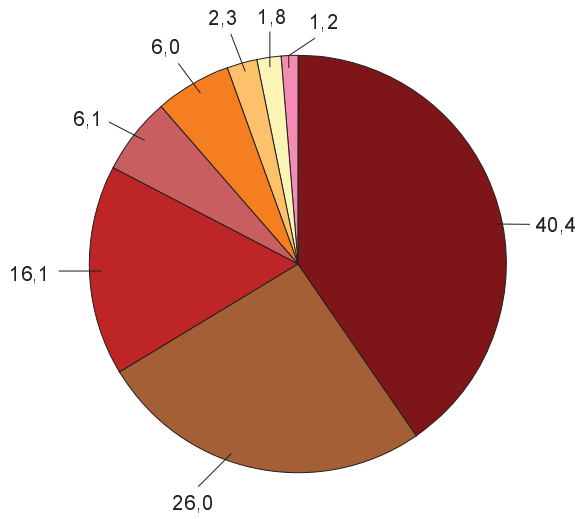
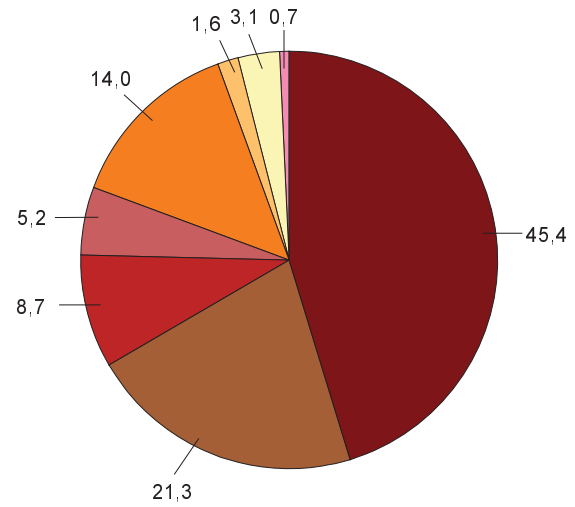


Abb. 9 Berufungen vor dem Landessozialgericht 2003 nach dem Verfahrensgegenstand in Prozent



- | | | |
|---|--|---------------------|
| Rentenversicherung | Angelegenheiten der Bundesanstalt für Arbeit | Krankenversicherung |
| Feststellung der Behinderung nach dem Schwerbehindertengesetz | Unfallversicherung | Pflegeversicherung |
| Versorgungs- und Entschädigungsrecht | übrige | |

Abb. 10 Urteilsverfahren vor den Arbeitsgerichten 2003 nach dem Verfahrensgegenstand in Prozent

